

Bayerischer Landtag

Stenographischer Bericht

125. Sitzung

Donnerstag, den 5. Februar 1953

Geschäftliche Mitteilungen . . . 633, 673, 674, 689

Interpellation des Abg. von Knoeringen u. Fraktion betr. **Wirtschafts- und Kreditpolitik der bayerischen Staatsregierung** (Beilage 3766)

Dr. Baumgartner (BP)	633
Dr. Seidel, Staatsminister	641
Dr. Sturm (BP)	646
Dr. Geiselhöringer (BP)	646
Dr. Oechsle, Staatsminister	653
Drechsel (SPD)	656

Persönliche Erklärung

Klotz (BP)	662
------------	-----

(Die Sitzung wird unterbrochen)

Nachruf auf den Abg. Julius Hofer, † am 5. 2. 1953

Präsident Dr. Hundhammer	662
--------------------------	-----

Interpellation des Abg. von Knoeringen u. Fraktion betr. **Wirtschafts- und Kreditpolitik der bayerischen Staatsregierung** (Beilage 3766) — Fortsetzung der Aussprache

Dr. Guthsmuths (BHE)	662
Zietsch, Staatsminister	664
Dr. Eckhardt (BHE)	668
Elsen (CSU)	671
Haußleiter (fraktionslos)	674
Dr. Bungartz (FDP)	677
Dr. Schedl (CSU)	681
Strenkert (CSU)	686

Dringlichkeitsantrag sämtlicher Fraktionen betr. **Bereitstellung von Mitteln zur Un-**

terstützung der Opfer der Naturkatastrophe in Holland, England und Belgien

Präsident Dr. Hundhammer	688
Dr. Hoegner, stellv. Ministerpräsident	689

Nächste Sitzung . . . 689

Präsident Dr. Dr. Hundhammer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 1 Minute.

Präsident Dr. Hundhammer: Ich eröffne die 125. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Liste der vorliegenden Entschuldigungen bekanntzugeben.

Gräßler, Schriftführer: Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt oder beurlaubt die Abgeordneten Behringer, Dr. Eberhardt, Geiger, Göttler, Hagen Lorenz, Haisch, Högn, Hofer, Dr. Huber, Karl, Dr. Keller, Pittroff, Schmid, Stock und Weggartner.

Präsident Dr. Hundhammer: Nachdem gestern die Debatte über die gemäß Ziffer 6 der Tagesordnung zur Entscheidung stehende Angelegenheit: **Gesetzesentwurf über Röntgenreihenuntersuchungen** abgeschlossen war, hätte heute früh eigentlich zunächst die Abstimmung darüber stattfinden sollen. Das Hohe Haus ist aber noch so mangelhaft besetzt, daß ich die Abstimmung über eine so wichtige Angelegenheit jetzt nicht durchführen möchte. Außerdem ist jetzt eben ein neuer Abänderungsantrag Meixner eingelaufen, der wahrscheinlich noch nicht allen Mitgliedern des Hohen Hauses bekannt ist; er ist eben erst verteilt worden. Ich schlage deswegen vor, die Abstimmung erst am Schluß der heutigen Vormittagssitzung oder mindestens nach Beendigung des ersten zur Beratung kommenden Gegenstands der Tagesordnung vorzunehmen. — Das Hohe Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe auf zu Ziffer 2 der Tagesordnung:

Aussprache zu der Antwort der Staatsregierung auf die Interpellation des Abgeordneten von Knoeringen und Fraktion betreffend Wirtschafts- und Kreditpolitik der bayerischen Staatsregierung (Beilage 3766).

In der Reihe der gemeldeten Redner erhält als erster das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Baumgartner.

Dr. Baumgartner (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie wissen, daß in den letzten Wochen die Fraktion der Bayernpartei in der Presse kritisiert wurde, weil sie viel zu wenig und viel zu sanft Opposition treibe.

(Zuruf von der CSU: Sanft doch nicht!)

— Sie haben es gelesen. Ihr Leibjournalist, Herr Kollege Meixner, hat das ja veranlaßt.

(Große Heiterkeit — Widerspruch des Abg. Meixner)

(Dr. Baumgartner [BP])

Unsere gutmeinenden Kritiker sind der Auffassung, daß man an der jetzigen Koalitionsregierung mehr und schärfer Kritik üben solle. Wir von der Bayernpartei lassen uns aber von nichtbayerischen Journalisten das Maß der Opposition nicht vorschreiben,

(Bravo! bei der BP)

sondern nehmen dort, wo es notwendig ist, gegen die Koalition Stellung und unterstützen die Koalition in ihrer sachlichen Arbeit dort, wo wir es aus Verantwortungsbewußtsein tun können.

(Abg. Bezold: Ein schöner Satz, Herr Dr. Baumgartner! — Heiterkeit)

Lassen Sie mich nun zu der Interpellation der SPD vom 3. Februar 1953 Stellung nehmen! Die Interpellation des Herrn Kollegen von Knoeringen und Fraktion vom Dienstag, dem 3. Februar, hatte als Überschrift: „Betreff: Wirtschafts- und Kreditpolitik der bayerischen Staatsregierung.“ Es sollte also die ganze **Wirtschafts- und Kreditpolitik** der bayerischen Staatsregierung behandelt werden, so mußte man nach der großen Ankündigung vermuten. Die vom Herrn Kollegen von Knoeringen an die bayerische Staatsregierung gestellten Fragen betreffen aber nur die Kredite und die Staatsbürgschaften, mit keinem Wort ist darin die gesamte Wirtschaftspolitik der Staatsregierung erwähnt. Aus diesem Grunde hat die Interpellation uns in der Landtagsfraktion der Bayernpartei sowohl hinsichtlich ihrer Begründung als auch hinsichtlich der Beantwortung des Herrn Staatsministers der Finanzen enttäuscht. Ich werde Ihnen den Beweis dafür jetzt bringen.

Unter der gesamten Wirtschaftspolitik, meine Kollegen, versteht man doch Industrie-, Gewerbe-, Agrar- und Arbeiterpolitik und nicht nur die Aufzählung der vom Staat verliehenen Bürgschaften oder die Kreditmaßnahmen des Staates. Herr von Knoeringen hat in seiner Begründung selbst erwähnt, daß Angriffe gegen die Wirtschaftspolitik der bayerischen Staatsregierung erfolgt seien, und dann konkret das Bayernwerk, die Filmkredite, die Beteiligung an der Maxhütte, die Lagerversorgung, den Schulbuchverlag usw. angeführt. Später werden aber nicht einmal diese konkret angeführten Dinge eingehend behandelt, und zwar weder von dem Herrn Interpellanten noch von dem Herrn Staatsminister der Finanzen.

(Zuruf von der BP: Das haben sie der Opposition überlassen!)

Den Hauptinhalt der Ausführungen des Herrn Kollegen von Knoeringen bildet die derzeitige grundsätzliche Stellungnahme der SPD zum Problem **Staat und Wirtschaft**. Da Herr von Knoeringen im Bayerischen Landtag grundsätzliche Ausführungen über Sozialismus und Wirtschaft und über die grundsätzliche Auffassung der SPD hierüber gemacht hat, gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich dazu in allgemeinen Ausführungen zunächst kurz Stellung nehme; meine Hauptausführungen werde ich über die Filmkredite machen, die der Herr von Knoeringen etwas zu kurz behandelt hat.

(Lebhafter Beifall bei der BP)

Ich muß ihm jetzt etwas entgegenkommen und ihn etwas unterstützen.

(Heiterkeit)

Die Herren Kollegen der SPD werden ja nicht erwarten, daß ich mit den Ausführungen meines sehr verehrten Kollegen Herrn von Knoeringen einverstanden bin. Sie dürfen aber überzeugt sein, meine Herren Kollegen von der SPD, daß mir die wissenschaftlichen Metamorphosen des Sozialismus von Robert Owen über Proudhon, Stuart Mill, Marx und Lassalle bis Lenin sehr gut bekannt sind.

(Bravo! bei der SPD)

Sie dürfen auch überzeugt sein, daß mir nicht nur die Metamorphosen des wissenschaftlichen Sozialismus bekannt sind, sondern daß ich auch aus der Praxis in verschiedenen Ländern der Welt weiß, wieviele Formen der Sozialismus hat, in wieviel Formen er auftritt und wie vielgestaltig er in den einzelnen Ländern ist, und vor allem, wie er sich in Neuseeland, Australien und England ausgewirkt hat. Das setzen wir also als bekannt voraus. Es wäre ja überflüssig, im Bayerischen Landtag jetzt auf theoretische Erörterungen über den Sozialismus einzugehen. Da aber der Herr Kollege von Knoeringen eine Frage besonders in den Vordergrund gestellt hat — die Frage der Verstaatlichung: Wann kann sozialisiert werden oder nicht? —,

(Zuruf von der SPD: Hat er gar nicht!)

müssen wir uns in Ruhe über diese ganzen Dinge unterhalten. Es ist nämlich ein großer Unterschied zwischen den Ausführungen des Herrn von Knoeringen über die Sozialisierungsmöglichkeit und dem **Dortmunder Aktionsprogramm** der SPD. Diesen Nachweis werde ich Ihnen gleich führen. Es ist ein großer Unterschied zwischen dem, was Herr Kollege von Knoeringen hier in seiner sachlichen Art ausgeführt hat, und dem, was die SPD im Bundestag wiederholt gemacht hat. Es ist ein großer Unterschied zwischen dem, was Herr von Knoeringen hier gesagt hat und was sein Parteigenosse Freitag gesagt hat: *l'état c'est moi!* — Der Staat sind wir!

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Da ist ein sehr großer Unterschied.

Herr Kollege von Knoeringen führte an, man müsse sich gegen die Freiheitsberaubung und gegen die wachsende Macht des Staates wenden, und sagte sogar wörtlich: „Der Weg der absoluten Verstaatlichung allen gesellschaftlichen Lebens führt zur Vernichtung des Menschentums.“ Meine Herren von der SPD, das ist auch unsere Meinung. Mit Recht führte Herr Kollege von Knoeringen an, daß man auf seiten des Kapitalismus vor den Machtentfaltungen Vorsicht üben müsse usw. Aber er mußte dann sagen: vor allen Machtentfaltungen, vor jedem Kollektivismus, vor jeder Vermassung, und er mußte vor allem die Machtentfaltung der kapitalistischen Millionengewerkschaften erwähnen.

(Beifall bei der BP — Lachen bei der SPD)

— Ich komme gleich darauf, wo sie beteiligt sind. — Es geht doch nicht um die Frage der sozialistischen Wirtschaft, wie sie Herrn von Knoeringen anführt,

(Dr. Baumgartner [BP])

nur Einfluß auf bestimmte Grundstoffindustrien zu gewinnen, sondern es geht um die Frage: sozialistische Wirtschaft oder nicht, und zwar um keine Verschwommenheiten.

In einer Zeit, so meint Herr Kollege von Knoeringen, in der sich ganz neue Formen der Gesellschaft entwickeln, sei es vor allem Aufgabe der Politiker, normale Wege der Entwicklung zu schaffen; leider sei festzustellen, daß die Theorie den Politikern die Voraussetzung zu liefern nicht imstande sei. Dieser Behauptung des Herrn von Knoeringen können wir ebenfalls beipflichten, weil sich ja, lieber Herr Kollege von Knoeringen, die sozialistische Theorie seit 1848, seit Karl Marx, wie selbst Ihre besten Köpfe zugeben, so abgewandelt hat, daß von dem, was Karl Marx, Lassalle, Proudhon, Stuart Mill und Owen gewollt haben, außer dem Leninismus überhaupt nichts mehr übrig ist. Was den Sozialismus betrifft, hat Herr Kollege von Knoeringen also recht, daß uns der Sozialismus keine Theorie liefern kann, eine bessere Gesellschaftsform zu finden.

Da werden Sie sagen: Was stellen Sie dem gegenüber? Selbstverständlich, das habe ich erwartet. Dem stellen wir die **christliche Staats- und Wirtschaftsordnung** gegenüber mit dem Subsidiaritätsprinzip und dem sich aus dem Naturrecht ergebenden Föderalismus auch in der Wirtschafts-, in der Staatsform. Meine lieben Kollegen, warum sind wir denn in der Welt in den letzten hundert Jahren gerade seit dieser Vermassungsidee von einem Unglück in das andere gestürzt worden, von einem Weltkrieg in den anderen? Doch nur, weil die Völker von dieser christlichen Staats- und Wirtschaftsform und vom Naturrecht und vom Föderalismus abgegangen sind. Das ist unsere Idee, die wir Ihnen entgegenstellen.

(Zurufe von der SPD)

— Ich will Sie nicht bekehren.

(Große Heiterkeit)

Das ist gar nicht möglich, das wissen wir sowieso.

(Erneute Heiterkeit)

— Sie wissen, ich habe bei den Ausführungen des Herrn von Knoeringen und auch bei denen des Herrn Finanzministers keinen einzigen Zwischenruf gemacht, obwohl es mir schwer gefallen ist, auf diese Ausführungen zu schweigen.

(Beifall bei der BP)

Glauben Sie denn, daß die Menschheit, die sich seit Karl Marx verdreifacht hat, durch sozialistische Ideen ernährt und gekleidet werden konnte und daß der Fortschritt durch den Sozialismus begründet war? Bei aller Anerkennung der Fortschritte, die wir in sozialer Hinsicht erreicht haben — alle zusammen, nicht der Sozialismus allein —, aber diese verdreifachte Menschheit auf der ganzen Welt selbst ist nicht durch sozialistische Staatsformen und nicht durch das sozialistische Programm ernährt und gekleidet worden, sondern durch die

Freiheit der Person, des Unternehmertums, durch Fortschritte der Technik und der Wirtschaft.

Diejenige Stelle, bei der sich Herr Kollege von Knoeringen über die Probleme der Sozialisierung sehr deutlich ausspricht, ist für uns besonders interessant, weil er einen neuen Ausdruck gefunden hat, und zwar spricht er davon, daß man eine Verfügungsgewalt über gewisse Grundstoffindustrien und die Produktion gewisser Grundstoffordnungen schaffen müsse. Ob diese Verstaatlichung oder Sozialisierung richtig ist oder nicht, Herr Kollege von Knoeringen, darüber gehen die Meinungen der Wirtschaftspolitiker in allen Ländern der Welt sehr weit auseinander. Ich habe schon Neuseeland, Australien und England erwähnt, die damit miserable Erfahrungen gemacht haben.

(Oho!-Rufe bei der SPD)

Herr Kollege von Knoeringen hat uns ein Buch empfohlen, und ich werde es mir gerne beschaffen, weil es sicher interessant ist. Ich möchte, damit wir einen Lastenausgleich haben, ihm aber auch ein Buch empfehlen, nämlich den „Gang der Weltgeschichte“ von Toynbee. Daraus können Sie ersehen, Herr Kollege von Knoeringen, wie die Sozialisierungsideen bei sämtlichen Völkern der Welt zu nichts geführt haben, wie sie ad absurdum geführt wurden. Dieses Buch stammt von dem größten Wirtschaftshistoriker, der zur Zeit lebt, von dem Engländer Arnold Toynbee.

(Zuruf von der SPD: Kennen Sie die Bibel?)

— Die kenne ich vielleicht genau so gut wie Sie!

Wichtig ist, daß Sie, Herr Kollege von Knoeringen, angekündigt haben, was man so ungefähr sozialisieren könnte. Sie sprachen von der Einflußgewalt bei der Grundstoffindustrie, und da muß man Ihre Auffassung ruhig und sachlich dem Dortmunder Aktionsprogramm der SPD gegenüberstellen. In diesem Dortmunder Aktionsprogramm heißt es schon in der Einleitung, daß die Sozialdemokratie die Wirtschaftspolitik in der sowjetrussischen Besatzungszone nicht als Sozialisierung anerkennt, daß sie aber — wie es wörtlich heißt — eine Politik der Reprivatisierung und Wiederherstellung früherer Verhältnisse genau so entschieden ablehnt.

(Zuruf von der SPD: Das ist auch richtig!)

Für uns ist das jedenfalls sehr interessant; denn auf dem Gebiete der Wirtschaft fordert das Dortmunder Aktionsprogramm die Verwirklichung auch des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes, also des Mitbestimmungsrechtes betriebsfremder Organisationen und betriebsfremder Menschen. Es heißt im Dortmunder Aktionsprogramm wörtlich:

In den Betrieben muß die Mitbestimmung durch überbetriebliche Mitbestimmung ergänzt werden.

(Zurufe von der SPD)

Ich stelle das nur fest. Wir brauchen uns nicht zu streiten, wer da mittut. Ich will ja nur Ihre Ausführungen, Herr Kollege von Knoeringen, ergänzen.

In der Wirtschaftspolitik fordert das Dortmunder Aktionsprogramm weiter die Produktivitätssteige-

(Dr. Baumgartner [BP])

ring und die Vollbeschäftigung. Was versteht man als Nationalökonom unter Vollbeschäftigung? Doch nicht, daß auch der allerletzte beschäftigt ist, wie jeder Mensch immer glaubt, sondern man versteht unter Vollbeschäftigung den optimalen Einsatz der drei Produktionsfaktoren: Boden, Arbeit und Kapital. Dieser optimale Einsatz der drei Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital ist aber nicht allein von der Arbeiterseite her zu lösen, sondern es muß auch die Kapitalbildung erleichtert sein, es muß das Verhältnis der Menschen zum Boden einwandfrei geklärt sein und es müssen die Bodenschätze nicht nur in das Gemeineigentum, sondern auch in den optimal besten Betriebszustand gehoben werden. Im Vergleich zu diesen beiden Produktionsfaktoren Boden und Kapital müssen dann auch die Arbeiter so produktiv eingesetzt werden, daß dies zum Wohle aller Berufsstände gereicht. Nur dadurch erreicht man eine optimale Produktivitätssteigerung, nicht aber dadurch, daß man die Kapitalbildung verhindert und immer alles gleich macht, wie das zum großen Teil immer wieder geschieht.

Ferner fordert das Dortmunder Aktionsprogramm die Neuordnung der Wirtschaft durch volkswirtschaftliche Planung und einzelwirtschaftlichen Wettbewerb und die Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum, also nicht, wie Herr Kollege von Knoeringen sagt, nur die Kontrolle oder, wie er sich neuerdings ausgedrückt hat, die Verfügungsgewalt, sondern die Sozialisierung. Da frage ich Sie: Wo geht das an und wo hört es auf? Was gehört also da alles dazu? Da müssen Sie uns schon erklären, wo es angeht und wo es aufhört!

(Beifall bei der BP)

Zur Frage des Privateigentums und des Gemeineigentums sagt das Dortmunder Programm:

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird das kleine und mittlere Privateigentum fördern und für eine Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum, die allein eine volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionspolitik und notwendige Rationalisierungen sicherstellt, eintreten. — Eine Sozialisierung der Grundstoffwirtschaft ist für die deutsche Wirtschaft um so mehr geboten, als durch Machtspruch der Alliierten eine zerstörerische Entflechtung durchgeführt wurde.

Da steckt allerhand darin!

(Heiterkeit)

Zunächst einmal: die kleinen und die mittleren Betriebe! Wo geht das an und wo hört es auf? Was sind in Bayern kleine und mittlere Betriebe? Wir haben in Bayern diese sozialen Spannungen gar nicht! Wir haben eine gesunde Mischung der Betriebe in der Landwirtschaft, im Gewerbe und in der Industrie. Wo sind die großen Betriebe? Außerdem wird in dem Programm selbst gesagt, daß durch Machtspruch der Alliierten eine zerstörerische Entflechtung der Konzerne, Syndikate, Trusts und Ringe vorgenommen wurde. Da besteht doch ein gewisser Widerspruch, der geklärt werden muß.

In der Landwirtschaft tritt das Dortmunder Programm für Einfuhr- und Vorratsstellen zur Regelung der Preise ein, ferner für die Beseitigung von ungerechtfertigten Verarbeitungs- und Handelsspannen und für Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher. Sie wissen, was wir alles mitgemacht haben. Ich vermisse aber, daß in den Ländern Deutschlands, in denen die SPD die Mehrheit hat, diese Dinge bereits durchgeführt wurden. Die Handelsspannen können ja länderweise geregelt werden.

(Zuruf von der SPD: Seit wann denn?)

— Sie sind schon wiederholt länderweise geregelt worden!

Bezüglich der Bodenreform will das Programm das Bodenreformgesetz durch ein Bundesgesetz vereinheitlichen.

Das Programm verlangt ferner eine einheitliche Bundesfinanzverwaltung und eine straffe Zentralisierung.

(Zurufe von der SPD)

Ich bin mit diesen Dingen gleich fertig, aber ich mußte diese Ergänzungen bringen, weil Herr Kollege von Knoeringen das vergessen hat.

(Heiterkeit — Beifall bei der BP)

In der Vertriebenenpolitik fordert die SPD in ihrem Programm eine gerechte innerdeutsche Umsiedlung. Lieber Freund von Knoeringen, Sie wissen doch auch, wie wir in Bonn von allen Parteien niedergestimmt wurden — Sie waren ja selbst dabei —, als wir das erstmal einen gerechten Flüchtlingsausgleich über alle deutschen Länder gefordert haben! In dem Programm steht das, und jeder behauptet es, in Bonn aber wird etwas ganz anderes gemacht. Es ist zum Weinen, Herr Kollege von Knoeringen, wenn man dann ein solches Programm aufstellt.

(Zuruf von der SPD)

— Einen Moment! Warte nur! Ich komme schon weiter!

Präsident Dr. Hundhammer: Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, Herr Abgeordneter, daß es nicht angeht, einen Kollegen in dieser direkten Form anzusprechen.

Dr. Baumgartner (BP): Das war zufällig ein Kollege, mit dem ich per Du bin.

(Heiterkeit)

Präsident Dr. Hundhammer: Auf dem Rednerpodium sollte aber doch die andere Sprechform gewahrt werden!

Dr. Baumgartner (BP): Ich bin nicht gewohnt, vom Herrn Präsidenten in meiner Ausdrucksweise kritisiert zu werden.

Präsident Dr. Hundhammer: Der Präsident hat aber für den würdigen Ablauf der Verhandlungen zu sorgen.

Dr. Baumgartner (BP): Ich danke, Herr Präsident. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Abgeordneten ruhig etwas mehr Humor haben dürften.

(Beifall bei der BP)

Wenn man jeden Witz mißversteht und überhaupt keinen Humor mehr hat, können wir gleich nach Hause gehen.

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter, ich mache darauf aufmerksam, daß eine Kritik an der Geschäftsführung des Präsidenten nicht gestattet ist.

Dr. Baumgartner (BP): Ich nehme das zur Kenntnis, Herr Präsident.

Präsident Dr. Hundhammer: Wenn Beschwerden vorzutragen sind, sind sie im Ältestenrat vorzubringen. Die Verhandlungen im Landtag sollen mit einem angemessenen Ernst geführt werden und nicht in Gespräche abgleiten, wie sie außerhalb eines Parlaments möglich sind.

Im übrigen möchte ich die dem Sprecher gegenüberstehende Fraktion, also in diesem Falle die Opposition, doch bitten, mit den Unterbrechungen etwas zurückzuhalten, damit der Ernst der Debatte im Parlament gewahrt wird.

(Abg. Klotz: Legt die Hände an die Hosennaht!)

Ich erteile dem Zwischenrufer — ich glaube, es war der Herr Abgeordnete Klotz — hiemit einen Ordnungsruf.

Dr. Baumgartner (BP): Bezüglich des Lastenausgleichs erklärt das Programm, daß eine sozialdemokratische Bundesregierung das Lastenausgleichsgesetz verbessern wird, weil das jetzige noch nicht scharf genug sei. Auch ein Punkt, der wichtig ist!

Diese paar Beispiele, Herr Kollege von Knoeringen, habe ich nur herausgegriffen, weil sie wesentlich anders lauten als Ihre zarten Andeutungen über eine eventuelle Verfügungsgewalt über gewisse Grundstoffindustrien, die im übrigen gar nicht namentlich aufgeführt sind.

Nun habe ich schon gesagt, daß wir in der Entwicklung der sozialistischen Wissenschaft und der sozialistischen Praxis in allen Ländern der Welt eine Wandlung mitgemacht haben. Wogegen ich mich aber wehre — wir bekehren einander nicht in diesem Hause, weder rechts noch links —, ist, daß die SPD in Bayern nicht sagt, was ihr wirkliches Programm in Deutschland ist. Das habe ich hier nachgewiesen.

Herr Kollege von Knoeringen hat uns auch gesagt, was der bayerische Staat seit 1945 geleistet hat. Dazu darf ich jedoch erwähnen, daß diese Leistungen die SPD, als sie in Bayern in der Opposition stand, nicht in allen Teilen anerkannt hat, ein Beweis dafür, daß man, wenn man selbst in der Regierung ist, ganz anders sprechen und handeln muß. Wir werden das ja bei den Filmkrediten gleich sehen.

Was mich aber am meisten wundert, meine lieben Kollegen von der SPD, ist, daß zu einer Interpellation über die bayerische Wirtschaftspolitik nicht der bayerische Wirtschaftsminister gesprochen hat, sondern der bayerische Finanzminister, und daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion am Schluß seiner Rede die Hoffnung aussprach — hören Sie! —, daß der Finanzminister in seiner Etatrede auch die Richtlinien der wirtschaftspolitischen Entwicklung in Bayern geben werde und die Grundsätze darlegen müsse, die die bayerische Wirtschaftspolitik bestimmen. Hier irrt Herr Kollege von Knoeringen ganz gewaltig! In keinem Lande der Welt bestimmt der Finanzminister die Grundsätze der Wirtschaftspolitik, sondern der Ministerpräsident, das Gesamtkabinett und der Wirtschaftsminister.

(Sehr gut! Sehr richtig! Beifall bei der BP)

Es wäre sehr gefährlich, wenn der Finanzminister das machen würde! Wenn da die Kollegen von der CSU nicht merken, wohin die Reise geht, tun sie mir leid.

(Beifall bei der BP — Abg. Meixner: Das merken wir schon!)

Die Ausführungen des Herrn Staatsministers der Finanzen bestätigen meine Kritik. Der Herr Finanzminister hat sich nur mit den Krediten und mit den Staatsbürgschaften befaßt, nicht aber mit der bayerischen Wirtschaftspolitik. Hier wären doch ganz andere Fragen aufzuwerfen gewesen. Dazu wird ein anderer unserer Kollegen noch sprechen. Ich will darauf verzichten, weil ich gleich zu den Filmkrediten kommen will. Es wären hier aufzuwerfen gewesen die ganzen Fragen der Gewerbepolitik, der Gesunderhaltung unseres Mittelstandes usw. Kein bayerischer Agrarpolitiker ist seit Heim und Schlittenbauer mehr führend gewesen, obwohl wir das größte Agrarland im Bundesgebiet sind. Es geht bei der **Agrarpolitik** nicht nur um die Schulen. Unsere Bauernschaft, die führend im ganzen Bundesgebiet ist, braucht auch der Bundesregierung gegenüber eine führende Agrarpolitik. Die Probleme der Lagerhaltung, des Imports, des Exports, der Industriepolitik, die Frage der Tarife, der Strompreise, mit der uns die fränkische Industrie so belagert, usw. sind doch Dinge, die wir alle zusammen in einer Aussprache über die Wirtschaftspolitik der bayerischen Staatsregierung klären müssen.

Zur Rede des Herrn Finanzministers darf ich sagen: Herr Kollege Zietsch, diese Zusammenstellung war eine sehr fleißige und für uns interessante Zusammenstellung. Wenn ich diese Dissertation aber hätte bewerten müssen, so hätten Sie niemals die Note I bekommen, weil das Thema verfehlt war.

(Abg. Dr. Haas: Richtig, sehr wohl!)

Die ganze Doktorarbeit hätte noch einmal umgearbeitet werden müssen, weil sie nicht die Wirtschaftspolitik der bayerischen Staatsregierung behandelte, sondern nur eine Aufzählung der bestehenden Bürgschaften und Kredite war.

(Abg. Dr. Haas: Sehr gut! — Beifall bei der BP)

(Dr. Baumgartner [BP])

Der Herr Ministerpräsident hat in einem Gespräch mit der Bayerischen Staatszeitung im Dezember 1952 die ganze **Finanz- und Steuerpolitik** des Bundes mit Recht einer scharfen Kritik unterzogen. Er hat gesagt, daß die alljährlichen Steueranforderungen an die Länder indiskutabel seien. Der Bund müsse den Ländern mehr Aufgaben überlassen. Die Steuerquellen müssen zwischen Bund und Ländern vernünftig verteilt werden. Auf jeden Fall, so sagte der Herr Ministerpräsident, müsse ein anderer Weg gegangen werden als der ständig neuer Forderungen. Das wäre eine klare Sicht gewesen. Auf diesem Boden hätten wir uns bei der Aussprache über die Wirtschaftspolitik bewegen müssen. Mehrere unserer Regierungsmitglieder haben sich in den letzten Wochen darüber ausgesprochen, daß wir vom Bund benachteiligt werden. Ich hätte etwas dazu hören wollen: Wo sind diese Benachteiligungen? Wer ist schuld an diesen Benachteiligungen? Wer hat die Mehrheit in Bonn? Wie haben in den und den Fällen die Parteien abgestimmt, die auch hier im Hause sitzen? Der Herr Ministerpräsident hat sich über die Benachteiligungen in Bonn beklagt, ebenso der Herr stellvertretende Ministerpräsident Dr. Hoegner, der Herr Wirtschaftsminister Dr. Seidel, der Herr Finanzminister Zietsch, der Herr Staatssekretär Dr. Nerreter und sogar der Herr Landtagspräsident Dr. Hundhammer. Wo sind denn diese Benachteiligungen? Warum sind wir benachteiligt? Wer ist schuld? Um wieviel ist Bayern benachteiligt? Das gehört hier besprochen, es ist nicht nur eine seichte Aufzählung der bisherigen Millionenverluste bei den Filmbürgschaften zu geben.

Alle Parteien des Hauses werden mit Klagen in wirtschaftlicher Hinsicht aus dem ganzen Lande bestürmt, so daß wir genug Grund hätten, uns mit diesen Dingen zu befassen.

Lassen Sie mich nun — und ich habe einige sehr deutliche Ausführungen zu machen — zu den **Filmkrediten** kommen. Im Vorübergehen wurde erzählt, daß wir bis jetzt 17,3 Millionen D-Mark verloren haben.

(Abg. Bantele: Vor 14 Tagen waren es
15 Millionen!)

— Das ändert sich alle acht oder vierzehn Tage; der Herr Kollege Geishöringer — Herr Kollege Meixner, Sie wissen das — ist schärfstens angegriffen worden, daß er unwahre Dinge ausstreue und sich unverantwortlich benehme. Die Angehörigen der Opposition benehmen sich immer unverantwortlich. Wir dürfen nicht einmal mehr im Landtag einen Witz machen.

(Lebhafter Beifall)

Das Filmwesen ist, wie wir alle zusammen wissen, eine Industrie. Ich möchte mit dem, was ich jetzt sage, die SPD in keiner Weise angreifen, weil sie für diese Dinge nichts kann. Ich möchte ganz korrekt und objektiv sprechen. Die ganze Frage der Filmindustrie müssen wir letztlich zusammen — Opposition und Regierungskoalition — und gerecht lösen. Sie ist jetzt besonders aktuell geworden, weil der Bundestag ein Gesetz beschlossen hat,

wonach das Treuhänderwesen der Besatzungsmächte in deutsche Hände übergehen soll. Weil der Bundesrat nicht zustimmte, liegt das Gesetz zur Zeit beim Vermittlungsausschuß. Dadurch wird die ganze Frage der Filmindustrie weit über die Frage der Staatsbürgschaften hinaus aktuell. Wir müssen uns damit befassen.

Der im Jahre 1952 verstorbene Cheftreuhänder des Ufa-Liquidationsausschusses, ein gewisser Dr. Haupt, von dem man seinerzeit sehr viel gelesen hat, war der Meinung, man müsse die ganze deutsche Filmindustrie dezentralisiert aufbauen. Auch der Entflechtungsmann der Wirtschaft in Deutschland, ein Herr Petric, ist dieser Auffassung.

Es ist nun die große Frage, was mit **Geiseltasteig** geschieht, warum es in Geiseltasteig zu diesen großen Verlusten gekommen ist, und wir uns überhaupt einmal um die Dinge besser annehmen können. Geiseltasteig ist das beste Filmatelier Westeuropas, wie von Fachleuten erklärt wird. Im Osten ist es Prag. Geiseltasteig soll in den Einrichtungen und Kopieranstalten teilweise sogar besser sein als Hollywood. Heute gehört Geiseltasteig zum Ufa-Liquidationskomplex. Zur Ufa gehörten früher, wie Sie vielleicht wissen, die Bavaria, Berlin-Tempelhof, der Marsfilm Berlin und der ganze Filmtheaterbesitz in Nordrhein-Westfalen. Die Bavaria ist heute dreimal größer als früher, mit technisch hervorragendem Stand: 8 Ateliers, Farbkopierwerk und Synchronisationsstudios, gegründet seinerzeit von Ostermayr. Bis 1933 war Kommerzienrat Kraus führend, der in den letzten Wochen verstorben ist. In der Nazizeit wurde das ganze verstaatlicht, wie die Ufa selber auch. Seit der Besetzung durch die Amerikaner ist Geiseltasteig treuhänderisch verwaltet durch einen Herrn Tyri, der früherer Tonmeister bei der Ufa war. Seit Kriegsende sind große Intrigen um Geiseltasteig im Gange. Das Haupt dieser Intrigen ist der frühere Ufa-Regisseur Eric Pommer, der nach dem Kriege als Amerikaner wieder nach Deutschland kam. Pommer wurde von den Amerikanern als früherer Ufa-Regisseur über die ganze Filmindustrie in Deutschland eingesetzt. Er führte in dieser Branche, wie Sie wissen, den Morgenthau-Plan hundertprozentig durch.

(Sehr richtig!)

Tyri war der Tonmeister Pommers bei der Ufa. Die Leute um Pommer und Tyri verfolgen nun den Plan, jetzt in dieser kritischen Zeit auf irgendeinem Wege — so oder so — Geiseltasteig, diese hervorragende Filmwerkstätte Europas, in ihre Hände zu bekommen. Sie wollen eine Sammlung von Produzenten bilden, die nach ihrer Meinung in der Lage sind, das ganze Bavaria-Vermögen durch eventuell dazwischengeschaltete Pleiten und Skandale in ihre Hände zu bekommen. Einige dazwischengeschaltete Pleiten können nicht schaden, wenn man das ganze in die Hand bekommen kann. Pommer, Tyri und einige norddeutsche Handlanger wollen das ganze Objekt billig in norddeutsche Hände oder in die Hände des Herrn Pommer und seiner Umgebung spielen. Liebe Kollegen aller Fraktionen, dürfen wir dieses wertvolle große Wirtschaftsobjekt Bayerns fallen lassen? In Filmkreisen haben diese Leute heute schon den Spitz-

(Dr. Baumgartner [BP])

namen „der Anglerverein“. Der Name ist ganz klar. Sie wollen angeln. Zu diesem Kreis gehören der Berliner Witt, der Norddeutsche König, der Norddeutsche Braun und der Münchner Geis, hinter dem ein rheinischer Rechtsanwalt als atheistischer Geschäftemacher steht.

Die Bavaria hat seit 1948 12 Millionen Mark investiert. Das Anlagevermögen wird heute mit 15 Millionen Mark angegeben. In Wirklichkeit soll es viel höher sein. Die Bavaria soll durch möglichst viele Skandale und möglichst viele Pleiten heruntergewirtschaftet werden, damit man dieses Riesenvermögen möglichst billig in die Hand bekommt.

Die neuen Pläne um die bayerische Filmindustrie gehen alle in der geschilderten Ebene. Der erste Plan: Die Filmtheater in Nordrhein-Westfalen bilden mit dem Berliner Stappenhorst als Produzenten in München und mit der neuen Film-Verleih GmbH in Hamburg eine Genossenschaft. Bei ihrer Gründung war, wie Sie in den letzten Tagen gelesen haben, unbegreiflicherweise sogar der Herr Finanzminister anwesend — ich nehme aber an, und mache ihm keinen Vorwurf, daß er die Zusammenhänge nicht durchschaut hat. Die Genossenschaft will in Bayern jährlich sechs Filme drehen. Solche Pläne sind nicht neu. Auf diesem Wege soll Geiselgasteig langsam in ihre Hände kommen. Ernstzunehmende Filmfachleute haben mir selbst gesagt, sie wundern sich, daß der Herr Finanzminister bei der Gründung dieser Genossenschaft anwesend war. Wie unkorrekt die neue Genossenschaft schon wieder handelt, können Sie aus der Abendzeitung vom 17. Januar entnehmen, wonach Albers gezwungen war zu dementieren, daß er bei der Genossenschaft filmt. Mit Schwindel fängt es also schon wieder an.

Der zweite Plan: Das Norddeutsche Filmkontor hat sich zur Aufgabe gemacht, norddeutsche Filmateliers aufzufüllen, und zwar in Hamburg, Göttingen und Realstedt bei Hamburg. Niedersachsen und Hamburg sollen diese drei Ateliers füllen. Hinter diesem norddeutschen Filmkontor stecken die Gewerkschaften, die mit 50 Prozent beteiligt sind. Ich gratuliere ihnen zu diesem Großunternehmen. Ich sage: Keine Kritik, weil man die Zusammenhänge nicht weiß, die man wissen müßte; aber das ist Tatsache.

(Abg. Drechsel: Es geht um die Menschen!)

— Ich sage: Keine Kritik, weil man die Zusammenhänge nicht weiß. Es muß verhindert werden, daß die Bavaria in die Hände von einigen wenigen Leuten kommt, die zum großen Teil bewiesen haben, daß sie nicht fähig sind, als Unternehmer zu arbeiten, und die bis jetzt nur fremde Gelder verwirtschaftet haben. Der Berliner Georg Witt, der neuerdings in der Presse als der kommende Mann von Geiselgasteig in den Vordergrund geschoben wird, ist ein Pommer-Mann. Georg Witt war früher Sekretär Pommers bei der Ufa. Der letzte Artikel im „Spiegel“ über die Bavaria ist von Spekulanten und Interessenten inszeniert, um

das bayerische Geiselgasteig in die Hände zu bekommen.

Nun zu den Filmkrediten. Ich stehe nicht an, der bayerischen Staatsregierung gegenüber zu erklären: Die Filmkredite — da hat der Herr Finanzminister recht gehabt — waren notwendig, weil damit wenigstens ein Anlauf gemacht worden ist. Die Staatsbürgschaften waren notwendig, aber, Herr Finanzminister, die Verluste in diesem Ausmaß waren auf keinen Fall notwendig. Sie wären bis auf wenige Prozent zu vermeiden gewesen. Das ist auch zu beweisen.

Der Herr Finanzminister spricht in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 27. Dezember 1952, daß es gelungen sei, bessere Bürgschaftsbedingungen zu schaffen. Also waren die früheren nicht so gut.

(Abg. Bezdold: Bessere Filme hätte man schaffen müssen!)

Dann hat er gesagt: „Daneben sind einige seriöse und finanzkräftige Produzenten.“ Also waren die anderen nicht seriös und nicht finanzkräftig.

(Beifall — Zuruf des Abg. Dr. Lacherbauer)

Für 25 Filme, die in der „Süddeutschen Zeitung“ angeführt sind, wurden an 15 Firmen Kredite gegeben. An einige hat man also zwei- oder dreimal Kredite gegeben. Und diese Firmen haben, als sie sahen, daß das Geschäft schlecht geht, gleich um einen neuen Kredit nachgesucht, durch den man den Staat aufs neue hereinlegen konnte, und eine zweite und dritte Bürgschaft verlangt, und bekommen. Warum?

(Abg. Bezdold: Weil das Leben teuer ist!)

Weil in diesem Filmbeirat die Leute sich selber Kredite gewährt haben. Das sind Tatsachen. In diesem Beirat sind die Leute selbst dringesessen, die Kredite beansprucht haben. Fachleute sagen, daß unter diesen 15 in der „Süddeutschen Zeitung“ genannten Firmen weder vom künstlerischen noch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus überhaupt bedeutende Firmen waren, die würdig gewesen wären, mit solchen Riesensummen bedacht zu werden. — Und ein Filmfachmann, der nicht im Verdacht steht, selber Filme zu machen oder Filmkredite zu brauchen, hat mir gesagt, es sei kein Wunder, daß 17 Millionen verloren sind; ein Wunder wäre es gewesen, wenn diese Leute etwas zustandegebracht hätten und wenn die 17 Millionen nicht verlorengegangen wären.

Für drei Filme wurden mehr als 3 Millionen D-Mark gegeben. Bei Olga Tschelowowa hat man nicht einmal abgewartet, ob sich der erste und zweite Film rentiert, sondern man hat sofort den dritten Film kreditiert. Hier wurden schwere Fehler gemacht. Wir haben in Bayern schon öfter alte Ruinen finanziert, aber das braucht man doch nicht im Filmwesen bei der Olga Tschelowowa zu machen.

(Heiterkeit — Beifall bei der BP)

Präsident Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter, ich muß unterbrechen. Ich werde wiederholt dar-

(Präsident Dr. Hundhammer)

auf aufmerksam gemacht, daß sich Zuschauer auf der Tribüne an Beifallskundgebungen beteiligen. Das ist nicht zulässig. Die Tribüne hat an den Verhandlungen keinen Anteil durch Beifallskundgebungen zu nehmen.

Dr. Baumgartner (BP): Der ausländische Produzent Badal erhielt für einen Film, der altmodisch und sentimental ist, 1,4 Millionen D-Mark. Dieser Film wird niemals, sagen sie, 200 000 DM bringen. Seitens der Fifi wurden Filme an Verleiher gegeben, von denen von vornherein schon bekannt war, daß sie pleite gehen, zum Beispiel Imex, Siegel und Pajens.

(Zuruf aus der Mitte: Bejühr!)

— Bejühr ebenfalls. Man kann daher nicht in jedem Fall Leuten einen Vorwurf machen, die selbst Kredite bekommen haben, sondern muß hier auch die Verleiher heranziehen. Der Film „König für eine Nacht“, der 917 841 DM kostete — was viel zuviel ist, weil die meisten Aufnahmen, wie ich hintenherum erfahren habe, im Garten des Regisseurs gemacht wurden —, wurde dem Union-Filmverleih gegeben und brachte bis jetzt in zweieinhalb Jahren nur 250 000 DM. Fachleute meinen, wenn dieser Film an einen anständigen Verleih gegeben worden wäre, hätte er über eine Million Mark bringen können. Also tragen — ich verstehe die Dinge bezüglich des Verleihs nicht — nicht nur die Produzenten, sondern auch die Verleihfirmen einen großen Teil Schuld an diesem Skandal. Gute Verleihfirmen gibt es in Deutschland wenig. Gut sollen sein Herzog, Schorcht, Allianz und Gloria. Von den amerikanischen Verleihfirmen sollen gut sein Metro, Paramount, Columbia, Fox und Universal.

(Zuruf von der SPD: Das sind so schon alle!)

Nun, meine Damen und Herren, wie seriös die Verleihe sind, die da herangezogen wurden, zeigt folgender Fall: Die Deutschland-Film-GmbH, Inhaber Lathke, hat in der Zeitung Konkurs angemeldet. In derselben Zeitung und nahezu an derselben Stelle wird der gleiche Mann als Geschäftsführer einer neuen GmbH anderen Namens angeführt.

(Zuruf aus der Mitte: Schon öfter vorgekommen!)

Das sind doch bewußte Bankrotteure, die die Steuergelder stehlen. Sie verdienen alle Geld und befreien sich von ihren Schulden!

(Abg. Bezold: Sie verdienen nicht, sie verbrauchen Geld!)

Das muß die Kommission doch wissen, die die Kredite genehmigt! Da hätte man eingreifen müssen und diesen Leuten nicht zwei-, drei-, vier- und fünfmal Kredite von den Steuergeldern geben dürfen! Wir hätten diese 17 Millionen sauer verdienten Steuergelder unseres Mittelstandes, auch unserer Arbeiterschaft und unserer Wirtschaft nicht verloren, wenn bei der Kredithingabe Obacht gegeben worden wäre. Wie wäre es sonst möglich, daß man einem Berliner Holzhändler 800 000 Mark Kredit gibt, damit er zwei Filme in Bayern dreht?

Der Vorsitzende des Verleiherverbandes, Herr Bejühr, welcher in allen Organisationen mitgewirkt hat, hat als erster Pleite gemacht, und alle Firmen sind von ihm in Mitleidenschaft gezogen worden. Bei diesen Filmbürgschaften ist überhaupt nicht kontrolliert worden, ob das Geld für Gagen, Produktionsleiter, Regisseur oder Autoren verbraucht wurde. An Gagen wurden bezahlt für Regisseure 100 000 Mark, für Albers 200 000, für Jakobi mit seiner Frau Marika Röck 350 000, für Zarah Leander 150 000 Mark. Zu allem Überfluß mußte der größte Teil dieser Summen in Devisen aufgebracht werden. Dieter Borsche erhielt 75 000 bis 100 000 DM, Willi Birgel 50 000 bis 60 000 DM, und das zu einer Zeit, wo in Amerika ein erstklassiger Farbfilm, der in der ganzen Welt Anklang gefunden hat, insgesamt 300 000 Dollar kostete und 2 bis 3 Millionen Dollar einbrachte. Ich möchte das Wirtschaftsministerium bitten, sich dieser Dinge anzunehmen, wenn auch der Film eine kulturelle Angelegenheit ist. Für diese Seite sind die Filmfachleute zuständig, aber die wirtschaftliche Seite muß das Wirtschaftsministerium in die Hand nehmen, weil es sich um eine Exportfrage Bayerns handelt, um eine eminent wichtige Aufgabe für die ganze bayerische Wirtschaft. Aber wenn Filme gemacht werden, die schon nicht über Luxemburg, ja kaum über Bayern hinausgehen, wenn wir es trotz der großen geistigen Kultur unseres gesamten deutschen Volkes, das einmal an der Spitze aller Völker der Welt gestanden ist, nicht fertigbringen, große Filme von Weltbedeutung zu produzieren, dann ist es klar, daß solche Dinge passieren müssen. Wir müssen wegkommen vom Kitsch, und das müßte doch möglich sein, wenn wir alle nach dieser furchtbaren und teuren Übergangszeit zusammenhelfen, daß wieder etwas geleistet wird. So wurden Millionen für Filme vergeben, die weder in Deutschland interessiert haben noch in der Welt zugkräftig sind.

Badal, für den man schon 1,4 Millionen Mark ausgegeben hatte, erhielt einen zweiten Film — „Fridolin“ — kreditiert, ohne daß das erste Geld zurückgegeben war. Solche Leute gehören ausgeschaltet! Die Firma Oskar hat bis jetzt für zwei neue Filme Kredite bekommen und sich dazu einen ausländischen Regisseur geholt. Und wie mit dem Geld gewirtschaftet worden ist! Ein Hund, der in einem Film einmal über die Bühne laufen muß, und wenn man ihn nur für einen Tag braucht, wird monatlang mit 50 Mark Tagegeld verrechnet!

(Zuruf)

— Tatsachen, die vorgekommen sind! Der Hund kriegt mehr Tagegeld als die Abgeordneten des Landtags.

(Heiterkeit)

Die Leute, die Bürgschaften bekommen — das ist auch noch wichtig — haben ein großes Interesse an den Bürgschaften gehabt, weil sie selbst als Produzenten 7,5 bis 10 Prozent der Herstellungskosten bekommen haben. Darum mußten die Herstellungskosten hoch sein. Die Fifi-Banken haben ja schwer Geld verdient!

(Dr. Baumgartner [BP])

Jetzt will man auch noch die Synchronisation von Geiseltal ganz nach Berlin verlegen, obwohl die Bavaria monatlich 150 000 Mark an den Synchronisationen verdient, also bisher schon drei Millionen D-Mark verdient hat. Der Betrieb könnte überhaupt nicht pleite gehen, wenn richtig gewirtschaftet würde, wenn die Pommer-Leute und ihre Hintermänner, die ich heute alle aufgedeckt habe, endlich verschwinden würden und wenn die Staatsregierung, sobald sie die Verfügungsgewalt hat — wir haben ja immer noch diese schwierigen Zustände —, in Geiseltal von A bis Z gehörig ausmisten würde, so daß dort die Cliquenwirtschaft verschwindet. Es herrschen Barackenverhältnisse dort draußen, eine Weiberwirtschaft; Leute wohnen da draußen, die überhaupt nicht hinausgehören!

Wer kontrolliert also die Kredite und entscheidet darüber: Wem wird Kredit gegeben? Wie kommt es, daß Leute öfter Pleite machen können und öfter Kredite bekommen, wie diese Klagemann und Witt, die immer noch in Geiseltal wohnen? Wie kommt es, daß in Geiseltal Büros sind, die gar nicht hingehören? Wohin fließen die ganzen Gelder? Wer lebt monate- und jahrelang in den Baracken und in den sogenannten Gästehäusern? Wer kontrolliert das vorhandene Material? Wer wirft die bayerischen Tonmeister hinaus und holt sich Berliner? Das muß doch einmal alles hier gemeinsam untersucht und es muß dazu Stellung genommen werden!

Ich glaube, den Beweis erbracht zu haben, daß diese 17,3 Millionen D-Mark Bürgschaftsverluste nicht notwendig gewesen wären, wenn wir besser Obacht gegeben hätten.

(Beifall bei der BP)

Ich möchte den Vorschlag machen, daß wir uns alle zusammen, über alle Parteien hinweg, ernstlich den Kopf zerbrechen, ob es nicht möglich ist, daß die bayerische Privatwirtschaft, nämlich die Banken und die Versicherungen, der Rundfunk und der Staat, alle vier zusammen, Geiseltal, diese erste Produktionsstätte der Filmwirtschaft in Westeuropa, für Bayern erhalten und einen Exportfaktor daraus machen, so daß Bayern stolz sein könnte, Filme von großer kultureller Bedeutung für die ganze Welt herstellen zu können.

(Abg. Kiene: Das ist eine Form der Sozialisierung!)

— Ich habe die Privatwirtschaft an erster Stelle genannt und in den Vordergrund gestellt.

(Abg. Dr. Franke: Aber vom Staat gelenkt!)

— Der Staat muß dabei sein, weil es hier um künstlerische Interessen geht und nicht jeder Kitsch hergestellt werden soll.

(Abg. Bezold: Nein, es muß jemand dabei sein, dem etwas einfällt, Herr Kollege, und da ist bis jetzt noch niemand dabei gewesen!)

Ich möchte nun die Kollegen von der SPD bitten, mir Verständnis entgegenzubringen, wenn ich

heute so offen gesprochen habe. Auch die Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, daß wir diesen Filmbürgschaftsverlusten — der Herr Kollege Dr. Geiseltal wird heute wahrscheinlich prophezeien, daß aus den verlorenen 17,3 Millionen D-Mark 22 Millionen werden; es bleibt ja nicht bei den 17,3 Millionen — endlich einmal ein Ende machen.

Ich bin am Schluß meiner Ausführungen und glaube, Ihnen gezeigt zu haben, daß wir diese Verluste nicht bekommen hätten, wenn man bei der Kontrolle der Bürgschaften und Kredite sorgsamer vorgegangen wäre.

Nach § 43 der Geschäftsordnung stelle ich den Antrag, der Landtag möge zu dem gesamten Inhalt der Interpellation der SPD beschließen:

Die Antwort des Staatsministers der Finanzen entspricht nicht der Meinung des Bayerischen Landtags.

(Lebhafter Beifall bei BP und FDP)

Präsident Dr. Hundhammer: Das Wort nimmt der Herr Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

Dr. Seidel, Staatsminister: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr von Knoeringen hat vorgestern zur Begründung der Interpellation seiner Partei eine bemerkenswerte Rede gehalten. Ich fürchte, daß man ihn noch oft an gewisse Teile dieser Rede erinnern wird.

(Abg. Bezold: Sehr gut!)

Es steht mir jedoch nicht zu und es ist auch nicht meine Absicht, seine Thesen zustimmend oder ablehnend zu analysieren oder gar eine Polemik mit ihm zu beginnen. Das wird vermutlich in der Diskussion geschehen. Unser Kollege Dr. Baumgartner hat ja soeben schon recht temperamentvoll den Anfang gemacht.

Ich glaube aber, daß ich als bayerischer Wirtschaftsminister verpflichtet bin, zu einer Feststellung Stellung zu nehmen, die Herr von Knoeringen getroffen hat, und mich mit einer Forderung zu beschäftigen, die er am Schluß seiner Rede aufgestellt hat. Ich möchte allerdings gleich zu Beginn sagen, daß es den Rahmen der Interpellation — und das hat Herr Kollege Dr. Baumgartner leider übersehen — sprengen würde, wenn wir uns heute mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik beschäftigen würden.

(Abg. Dr. Bungartz: Wieso, das war doch die Absicht!)

— Die Interpellation hat einen sehr klaren Wortlaut, Herr Kollege Bungartz, und an den müssen wir uns schließlich halten.

(Abg. Bezold: Nein, der Inhalt der Begründung entscheidet, nicht die Überschrift!)

— Das steht Ihnen ja frei. Jedenfalls können wir von der Staatsregierung — das werden Sie zugeben müssen — uns nur an die Fragen halten, die uns gestellt sind, und die müssen wir beantworten.

(Dr. Seidel, Staatsminister)

Was ich sagen möchte, ist etwas anderes. Herr von Knoeringen hat uns erklärt, die Ursache für die **Interpellation** sei in einer Auseinandersetzung zu suchen, die im Wirtschaftsbeirat der Union über die Unternehmereigenschaft des Staates stattgefunden habe, und er hat sich dabei auf einen Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ über diese Auseinandersetzung berufen. Da ich an der fraglichen Veranstaltung teilgenommen habe, darf ich mir wohl eine kurze Schilderung des Ablaufs erlauben und einige Überlegungen anschließen, die sich im Rahmen der Interpellation halten. Staatssekretär Dr. Ringelmann hat damals einen Vortrag über das Thema „Der Staat als Unternehmer“ gehalten. Am Schluß dieses Vortrags hat er Teile eines Briefes zitiert, den der Vorsitzende des Landesverbandes der Bayerischen Industrie, Herr Dr. Seeling, an den Herrn Ministerpräsidenten geschrieben hatte. Dieses Zitat hat dann Herr Vogel, den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Augsburg, veranlaßt, den ganzen Wortlaut des Briefes zu verlesen. In diesem Brief hat Herr Dr. Seeling seine ernststen Besorgnisse geäußert, daß der bayerische Staat dabei sei, immer mehr in die Funktion des Unternehmers hineinzuwachsen und auf Privatbetriebe Einfluß zu nehmen.

Es ist zuzugeben, meine sehr verehrten Kollegen, daß der erwähnte Brief in seinen Formulierungen von einer gewissen Schärfe war. Das Entscheidende ist aber, welche Tatsachen einen so ruhigen und überlegten Mann, wie es Dr. Seeling ist, zu einer solchen Schärfe in der Diktion veranlaßt haben. Diese Tatsachen sind schnell gefunden. Herr Dr. Seeling hatte nämlich einen konkreten Anlaß für sein Schreiben an den Herrn Ministerpräsidenten, und zwar bestand dieser Anlaß in der Tatsache, daß die AEG dabei war, ihr Aktienpaket an den Amperwerken zu verkaufen, ferner in der weiteren Tatsache, daß die Absicht bestand, dieses Aktienpaket der AEG an den Amperwerken mittelbar oder unmittelbar für den bayerischen Staat zu erwerben. Leider, meine Damen und Herren, kann nicht geleugnet werden, daß diese Absicht tatsächlich bestand.

(Abg. Haußleiter: Das ist interessant!)

Es kann auch nicht geleugnet werden, daß diese Absicht selbst dann noch nicht aufgegeben wurde, als mein Kollege Zietsch eindeutig und unmißverständlich festgestellt hatte, daß der Staat an einem Erwerb des fraglichen Aktienpaketes in jedem Fall desinteressiert sei.

(Zuruf des Abg. Haußleiter — Abg. Dr. Lacherbauer: Mittelbar oder unmittelbar?)

Es ist also nicht so, als ob Dr. Seeling auf ein vages Gerücht hin seinen Brief an den Herrn Ministerpräsidenten geschrieben hätte, sondern hinter diesem Brief stand die ernsthafte und begründete Besorgnis, daß der Staat einen hohen Millionenbetrag — es handelte sich immerhin um 13 Millionen D-Mark — dazu verwenden wolle, Einfluß auf ein privates Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft zu gewinnen. Ich glaube aber, meine

Damen und Herren, daß diese Tatsache allein Herrn Dr. Seeling nicht bewogen hätte, einen so pointierten Brief zu schreiben, wie er es getan hat. Er und die bayerische Wirtschaft wußten nämlich, daß es sich nicht um einen Einzelfall handelte, sondern daß ähnliche Bestrebungen vorausgegangen waren.

(Abg. Haußleiter: Wer hat diese Bestrebungen unternommen?)

Die Gewerkschaften sowohl als auch die bayerische Wirtschaft hatten nämlich noch nicht vergessen, daß der bayerische Staat 20 Millionen aufgewendet hat, um bei der Maxhütte Einfluß zu gewinnen, also einen erheblichen Betrag für eine Staatsbeteiligung verwendet hat, den wir heute sehr gut für echte Pflichtaufgaben des Staates gebrauchen könnten.

(Zustimmung bei der BP)

Dr. Seeling wußte noch mehr. Er wußte zum Beispiel, daß das Bayernwerk ein Angebot des Herrn Flick, aus seinem Kohlenbesitz im Ruhrgebiet, zu dessen Veräußerung er im Zuge der „zerstörerischen“ Entflechtung gezwungen war, eine Grube zu erwerben, mit einer gewissen Begeisterung aufgenommen hatte

(Hört, hört!)

und daß diese Begeisterung des Bayernwerks durch die zuständigen Sachbearbeiter der Staatsverwaltung keineswegs gedämpft wurde.

Das entscheidende Motiv für die Intervention des Landesverbandes der Bayerischen Industrie scheint mir also die Absicht gewesen zu sein, das zu verhindern, was nach dem Willen gewisser Sachbearbeiter in der Staatsverwaltung hätte sein sollen.

(Zuruf des Abg. Haußleiter)

— Ich muß ehrlich gestehen, Herr Kollege Haußleiter, Sie werden mich auch durch noch so zahlreiche Zwischenrufe nicht veranlassen,

(Zuruf: . . . mehr zu sagen! — Heiterkeit)

mehr zu sagen, als ich will.

(Lebhafte Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nicht verhehlen, daß ich die Besorgnis, von der ich eben sprach, in ihrem vollen Umfang geteilt habe. Warum? Herr von Knoeringen hat vorgestern sehr kluge und gescheite Worte über die **Macht** gefunden. Für jeden, der sich mit dieser Frage beschäftigt, bleiben zwei Erkenntnisse übrig, die in ihrem Bestand gesichert sind: Einmal ist es die Einsicht, daß ohne Macht ein Zusammenleben nicht möglich ist, und zum anderen, daß der Mißbrauch der Macht, die Ordnung des Zusammenlebens stört oder gar völlig aufhebt. Das gilt für alle Gebilde des gesellschaftlichen Zusammenschlusses, natürlich auch für den Staat als der obersten und umfassendsten Stufe des gesellschaftlichen Zusammenschlusses. Kein vernünftiger Mensch wird den Staat seiner Macht entkleiden wollen; kein vernünftiger Mensch wird aber auch dem Staat so viel Macht einräumen wollen, daß er von den Bürgern und ihrem ganzen Leben Besitz ergreifen kann.

(Sehr richtig! bei der BP und FDP)

(Dr. Seidel, Staatsminister)

Trotzdem erfahren wir täglich, daß die **Verstaatlichung des Lebens** in einem erschreckenden Ausmaße Fortschritte macht.

(Sehr richtig!)

Wir machen noch eine andere Erfahrung: In dem gleichen Maße, wie die Übermacht des Staates gelästert und bekämpft wird, in genau dem gleichen Maße wird auf allen Gebieten das Einschreiten des Staates verlangt

(Sehr richtig! bei der CSU)

und nach der ordnenden Hand des Staates gerufen. Das kommt daher, daß wir keine rechte Vorstellung mehr vom Wesen des Staates haben.

(Sehr gut!)

Die Zuständigkeit des Staates ist immer erst dann gegeben, wenn eine Aufgabe die Kräfte oder die Reichweite der innerstaatlichen gesellschaftlichen Gebilde übersteigt.

(Abg. Dr. Baumgartner: Also subsidiär!)

Wäre dieser Grundsatz im Bewußtsein unseres Volkes verankert, dann besäßen wir ein natürlicheres Verhältnis zum Staat und der Machtmißbrauch durch den Staat wäre seltener.

(Sehr richtig!)

Auch in der Wirtschaft kann ein Bereich nur dann als staatseigen anerkannt werden, wenn die Aufgaben dieses Bereiches von keinem anderen als eben, nur vom Staat selber erfüllt werden können. Es widerspricht zum Beispiel dem Wesen des Staates, wenn er sich auf Kosten der Steuerzahler an einem gewerblichen Betrieb beteiligt, nur um aus irgendwelchen Gründen Einfluß auf die Geschäftspolitik zu gewinnen.

(Sehr richtig! bei BP, FDP und Teilen der CSU)

Es kann nicht geleugnet werden, daß die Kompliziertheit unseres gesellschaftlichen Lebens heute die staatseigenen Bereiche vermehrt hat und ständig vermehrt. Gerade weil dem so ist, meine sehr verehrten Kollegen, sollten wir mit um so größerer Sorgfalt darüber wachen, daß alles, was nicht Aufgabe des Staates ist oder sein kann, von ihm ferngehalten wird.

(Sehr gut!)

Vor allem muß die Funktion des Staates als Eigentümer und Unternehmer eingeschränkt werden. Die Verbindung von wirtschaftlicher mit politischer Macht ist noch gefährlicher als die isolierte wirtschaftliche oder die isolierte politische Macht. Der Staat als Unternehmer wird immer versuchen, seine Wettbewerbslage mit Hilfe seiner Machtposition zu verbessern. Die Kapitalaufstockung aus Haushaltsmitteln, also mit Steuergroschen, ist einfacher als die Beanspruchung des Kapitalmarktes, zumal wenn ein funktionsfähiger Kapitalmarkt nicht vorhanden ist.

(Sehr gut!)

Die steuerliche Freistellung von Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand räumt dem Staat auf dem Kapitalmarkt eine Vorzugsstellung ein, die dann berechtigt ist, wenn die gewonnenen Mittel für Zwecke verwendet werden, die dem Staat eigen

sind; sie nimmt aber den Charakter des Unmoralischen an, wenn die Mittel unmittelbar oder mittelbar in Unternehmungen des Staates fließen, die ein Geschäft betreiben, wie es Tausende von Staatsbürgern auch betreiben.

(Sehr richtig! bei der FDP)

Sehen wir von der Aufzählung weiterer Beispiele ab, so bleibt das Wissen, daß der Staat als besitzergreifende Macht auch in den demokratischen Ländern immer wirksamer wird und daß er als ein sich selbst bescheidendes Organ der Zusammenarbeit immer mehr an Bedeutung verliert. Dieser Prozeß vollzieht sich, obwohl man gerade in Deutschland die Dämonie des alles beherrschenden Staates so schmerzlich erleben mußte. Hier stoßen wir auf die Tatsache, daß der gegebene soziale und politische Zustand eines Volkes den Umfang der staatlichen Einflußnahme bestimmt. Unser Bewußtsein ist noch zu sehr angefüllt von Vorstellungen, die sich in der Vergangenheit gebildet haben. Vor allem ist in uns zu sehr die Meinung verwurzelt, daß durch die moderne Technik, die neuzeitlichen Produktionsformen und die Größe des Bedarfs ein geradezu gesetzmäßiger Zwang zur Bildung von Monopolen und zur zentralen Lenkung des Wirtschaftsprozesses bestehe. Die sozialen Verhältnisse sind durch die Folgen des Krieges zu unterschiedlich, als daß sich jener freiheitliche Drang entwickeln könnte, die Dinge zunächst selbst in die Hand zu nehmen und den Staat erst zu rufen, wenn die Kraft der Betroffenen nicht mehr ausreicht.

Als sich nach dem Krieg unser ganzes Leben in einem elenden Siechtum dahinschleppte, trugen die Menschen nahezu lautlos die Last der Zustände. Kaum aber waren nach der Geldreform in einem kraftvollen Anlauf die Tore zu einer lebendigen und organischen Entwicklung aufgestoßen, regte sich schon die Lust an der Macht, die — so erstaunlich das ist — in einem eigenartigen Zusammenhang mit dem Gefühl der Unsicherheit steht. Das Unbehagen über manche Schwierigkeiten des Lebens, die kurz vorher kaum empfunden wurden, weil die Existenzgrundlage selbst in Frage gestellt war, wurde zum Motor für zügellose Forderungen. Der Gruppenegoismus organisierte sich und begann wieder nach der Macht im Staate, dieser wundertätigen Maschine, zu streben. Man hatte sehr rasch die Lehre der Vergangenheit vergessen, daß Macht immer größere Macht auslöst und daß die Macht der Gruppen, in den Staat hineingetragen, die Macht des Staates in einem unerträglichen Maße steigert. Die eine Dämonie ruft die andere herbei. Der Staat soll uns einerseits vor den Kräften retten, mit denen wir selbst nicht fertig werden, andererseits soll er uns die Vorteile sichern, die wir ohne Hilfe nicht garantiert bekommen können. Als Resultat ergibt sich — so sagt der norwegische Bischof Eygrav in seinem bedeutenden Buch — „daß der große Leviathan noch ein Stück Menschenleben schluckt und die Lebensbedingungen des Menschen noch unfreier macht“.

Dies waren im wesentlichen die Überlegungen, die mich veranlaßt haben, das Schreiben des Herrn Dr. Seeling an den Herrn Ministerpräsidenten sehr

(Dr. Seidel, Staatsminister)

ernst zu nehmen, und im Grunde ist das nicht nur mir, sondern auch den anderen Kabinettsmitgliedern so gegangen. Was hat nun das Kabinett getan? Ich muß etwaigen Kritikern der Opposition durch einige Feststellungen etwas Wind aus den Segeln nehmen. Über die vollzogene Maxhütten-Beteiligung zu sprechen, ist unrealistisch; denn das Hohe Haus hat mit geradezu überwältigender Mehrheit damals den von der Staatsregierung vorgelegten Vertrag gebilligt. Es könnte sich also nur darum handeln, ob es heute angebracht ist, dieses Aktienpaket im Staatsbesitz zu behalten. Wir können das — Sie werden das zugeben — in dieser Sitzung und vor der breiten Öffentlichkeit nicht erörtern.

Eine zweite Feststellung scheint mir wichtig zu sein. Schon vor einem Jahr hat der Aufsichtsrat der Bayernwerke AG. einen Beschluß gefaßt, der dem Vorstand der Gesellschaft untersagt, Beteiligungen an anderen Gesellschaften zu erwerben. Dieser Beschluß fand die Zustimmung aller Mitglieder des Aufsichtsrats, die von der Staatsregierung in diesen Aufsichtsrat entsandt sind. Ich bin davon überzeugt, daß mein Kollege Zietsch mit aller Energie darauf hinwirken wird, daß sich der Vorstand der Gesellschaft an diesen Beschluß hält.

(Abg. Bantele: Hoffen wir es! — Abg.

Dr. Lacherbauer: Oder fristlose Entlassung!)

Eine weitere Feststellung darf ich treffen: Das Bayernwerk hat das Angebot des Herrn Flick, eine Grube zu erwerben, nicht angenommen, weil der Aufsichtsrat der Gesellschaft so vernünftig war, eine Ausdehnung des Geschäftsbetriebs in die Urproduktion aus den verschiedensten Gründen abzulehnen. Wiederum waren die Mitglieder der Staatsregierung, die im Aufsichtsrat der Gesellschaft vertreten sind, damit einverstanden.

Was schließlich die Amperwerke betrifft, so hat der Ministerrat beschlossen und den Beteiligten mitgeteilt, daß weder der bayerische Staat selbst noch das Bayernwerk an einem Erwerb des AEG-Aktien-Pakets an den Amperwerken interessiert ist. Inzwischen ist ja auch der Verkauf an eine private Gruppe vorgenommen worden.

Ich darf also zu diesem Komplex der Interpellation, die ich für außerordentlich nützlich und wertvoll halte — ich werde nachher noch darauf zurückkommen —, zwei Dinge feststellen. Es ist nicht so, als ob in der bayerischen Staatsverwaltung keine Kräfte vorhanden wären, die nicht eine Ausdehnung der Unternehmerfunktion des Staates wünschten. Es handelt sich dabei um kenntnisreiche, zuverlässige und absolut anständige Beamte. Diese Beamten fühlen sich eben als Besitzwahrer und Besitzmehrter des Staates. Das ist an sich ein gutes Zeichen für diese Beamten.

(Zuruf: Nein, nein!)

Es darf aber nicht so sein, daß ein Ministerialdirigent Wirtschaftspolitik im großen Umfange macht.

(Sehr richtig! in der Mitte)

Ich darf eine weitere Feststellung treffen: Es ist aber auch nicht so, als ob man diesen Kräften freies Spiel ließe. Die Staatsregierung hat in all den Fällen, die ich aufgezeigt habe, eingegriffen; ich darf mich wohl in Übereinstimmung mit den übrigen Mitgliedern der Staatsregierung fühlen, wenn ich Ihnen sage, daß sie nur den Wunsch haben, die Aufgaben zu erfüllen, die dem Staat zukommen, und die Hilfe des Staates nur dann zu leihen, wenn Private oder Körperschaften nicht in der Lage sind, eine Aufgabe, die nun einmal erfüllt werden muß, auch zu übernehmen. Die Staatsregierung weiß sehr genau, daß wir das vom Steuerzahler hereingeholte Geld bei Gott für andere Dinge notwendiger haben als für Staatsbeteiligungen.

(Sehr richtig! rechts und in der Mitte)

Nun muß ich aber noch zu einer Forderung unseres Herrn Kollegen von Knoeringen Stellung nehmen, die vorhin schon vom Herrn Kollegen Dr. Baumgartner erwähnt worden ist. Herr von Knoeringen hat nämlich am Schluß seiner Rede den Satz ausgesprochen: „Wir hoffen, daß der bayerische Finanzminister in seiner Etatrede auch die Richtlinien einer wirtschaftspolitischen Entwicklung in Bayern geben wird.“ Er ist also der Auffassung, daß die Richtung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen in unserem Land durch den Finanzminister bestimmt werden muß. Ich war keineswegs überrascht, als ich dies hörte. Es ist dies eben die alte sozialistische Vorstellung, daß die Wirtschaft über die Investitionspolitik des Staates gelenkt und beherrscht werden muß, die da zum Ausdruck gekommen ist.

(Beifall in der Mitte und rechts!)

Von dieser Vorstellung hat sich Herr Kollege von Knoeringen noch nicht befreien können, obwohl er in manchen Teilen seiner Rede über die alte marxistische Doktrin hinausgewachsen ist

(Abg. Dr. Baumgartner: In Bayern!)

und sich an die Seite meines verehrten Vorgängers Dr. Zorn und meines Kollegen Dr. Schiller aus Hamburg, mit dem ich mich freundschaftlich verbunden fühle, gestellt hat.

(Abg. Dr. Baumgartner: Zunächst in Bayern!

— Heiterkeit)

Wie liegen die Dinge aber nun in Wirklichkeit? Ich sehe sie viel unkomplizierter, als es offenbar unser Herr Kollege von Knoeringen tut. Ich habe mir deshalb überlegt, ob es sich nicht um einen lapsus linguae bei ihm gehandelt hat. Ich sehe die Dinge so: Jedes Ressort schafft durch seine Verwaltungsakte und durch seine gesetzgeberischen Vorschläge wirtschaftliche Tatbestände. Selbst der Justizminister ist davon nicht ausgenommen. Wenn zum Beispiel eine Änderung des Genossenschaftsgesetzes dahin vorgeschlagen wird, daß die Konsumvereine auch an Nichtmitglieder verkaufen dürfen, so liegt darin nicht nur eine Änderung der rechtlichen Substanz der Konsumvereine als Genossenschaften, sondern es liegt darin auch eine weittragende ökonomische Bedeutung, die zum Beispiel vom Einzelhandel als mittelstandsfeindlich bezeichnet wird.

(Richtig! in der Mitte)

(Dr. Seidel, Staatsminister)

Und der Agrarminister? Daß er schwerwiegende wirtschaftspolitische Funktionen ausübt, kann ernstlich nicht bestritten werden. Wenn der Herr Bundeslandwirtschaftsminister zum Beispiel zur Zeit ein Gesetz vorlegt, das bei der Herstellung von Margarine die Beimischung von Raps und Rübsen verlangt, und wenn er in einer dieser Gesetzesvorlage auf dem Fuß folgenden Verordnung die Festsetzung bestimmter Preise für Raps und Rübsen fordert, so regt er den Gesetzgeber zu einem gesetzgeberischen Akt an, der es dem Landwirtschaftsminister erlaubt, nicht nur die Anbaufläche von Raps und Rübsen zu halten, unter Umständen sogar zu erweitern, sondern auch auf den Preis der Margarine Einfluß zu nehmen. Nebenbei bemerkt: Wird dann der Preis der Margarine zufällig höher, und die Konsumenten machen ihrem Ärger Luft, dann schlägt er unschuldig die Augen nieder und erklärt mit einem bedauernden Klang in der Stimme: Da müssen Sie zum Wirtschaftsminister gehen; der ist für die Preise zuständig.

(Heiterkeit)

Daß schließlich steuerpolitische Akte wirtschaftspolitische Folgen weittragendster Bedeutung haben können, liegt ebenso auf der Hand wie die Tatsache, daß zum Beispiel auch dem Arbeitsminister wirtschaftspolitische Funktionen zukommen, weil eben Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik in einem sehr engen Verhältnis zueinander stehen.

Es gibt also kaum ein Ressort, das nicht zumindest gelegentlich wirtschaftliche Sachverhalte schafft und damit Wirtschaftspolitik treibt. Das Entscheidende ist, daß diese Wirtschaftspolitik von einer einheitlichen Konzeption getragen ist, daß sich also Wirtschaftspolitik im ganzen gesehen in weitem Umfange als eine **Koordinierungsaufgabe** darstellt.

(Abg. Dr. Baumgartner: Sehr richtig! — Zustimmung in der Mitte.)

Daß diese Koordinierungsaufgabe nicht vom Finanzminister erfüllt werden kann, liegt nicht nur im Wesen seines Geschäftsbereichs, sondern auch in der alten Erfahrung, daß das Ziel der Wirtschaftspolitik, nämlich die Wirtschaftsstabilität, nicht durch die Geldpolitik allein und erst recht nicht durch die fiskalische Finanzpolitik erreicht werden kann.

(Sehr gut! bei der CSU)

Unser verehrter Herr Kollege von Knoeringen hat bei der Beratung über den Beirat, der beim Herrn Ministerpräsidenten zur Ausarbeitung von Richtlinien für den Landesentwicklungsplan gebildet werden soll, sehr schön gesagt, daß er die ganze Staatsregierung als ein Aufbaumministerium betrachte. Ich teile diese Auffassung, weil jeder Ressortminister mithelfen muß, die Aufgaben zu erfüllen, die uns gestellt sind.

Da die große Wirtschaftspolitik im Bund gemacht wird — wir können das nicht leugnen, und wir können es auch nicht ändern —, bleibt für eine bayerische Wirtschaftspolitik im ökonomischen Bereich nur eines übrig: die Anstrengung, die Wirtschaftskraft unseres Landes zu erhalten und zu steigern. Auf diese einfache Formel gebracht, können wir

die Dinge abmessen, die wir zu erledigen haben. Wenn wir zum Beispiel für das Grenzland einen sehr schönen Plan ausarbeiten, um zu sehen, was noch alles zu tun und zu machen ist, dann wird das ein sehr interessantes Werk — Herr Kollege Dr. Baumgartner würde sagen: eine Doktorarbeit. Die Verwirklichung dieses Planes ist aber nur möglich, wenn alle Ressorts zusammenhelfen. In erster Linie gehört natürlich der Finanzminister dazu; denn er muß ja wissen und sehen, wie er die notwendigen Mittel bereitstellen kann. Diese Dinge sind im großen gesehen eine Sache der bereitzustellenden Kredite.

Die Interpellation hat sich auf die **Kredite** beschränkt, die aus bayerischen Etatmitteln gegeben worden sind. Der Herr Finanzminister hat eine einwandfreie und eindeutige Antwort gegeben. Ich könnte Ihnen nun etwas sagen über die übrigen Kredite, die Bundeskreditprogramme. Ich könnte Ihnen — ich habe die Unterlagen hierfür zur Hand — Ziffern darüber nennen, wie hoch unser Anteil an den vom Bund gegebenen Krediten des GARIOA-, ECA-, Marshallplan- und Arbeitsbeschaffungsprogramms gewesen sind. Unser Anteil beträgt 15,9 Prozent. Zur Beruhigung des Herrn Kollegen Dr. Baumgartner darf ich sagen, daß unser Anteil am westdeutschen Sozialprodukt 16 Prozent beträgt. Mit den 15,9 Prozent bin ich aber nicht zufrieden, weil wir zusätzliche Belastungen haben, die auch eine zusätzliche Hilfe rechtfertigen würden. Ich will Sie jedoch mit diesen Ziffern nicht behelligen.

Zum Schlusse möchte ich Ihnen folgendes sagen: Wir haben in Bayern unser Möglichstes getan, die Schwierigkeiten, die sich aus dem Kriege für unser Land ergeben haben, zu meistern. Daß dabei nicht immer alles hundertprozentig genau gemacht werden konnte, muß für jeden vernünftigen Menschen klar sein. Wenn bei den Staatsbürgschaften und den Krediten, die der Staat gegeben hat, Ausfälle zu verzeichnen sind, dann übersehen Sie bitte nicht, daß das nicht nur dem Staat passiert. Ich wollte, Sie hätten einmal die Möglichkeit, in einem Großbankinstitut festzustellen, wie hoch der Prozentsatz der Ausfälle bei gegebenen Krediten ist.

(Sehr gut!)

Sie würden die Feststellung machen, daß dieser Prozentsatz vielleicht etwas unter dem unseren liegt, daß er aber an unseren Prozentsatz sehr nahe herankommt. Deshalb sollte man, glaube ich, die Diskussion über die Interpellation, die ich für sehr nützlich halte, so führen, daß nicht das eintritt, was Herr Kollege Dr. Baumgartner bezüglich der Filmbürgschaften gesagt hat. Er hat erklärt: „Da gibt es gewisse hintergründige Interessenten, die das größte Interesse daran haben, daß Skandal auf Skandal erscheint, weil sie dann ihre Geschäftchen machen und ihre Schäfchen scheren können.“ Wir in Bayern haben keinen Anlaß, uns zu fürchten. Wir haben versucht, ordentlich und vernünftig zu arbeiten. Wenn dabei gelegentlich etwas danebengegangen ist, meine Damen und Herren, hängt das mit der Unvollkommenheit der Menschen und mit der Unvollkommenheit der Systeme zusammen.

(Starker Beifall links und in der Mitte)

Präsident Dr. Hundhammer: Als nächster Redner ist gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Sturm. Ich erteile ihm das Wort. —

Gleichzeitig gebe ich bekannt, daß die Rednerliste zur Zeit 15 Namen umfaßt.

Dr. Sturm (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst die Feststellung machen, daß die Interpellation in Ziffer 1 a und b genau dasselbe will, was ich mit meinem in der Plenarsitzung vom 6. September 1951 eingebrachten Antrag zu erreichen versuchte, nämlich Aufschluß zu erhalten, erstens über die Gesamthöhe der bewilligten Kredite und übernommenen Bürgschaften, zweitens den Stand ihrer Inanspruchnahme und drittens die dafür haftenden Sicherheiten. Mein Antrag fand indes leider keine Gegenliebe und wurde abgelehnt.

Wir von der Bayernpartei wollen ohne weiteres zugeben, daß uns die Interpellation als solche zunächst nicht unsympathisch und nicht unerwünscht war und auch unseren ungeteilten Beifall gefunden hätte, wenn wir nicht durch die sogenannte Begründung des Herrn Kollegen von Knoeringen eines anderen belehrt worden wären; sogenannt deswegen, weil unserer Ansicht nach diese Begründung mit der Sache selbst gar nichts zu tun hat. Damit wurde uns vielmehr nur der Beweis geliefert, daß die der Interpellation zugrunde liegenden Fragen der Interpellantin selbst mehr oder minder vollkommen gleichgültig zu sein scheinen, es ihr vielmehr nur ermöglichen und ihr den äußeren Vorwand dazu liefern sollten, von der Rednertribüne dieses Hohen Hauses aus einen akademischen Vortrag über sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zu halten. Ich gebe ohne weiteres zu, daß diese Ausführungen eines gewissen Niveaus nicht entbehren und für uns, die wir allerdings konträrer Ansicht sind, insofern überaus lehrreich und interessant waren, als wir nunmehr aus beauftragtem Munde bestätigt erhielten, was wir zwar schon lange wissen, was man aber immer wieder zu bestreiten versucht hat. Darüber kann auch die Ziffer 3 der Interpellation nicht mehr hinwegtäuschen, die bei unbefangenen Gemütern offenbar den Anschein erwecken soll, als ob nunmehr auch die SPD unter die Wirtschaftsliberalisten gegangen sei und für die Belange der freien Wirtschaft eintrete. Immerhin gab es einige Leute — ich weiß es aus einer Diskussion, die ich speziell dieserhalb in Bamberg führte —, die glaubten, aus der Ziffer 3 diese Folgerungen ziehen zu können. Ich hoffe aber, daß diese Leute auf Grund der zwischenzeitlichen Ausführungen eines besseren belehrt wurden. Wenn auch Herr von Knoeringen die Fernziele des Staatssozialismus und Staatskapitalismus weit von sich weist und vielleicht für sich persönlich ablehnt, so steht doch fest, daß am Ende des von der Sozialdemokratie eingeschlagenen Wegs Staatssozialismus und Staatskapitalismus stehen werden.

Damit es aber nicht so weit kommt, werden wir gerne von der der Opposition erteilten Empfehlung Gebrauch machen, die da lautet: Es ist besonders die Aufgabe der Opposition in einem Parla-

ment, die Kontrolle auszuüben und mit dem Finger auf die Entwicklung zu zeigen, wenn sie glaubt, daß die persönliche Freiheit durch diese Entwicklung bedroht ist. Gerade durch die im Gegensatz zu unserer Wirtschaftsauffassung stehenden sonstigen Ausführungen des Herrn Kollegen von Knoeringen bestärkt, werden wir in Zukunft noch mehr, als dies bisher schon der Fall war, die Maßnahmen der Staatsregierung unter die Lupe und Kontrolle nehmen, ne quid detrimenti capiat res publica.

(Beifall bei der BP und einem Teil der CSU)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile weiter das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Geislhöringer.

(Zuruf von der SPD: Auf geht's! —

Abg. Dr. Geislhöringer: Ich danke für die freundliche Begrüßung!)

Dr. Geislhöringer (BP): Meine Damen, meine Herren! Als mir im Dezember, ich glaube, es war noch vor dem Christkindl, die Interpellation der SPD vor Augen kam, habe ich mich zuerst einmal gefragt: Was will denn die SPD da eigentlich? Ich habe mir verschiedene Fragen vorgelegt — es war eben vor der Begründung, die der Herr von Knoeringen der Interpellation gegeben hat —, die ich mir nicht hätte vorzulegen brauchen, wenn ich die Begründung gekannt hätte. Ich habe mir gesagt: Will jetzt die SPD mit dieser Interpellation die CSU schützen oder den Herrn Vertreter der CSU im Finanzministerium, den Herrn Staatssekretär Ringelmann? Ich habe mir gesagt: Dazu hat die SPD wahrscheinlich, so nett die Leute sonst manchmal sein mögen, wenig Anlaß. Oder will sie sogar den Finanzminister schützen? Dazu hätte sie wahrscheinlich noch weniger Anlaß gehabt. Oder — dieser Gedanke hat sich in mir verdichtet, als ich vorgestern die Ausführungen des Herrn von Knoeringen hörte — soll das vielleicht schon im Jahr 1953 eine Wahlpropagandaeinleitung sein?

(Abg. Dr. Baumgartner: Jetzt sind wir der Sache schon näher!)

Schließlich erinnert das — das habe ich vorige Woche im Wirtschaftsausschuß ausgeführt — an die Politik des „Haltet den Dieb!“. Denn in den letzten Wochen und Monaten haben wir wiederholt ähnliche Dinge behandelt; ich erinnere nur an die Filmskandale oder — wie der Herr Kollege Dr. Franke gesagt hat — an den Filmsaustall. Wenn wir das gesagt hätten, wären wir wahrscheinlich zur Ordnung gerufen worden.

(Abg. Dr. Baumgartner: Sehr richtig!)

Da habe ich gesagt: Hat die SPD vielleicht geglaubt, die Geschichte mit den Filmskandalen müssen wir jetzt in die Hand nehmen, weil die Leute sonst glauben, wir merken nicht, daß da Millionen von Mark verschustert worden sind, und wir sind doch die berufenen großen Hüter der Masse der Steuerzahler, nicht die Bayernpartei.

Aber die Begründung, die ich vorgestern gehört habe, ist eine ganz andere. Ob sie nun wahr und die wirkliche Begründung ist, lasse ich dahingestellt. Man hat es nur so gesagt, daß ausgerechnet die Vorwürfe, die im Wirtschaftsbeirat der CSU

(Dr. Geislhöringer [BP])

gegen die CSU, gegen Herrn Dr. Ringelmann erhoben worden sind, die SPD auf den Plan gerufen hätten. Das mutet merkwürdig an. Denn wogegen hat man denn Vorwürfe erhoben? Gegen den Staatskapitalismus, den Herr Dr. Ringelmann nach diesen Behauptungen in den letzten Jahren besonders gepflegt hat. Nun hat sich aber Herr von Knoeringen gerade vom Staatskapitalismus und den Tendenzen entfernt, die da bekanntgeworden sind und gegen die man angelaufen ist. Er will den Staatskapitalismus gar nicht fördern.

Nun war etwas besonders interessant, was ich zufällig gestern abend noch gelesen habe. Wir hörten in der letzten Zeit so verschiedene -ismen, die am Anfang mit Neo- verbunden sind; wir hören vom Neofaschismus, wir hören vom Neonazismus, vom Neomerkantilismus. Und nun ist mir gestern der Gedanke — dafür haben die Ausführungen des Herrn von Knoeringen schon den ersten Anstoß gegeben — von einem Neomarxismus gekommen.

(Heiterkeit und Beifall rechts)

Da geschehen doch noch Zeichen und Wunder. Wenn man noch vor wenigen Jahren zu sagen gewagt hätte, ein ausgesprochener Marxist rückt jetzt vom Marxismus ab, dann hätte man erwidert bekommen: Der Mann weiß nicht, was wir wollen, der versteht uns nicht.

Nun lese ich aber gestern in der „Frankfurter Allgemeinen“ unter der Überschrift „Nölting:“ — also unverdächtig — „Der Marxismus ist überholt“. Ausgerechnet am Montag abend — die Begründung der Interpellation hat der Herr von Knoeringen am Dienstag gegeben; ich weiß nicht, ob er da die Ausführungen von Herrn Nölting schon gekannt hat — hat Herr Nölting in Duisburg die Schaffung einer dem 20. Jahrhundert entsprechenden Gesellschaftsordnung gefordert, die zur inneren Gerechtigkeit und sozialen Befriedung führe. Aber nun hören und staunen Sie: Der Marxismus sei nicht mehr in der Lage, im 20. Jahrhundert die Grundlage für diese neue Ordnung der Dinge zu geben.

(Abg. Dr. Baumgartner: Wer dann?)

„Der Marxismus liefere der Partei nicht das fertige Rezept für die Lösung der gegenwärtigen und künftigen Probleme.“

(Hört! rechts)

Auf eine ähnliche Note war noch am Dienstag die Rede des Herrn von Knoeringen abgestimmt. Allerdings muß ich sagen, die Begründung, die Herr von Knoeringen der Interpellation gegeben hat, hat zu der Interpellation gepaßt wie die Faust aufs Auge. Denn sie hat zum Teil in schwülstigen Generalien und allgemeinen Redewendungen und Gemeinplätzen von der Macht des Staates und der Macht der Organisation gesprochen, die man etwas eindämmen müsse. Was aber das mit den Staatsbürgschaften und den Staatskrediten zu tun hat, ist mir nicht ganz klar. Ich bin zwar auch nicht ganz auf den Kopf gefallen, aber das habe ich noch nicht herausgekriegt.

(Heiterkeit)

Nun fragen die Herren Interpellanten: Wie hoch belaufen sich die Staatsbürgschaften, die Kredite und Beteiligungen? Da frage ich mich: Haben es die Herren Interpellanten von der SPD nötig, diese Frage in Form einer Interpellation an ihren Finanzminister zu richten?

(Sehr richtig! bei der BP)

Was ist denn eine Interpellation? Eine Interpellation ist eine feierliche öffentliche Anfrage an die Staatsregierung über wichtige Staatsangelegenheiten. Meine Damen und Herren! Was die Interpellanten jetzt fragen, wird ihnen ihr Finanzminister wahrscheinlich längst gesagt haben; diese Aufstellung hätte er ihnen leicht geben können. Sie haben sie also nicht gebraucht. Ich habe schon gesagt, ich kenne verschiedene Herren von der SPD, die mir persönlich und menschlich sehr sympathisch sind, und ich weiß, daß sie freundliche Leute sind. Aber so freundlich sind sie ja nun auch wieder nicht, daß sie die Interpellation eingebracht haben, damit wir von der Opposition von ihrem Finanzminister Material bekommen, das wir sonst nicht hätten.

(Heiterkeit)

Dieses Material haben wir aber auch nicht gebraucht.

(Abg. Wimmer: Aber die Öffentlichkeit soll es wissen!)

— Richtig, Herr Kollege. Deswegen haben wir ja immer die Öffentlichkeit aufgeklärt, und das haben Sie und andere Herren — darauf werde ich noch kommen — immer zu verhindern versucht.

(Abg. Dr. Baumgartner: Sehr richtig!)

Und weil wir aufgeklärt haben und weil Sie gemerkt haben, das kann man nicht mehr vertuschen, haben Sie gesagt: Halt, das müssen wir auch tun, weil die Leute sonst glauben, wir wollen das verdecken.

(Beifall bei der BP — Zuruf des Abg. Wimmer)

Es ist die Frage gestellt: Welche Prinzipien liegen der Kreditpolitik der Staatsregierung zugrunde? Wenn man die Ausführungen des Herrn Finanzministers gehört hat, so hat man eine ganze Litanei von Zahlen gehört; aber von Prinzipien habe ich nichts gehört.

(Abg. Albert: Doch, doch!)

— Dann haben Sie hellhörigere Ohren. Zum Teil hat der Herr von Knoeringen ganz nette Ausführungen darüber gemacht, daß man kaum glauben könnte, sie sind von einem SPD-Mann. Es handelt sich um die Frage des Staatskapitalismus. Das Wort Staatskapitalismus ist kein neues Wort, das erst nach 1945 entstanden ist. Der Staatskapitalismus hat bei uns in Bayern und im Reich, im alten Reich, im Zweiten und im Dritten Reich, schon eine große Rolle gespielt. Ich darf die ältere Generation erinnern: Nach 1918 war es ein sehr wichtiges Schlagwort. Und es war nicht bloß ein Schlagwort, sondern der Staatskapitalismus ist nach 1918 von der SPD im Reich und in Bayern auch sehr kräftig angewandt worden. Das waren die Anfänge des Staatskapitalismus. Wir haben gehört, was in-

(Dr. Geislhöringer [BP])

zwischen auf diesem Gebiet schon geleistet worden ist. In einer vor kurzem veröffentlichten Statistik haben wir gesehen, daß die öffentliche Hand nach 1946 nicht weniger als 17½ Milliarden investiert hat, also reiner Staatskapitalismus! Wir haben gestern gehört, daß Bayern seitdem 239 Millionen in staatskapitalistische Unternehmungen hineingesteckt hat, und zwar sind es im wesentlichen folgende Gebiete, die der Staat mit diesen Mitteln befruchtet und auf die er sich geworfen hat. Da ist zunächst die Energiewirtschaft, der Wohnungsbau, es ist der Film und es sind noch ein paar Kleinigkeiten, zum Beispiel der Schulbuchverlag.

Daß der bayerische Staat sich in der **Energiewirtschaft** beteiligt hat, mag zum Teil seine guten Gründe haben, wenn er auch hier zum erheblichen Teil weit über das Ziel hinausgeschossen ist. Das muß ich aber doch sagen: Wer die Geschichte der Energiewirtschaft kennt und ihre Entwicklung — sie ist ja noch nicht so alt, sie geht erst auf die neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurück —, der weiß, daß am Anfang die Privatwirtschaft die Energiewirtschaft aus der Taufe gehoben und das Kind mit Risiken der Privaten aufgezogen hat. So erinnere ich mich daran: Als in den neunziger Jahren diese Frage in Schwaben akut wurde und eine Frankfurter Firma sich erbot, in Schwaben ein großes Elektrizitätswerk zu bauen und für das Stromnetz zu sorgen, da erklärte der bayerische Staat, eigentlich müßte der Staat das in die Hand nehmen. Aber er hatte damals weder den Wagemut noch das Geld. Es war ein Herr Kasimir — wir hatten damals noch keine Oberste Baubehörde, aber im Innenministerium saß eine kleine wasserbauwirtschaftliche Abteilung —, der damals meinte: Lassen wir das den Frankfurter Juden, die sollen sich die Finger verbrennen, das ist uns viel zu riskant. Die haben es dann gemacht.

So ging es nicht nur in Schwaben. In ganz Bayern und im Reich hat damals die Privatwirtschaft das Risiko übernommen. Erst als sie das Risiko durchgehalten und Millionen hineingesteckt hatte, kam der Staat darauf, daß man ein Geschäft daraus machen kann. Er hat sich dann auf die Energiewirtschaft geworfen, aber nicht immer zum Segen der Wirtschaft; denn ein Geschäft hat der Staat in der Regel nicht gemacht. Auch hier hat sich erwiesen, was sich immer gezeigt hat, wenn der Staat etwas in der Wirtschaft treibt: Das kostet die Wirtschaft erhebliches Geld, es kostet auch den Steuerzahler Geld; aber der Staat bringt dabei nichts heraus.

(Abg. Wimmer: Ein klein bißchen waren auch die Kommunen beteiligt!)

— Ganz recht, Herr Kollege; aber nur da, wo es am ungefährlichsten und am billigsten war, wo man Geschäfte machen konnte. In einer Großstadt wie München oder Nürnberg ein Elektrizitätswerk oder die Elektrizitätsversorgung aufzuziehen, das ist kein Kunststück, das macht jeder Installateur, weil an jedem Kilometer Leitung Tausende von Abnehmern sitzen. Da bringt man den Strom los.

Aber über Land, da sollte es mal ein Oberbürgermeister versuchen, auf dem großen Gebiet, da wäre er gar bald pleite.

(Abg. Wimmer: Das ist auch nicht unsere Aufgabe!)

— Richtig, aber da haben sie sich hineingemischt.

(Abg. Wimmer: Das machen die Kommunen seit der Jahrhundertwende!)

Da hat man die Rosinen aus dem großen Kuchen der Elektrizitätsversorgung herausgenommen und den anderen die Überlandversorgung überlassen.

(Zuruf des Abg. Wimmer)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich bitte, den Redner nicht dauernd zu unterbrechen.

Dr. Geislhöringer (BP): So steht es also mit der Elektrizitätsversorgung. Ich will nicht weiter darauf eingehen; denn sonst müßte man manches Unangenehme für den bayerischen Staat sagen.

Ich erinnere mich noch sehr wohl, als 1920/1923 das **Bayernwerk** entstand, das Walchenseewerk, die mittlere Isar, die jetzt in einer Aktiengesellschaft zusammengeschmolzen sind. Es waren lange Jahre Erwägungen, in welcher Form man das aufziehen soll, und schließlich hat der Staat das allein übernommen, und seitdem hat er eine falsche Energiepolitik in Bayern getrieben. Ich kann das aus eigenster Erfahrung feststellen; denn eine ganze Reihe von Projekten, die heute noch nicht vollendet sind, waren schon in den zwanziger Jahren zwischen 1925 und 1930 im Plan vorhanden. Die Privatwirtschaft wollte sie ausbauen und hätte sie ausbauen können. Sie hat das Geld dazu gehabt; aber der Staat hat sie nicht ausbauen lassen. Damals in den Jahren 1925 und 1926 sind uns ja die Millionen nur so angeboten worden. Ich muß schon sagen, sie wären uns in den Mund geflossen, wir hätten bloß den Mund aufzumachen brauchen. Amerika, England, Holland und die Schweiz haben uns die Millionen schon angeboten gehabt und die Privatwirtschaft hat sie zum Teil genommen und hätte weiter aufbauen wollen. Der Roßhauptener Speicher ist zum Beispiel schon ein altes Projekt. Er hätte damals gebaut werden können. Warum hat man das nicht gemacht? Weil das Bayernwerk und der bayerische Staat gesagt haben: Das machen wir, das macht nicht die Privatwirtschaft. Was ist herausgekommen? Ich erinnere mich daran, als wir in den zwanziger Jahren in Augsburg das dortige ganz veraltete Dampfkraftwerk erweitern wollten, da hat uns das Bayernwerk gesagt: Was wollt ihr denn mit einem Dampfkraftwerk? Was kostet euch der Strom, wenn ihr ein Dampfkraftwerk baut? Der kostete soundsoviel. Daraufhin hat uns das Bayernwerk den Strom zu diesem Preis gegeben, aber nur solange, als es Stromüberschuß hatte. Hernach sagte man: Wir haben jetzt keinen Strom mehr. Und wir hatten kein ausgebautes Dampfkraftwerk. Erst 1940, während des Krieges, mußten wir nachholen, was das Bayernwerk verhindert hatte. Das war nur ein Fall. Das ist also kein Ruhmesblatt für den bayerischen Staat, wenn er sich in die Energiewirtschaft eingemischt hat; er

(Dr. Geislhöringer [BP])

hat mehr gebremst, als er zur Entwicklung beigetragen hat.

(Zuruf von der SPD: Heute ist das anders!)

— Darauf komme ich noch. Jetzt sagt man freilich: Jetzt sollt ihr es machen.

Nun zu der Frage der **Wohnungsbauwirtschaft**. Auch das ist natürlich. Warum muß der Staat einspringen? Weil die Privatwirtschaft das Geld nicht aufbringen kann und weil sie es, wenn sie es aufbringen könnte, nicht verzinsen kann. Wenn man eine falsche Wohnungsbaupolitik und eine falsche Wohnungsmietpreispolitik treibt, wie es die SPD seit 1946 macht, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß man keine Wohnungen bauen kann. Früher hat die Privatwirtschaft Wohnungen gebaut, und Wohnungen waren im Überfluß vorhanden.

(Abg. Wimmer: Vor 1914!)

— Herr Kollege Wimmer, ich kann mich noch erinnern, daß es damals viele Schilder gab: Wohnung zu vermieten! Das hat die Privatwirtschaft gemacht, und heute kann sie es nicht mehr machen, weil die SPD dagegen ist, daß die Mieten auf die Höhe gesetzt werden, die notwendig ist, um bauen zu können.

(Sehr richtig! bei der BP)

Und was ist der Erfolg? Bauen müssen wir, und der Staat baut. Und wer trägt die Mieten, die nicht gezahlt werden? Die trägt der Steuerzahler. Wir zahlen also demjenigen, der heute in eine Neubauwohnung hineingeht, aus unserer Tasche die Miete, weil man nicht den Mut hat, den Preis so festzusetzen, wie er heute notwendig wäre. Was hat man im vorigen Jahr für ein Theater gemacht mit den 10 Prozent Erhöhung! Man weiß, daß der Bauindex über 300 liegt, daß die Reparaturen über dem Dreifachen liegen, daß die Haus- und Grundsteuer das Dreifache beträgt. Aber bei den Mieten, da sagt man, es genügen 10 Prozent, und es hat ein Jahr gedauert, bis die 10 Prozent gewährt wurden. Man hat dem Hausbesitzer noch den Vorwurf gemacht: dieser Ausbeuter zieht jetzt seinem Mieter das Geld aus der Tasche. So hat man dort gewirtschaftet und in der Öffentlichkeit diskutiert.

Man hat auch sonst stets Geschäfte gemacht, die wirklich falsch waren. Wir haben neulich den **Schulbuchverlag** behandelt. Hier hat der bayerische Staat 2½ Millionen aus Steuermitteln hineingeschustert. Und dann sagt man — das ist geradezu grotesk —: Seht, wie billig wir die Schulbücher herstellen! Das kann die Privatwirtschaft nicht.

(Zuruf von der SPD: Die Kinder haben 1946 Schulbücher gebraucht!)

— Die brauchen die Schulbücher auch heute, aber man muß für die Schulbücher genau so den Preis zahlen, der notwendig ist, wie man ihn für Stiefel zahlen muß, und man darf nicht dem Steuerzahler zumuten, daß er Geld draufzahlt. Das sind keine Vorzüge der Staatswirtschaft, wenn Sie billige Schulbücher abgeben, und der Steuerzahler die

Differenz tragen muß. Das ist keine Wirtschaftspolitik.

(Zuruf: Wer Geld hat, hat immer recht!)

Nun sagt man, die Privatwirtschaft habe vollständig versagt. Das ist nun das Unehmlichste, was man sich eigentlich leisten kann. Denn zuerst müßte man wissen, daß im Jahr 1945 die Privatwirtschaft vollständig zusammengebrochen war. Als sie schon aus dem letzten Loch pfiß, da kam noch die Besatzungsmacht mit Zustimmung der staatlichen Behörden in Bayern und später des Bundes und hat die Privatwirtschaft noch bis aufs Hemd ausgezogen und hat ihr in Form von Steuern den letzten Groschen weggenommen. In rigorosester Weise hat man die Steuern weggenommen, und der Staat hat das Geld gehabt und hat gesagt: Da seht jetzt die arme Privatwirtschaft! Das hat er gesagt, nachdem er sie ausgepowert hatte: Die hat jetzt nichts mehr, aber ich habe das Geld, ich habe es eingesteckt.

(Zurufe von der SPD, unter anderem: Wer ist schuld, daß es so weit gekommen ist?)

— Ich spreche jetzt nicht von der Schuld, oder wollen Sie mir vielleicht zuschieben — —

(Erneuter Zuruf von der SPD)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich bitte, sich mit den Zurufen etwas zu mäßigen.

Dr. Geislhöringer (BP): Man hat weiter der Privatwirtschaft aber auch sonst das Geld entzogen. Die **Kapitalmarktpolitik** stinkt zum Himmel. Und was hat man sonst noch gemacht? Der Aktionär gilt bei der SPD ja von vornherein als der Geier, der den anderen bloß das Geld wegnimmt, er gilt als Expropriateur, weil er sein Geld in die Aktiengesellschaft hineinzustecken wagt und so unverschämt ist und für sein Geld auch noch Zinsen haben will. Das ist die **Diffamierung der Dividende**, die seit Jahrzehnten planmäßig von der SPD betrieben wird.

Man nimmt der Wirtschaft aber auch sonst Geld weg. Und da wundert man sich, daß unter diesen Umständen die **Geldbeschaffung**, die sonst bei den Aktiengesellschaften üblich war — die Aktiengesellschaften brauchen Geld, weil sie 1945 alles verloren haben —, Schwierigkeiten macht, daß es kein Geld mehr gibt! Ist es möglich, daß nur eine einzige Aktiengesellschaft ihr Aktienkapital erhöht? Das kann nur der Staat und das Bayernwerk. Das Bayernwerk hat sein Aktienkapital von 50 Millionen D-Mark auf 100 Millionen D-Mark erhöhen können; das Geld dafür haben die Steuerzahler aufgebracht. Aber sonst kann keine Aktiengesellschaft ihr Kapital erhöhen.

(Zuruf von der SPD: Und die Zusammenlegungen 1:1?)

— Ich komme noch darauf. Man macht den Aktiengesellschaften zwei Vorwürfe: Erstens den, daß sie so unverschämt sind, auf ein Gewinnstreben auszugehen. Man sagt, das sind Profitjäger, die wollen bloß für die Kapitalisten Geld haben. Und jeder Aktionär wird nur als der Mann angesehen, der vom Couponschneiden Schwielen an den Händen

(Dr. Geiselhöringer [BP])

hat. Aber sonst sagt man: Ja, die Aktiengesellschaften haben 1 : 1 zusammengelegt. Man vergißt aber doch eins: Die Aktiengesellschaften haben eben seit Jahrzehnten eine vernünftige privatwirtschaftliche Politik getrieben mit dem Erfolg, daß sie seit Jahrzehnten Reserven gehabt und sich gesund erhalten haben, um eine solche Krise zu überstehen, weil sie sonst den ersten Krieg nicht überstanden hätten. Das hat sich früher bekanntlich in den Kursen ausgedrückt. Es gab Aktien, die auf 300 und 400 Prozent und mehr standen. Darin war ausgedrückt, daß Reserven bestanden. Wenn sie nun heute zum großen Teil 1 : 1 zusammengelegt haben, dann bedeutet das nur eins: daß die Aktiengesellschaften ihre Reserven hineingebuttert haben. Sie sind heute ohne Fett. Es kommt heute gar nicht darauf an, was Sie auf eine Aktie schreiben, ob Sie sagen, die Aktie lautet auf 1000 DM, sondern es kommt nur darauf an, welcher Anteil am Gesamtvermögen besteht. Man könnte es genau so machen wie bei den Kuxen, daß man sagt, bei einem Aktienkapital von 10 Millionen soll eine Aktie von 1000 DM mit dem zehntausendsten Teil bewertet werden. Ob Sie 1000 DM oder 500 DM oder 2000 DM daraufschreiben, spielt gar keine Rolle. Das sind Äußerlichkeiten. Sie wissen ganz genau, daß das nichts bedeutet. Aber nach außen, der weniger urteilsfähigen Masse gegenüber wirkt es immer, wenn man sagt: Die müssen wieder ihr ganzes Kapital haben, die wollen jetzt sogar 4 Prozent Dividende verteilen.

(Zuruf von der SPD)

— Daran sind aber die Aktiengesellschaften gewiß nicht schuld, Herr Kollege. — Eine andere Möglichkeit der Geldbeschaffung, die es früher gab, waren die **Anleihen**. Die Privatindustrie hat vor einigen Jahren versucht, eine sechseinhalbprozentige Anleihe herauszubringen, sie hat aber im allgemeinen Schiffbruch erlitten. Warum? Sie konnte nicht mit dem Staat konkurrieren. Vor einem Jahr hat der bayerische Staat eine achtprozentige Anleihe herausgegeben. Das kann sich die Privatwirtschaft nicht erlauben, nur der Staat kann das machen. Er zahlt ja den Zins aus der Tasche der Steuerzahler. Er gibt das Geld dann an Industrien, bei denen er beteiligt ist, wo er natürlich nichts herausbekommt. Die Dividende ist ja nicht wichtig, aber den Zins zahlt der brave Steuerzahler. So hat Bayern im vorigen Jahr 175 Millionen aus dem Kapitalmarkt herausgenommen. Der Bund hat jetzt 500 Millionen oder eine Kleinigkeit darüber herausgenommen, und zwar unter Gewährung enormer steuerlicher Vorteile, sonst hätte er sie wahrscheinlich auch nicht gekriegt. Und jetzt kommt, wie wir hören, eine neue Anleihe für den Lastenausgleich mit 200 Millionen. Ja, wo soll da die Privatwirtschaft noch Geld herbringen? Auf dem Anleihemarkt? Unmöglich. Selber hat sie keins mehr. Und da geht man nun her und sagt, diese arme Privatwirtschaft versagt vollkommen. Sie muß versagen, wenn man sie zuerst auszieht und so dastehen läßt und dann obendrein erklärt: Schaut das arme Würmchen an, jetzt müssen wir

als Staat wieder einspringen! Es ist also falsch, solche Vorwürfe gegen die Privatwirtschaft zu erheben, und ich glaube nicht, daß die Interpellation der SPD gerade geeignet war, diese Vorwürfe zu unterstützen. Diese Vorwürfe sind wiederholt erhoben worden, vor kurzem an einer sehr merkwürdigen Stelle. Jemand besaß, ich muß schon sagen, die Geschmacklosigkeit, als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bayernwerk AG in Aschaffenburg zu erklären: das kann nur die öffentliche Hand; die Privatwirtschaft kann das nicht. Und der Vertreter der Staatsregierung, der Herr stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister, hat in dasselbe Horn gestoßen und die Staatswirtschaft verhimmelt, die große Werke hergestellt hat; da könne die Privatwirtschaft nur neidvoll zuschauen und nicht mehr mitmachen. Das war nicht fair, nicht ritterlich; denn man hätte dann auch sagen müssen, warum die Privatwirtschaft nicht mehr mitlaufen kann und woher das Geld stammt, mit dem man ein so großes Werk aufgebaut hat.

(Abg. Wimmer: ... das aber notwendig war!)

— Richtig; das bestreite ich nicht. Aber es war unritterlich, zu sagen, das kann nur die bayerische Staatswirtschaft und die Privatwirtschaft ist gewissermaßen zu dumm dazu, nachdem man ihr zuerst das Geld weggenommen hat. Es erinnert mich das an den Straßenräuber, der einen zuerst ausgezogen hat und dann zu ihm sagt: Bist du ein armer Teufel, jetzt kannst du mir nicht einmal ein Almosen geben.

(Heiterkeit — Beifall bei der BP)

Nun hat ausgerechnet Herr Kollege von Knoeringen, also ausgerechnet die SPD vor der Allmacht des Staates gewarnt und gewarnt vor der Allmacht anderer Organisationen. Ich weiß nicht recht, wer damit gemeint ist; denn in Bayern ist wahrscheinlich keine Organisation so mächtig, daß man von einer Gefahr sprechen und davor warnen mußte. Nicht einmal der Herr Innenminister wird es fertig bringen, eine Organisation in unserem Lande zu benennen, vor der er warnen mußte, es sei denn die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben ja in der Vergangenheit bewiesen, welche Macht sie haben. Sie haben einen politischen Streik vom Zaune gebrochen, sie haben auch Geld, haben so viel Geld, daß sie dieses sogar in Warenhäuser hineinschmeißen können und wer weiß wohin noch. Jedenfalls haben sie Geld, und welchen Mißbrauch sie damit treiben, haben wir ja erlebt. Der Buchdruckerstreik 1952 war gewiß kein Lohnstreik, sondern ein rein politischer Streik, mit dem man dem Bürgertum beweisen wollte, was der Arbeiter machen kann. Es hat das ja auch vor wenigen Wochen ein prominenter Gewerkschaftler hinausgerufen — heute würde er das wahrscheinlich nicht mehr tun —: „Der Staat sind wir.“ Damit ist das **Machtbewußtsein der Gewerkschaften** zum Ausdruck gekommen, hier lief der Mund über, was das Herz voll war.

(Zuruf: Das ist bolschewistisch!)

Das hat er so herausgesagt, und ich bin überzeugt, das ist den Herren so wenig angenehm wie die

(Dr. Geislhöringer [BP])

Tatsache, daß die Kaufhof-AG 6 Millionen von den Gewerkschaften bekommen hat, was ja auch zugestanden wurde. Solche Bekenntnisse hört man allerdings nicht alle Tage, aber hin und wieder kommen sie heraus. Und diese Herren von der SPD glauben vor der Allmacht des Staates warnen zu müssen! Früher hätte man das von der SPD nicht gehört, und es ist das um so merkwürdiger und auffallender und aber auch unaufrichtiger, als ja doch heute die Staatsregierung von der SPD mit gebildet wird und prominente Ministerien, darunter das Finanzministerium, gerade von der SPD besetzt sind. Warum also diese Angst vor der Allmacht des Staates? Da muß schon etwas anderes dahinterstecken, was man uns noch nicht genannt hat.

Da lese ich in den Ausführungen des Herrn Kollegen von Knoeringen: Als wir in der Opposition waren, war es schon anders, während er auf der anderen Seite eingesteht, daß trotzdem nicht alle Gesetzentwürfe unter Dach gebracht werden konnten und heute noch ad acta liegen. Das ist ihm also auch nicht gelungen! Die Logik dieser Oppositionsaufgabe, die uns Herr Kollege von Knoeringen hier vor Augen stellt, verstehe ich nicht ganz. Er kann sich darauf verlassen: Wir wissen auch, was wir zu tun haben, und brauchen seine Lehren Gott sei Dank nicht, auch wenn wir andre Methoden haben und nicht die Radaumethoden gewisser anderer Oppositioneller, die wir ablehnen. Wir haben uns auch noch nicht bequemt, bei der SPD in Bonn in die Lehre zu gehen, bei ihr zu lernen, wie man Opposition um jeden Preis macht.

Welche Aufgaben hat nun der Staat bisher auf diesem Gebiet erfüllt? Ich will nicht auf alle Einzelheiten eingehen. In die Energiewirtschaft hat er ein paar hundert Millionen hineingesteckt, wobei ich überzeugt bin, Herr Finanzminister: Wenn die Privatwirtschaft diese paar hundert Millionen gehabt hätte, hätte sie mindestens das gleiche, wahrscheinlich viel mehr erreicht, als was der Staat mit den Steuergeldern erreicht hat.

Andere Dinge hat der Staat auch finanziert, und zwar mit wenig Erfolg. Da muß ich vor allem auf die **Filmkredite** zurückgreifen. Als ich im November 1951 auf diese Sache einmal den Finger gelegt habe — das geschah auch nicht zum erstenmal; denn schon im August und Oktober 1951 ist darüber gesprochen worden —, hat der damalige bayerische Finanzminister und Herr Dr. Zehler uns erklärt, wir sollten ruhig sein, bei der Filmwirtschaft würde nichts passieren, wir haben bisher keine Verluste erlitten und es sind auch keine zu erwarten. Im August und Oktober darauf hat man ganz still und leise 4,6 Millionen Verluste zugestanden; denn man konnte sie beim besten Willen nicht mehr verhehlen. Aber, hat man gesagt, seid doch ruhig, es werden noch kolossale **Einspielergebnisse** herauskommen, in einem Monat sind es schon 66 000 DM. Man hat aber verschwiegen, daß das Geld, das hineingesteckt wurde, bis zu 20 Prozent Zins gekostet hat, wobei man obendrein so schlau war, alles hundertprozentig zu verbürgen,

nicht nur zu 45 Prozent. Man hat dann noch die „Fifi“ gegründet, wobei man sich, wenn man unter sich war, gesagt hat, ein so gutes Geschäft können wir gar nicht mehr machen, bei 20 Prozent Zinsen unter Staatsgarantie können wir nicht lange genug den Kopf hinhalten. Da hat man also zur Ablenkung auf die Einspielergebnisse hingewiesen. Später, im Oktober des nächsten Jahres, hat man schon etwas leiser getreten, obwohl immer noch die Einspielergebnisse in den Vordergrund gestellt wurden. Besonders der Fraktionsvorsitzende der CSU hat mit den Einspielergebnissen geradezu geprotzt. Im Januar 1952 habe ich dann — ich muß da etwas vorlesen, obwohl ich das sehr ungern tue — vor dem kulturpolitischen Ausschuß ausgeführt: „Bisher gibt man 5 Millionen zu, nach meinen Informationen sind schon 10 Millionen beim Teufel.“ Da hätte man mich beinahe gesteinigt, weil ich übertreibe, und hat mich, weiß Gott, der Verleumdung beschuldigt und erklärt, das sei alles nicht wahr. Als im August 1951 ein Untersuchungsausschuß beantragt wurde, wobei nur 39 Stimmen dafür waren, während 41 Stimmen notwendig gewesen wären, es also auf 2 Stimmen angekommen ist, hat man gesagt, wir brauchen keinen Untersuchungsausschuß, das kann der Kreditausschuß machen. Man hat das wider besseres Wissen gesagt; denn man hat ganz genau gewußt, daß der Kreditausschuß nicht zuständig ist, zu prüfen, ob in der Vergangenheit die Kredite vernünftig und mit der nötigen Sorgfalt hingegeben wurden. Man hat gesagt, das könne nur für die Zukunft gelten, wollte aber keinen Untersuchungsausschuß; denn dabei hätte Unangenehmes herauskommen können, was einem nicht gepaßt hätte. In dem Protokoll über die damalige Sitzung des kulturpolitischen Ausschusses heißt es zum Schluß:

Auf eine Frage von Dr. Baumgartner verwarht sich der Vorsitzende für den Ausschuß dagegen, als wollte man irgendetwas verteidigen, was nicht zu verteidigen sei. Die Übertreibungen bei den von Dr. Geislhöringer vorgebrachten Zahlen

— 10 Millionen! —

dürften aber vor der Öffentlichkeit nicht ohne Widerspruch hingenommen werden. Nach der von den Regierungsvertretern gegebenen Auskunft habe man die Auffassung bekommen, daß hier niemand pflichtvergessen gehandelt habe und daß die Verluste auf den trostlosen Zustand der Filmwirtschaft im Jahre 1950 zurückzuführen seien. Er fasse das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß die Behauptung von einem Skandal in der Kreditgewährung nicht aufrechterhalten werden könne.

Das war im Januar 1952. Und im April 1952 hat uns der Herr Finanzminister ganz still und leise eine Zusammenstellung auf den Tisch des Hauses gelegt, wonach 10,5 Millionen D-Mark verloren sind, während man drei Monate vorher, als ich von 10 Millionen sprach, mir von der CSU aus Verleumdung vorgeworfen und erklärt hat, ich bringe die ganze Filmwirtschaft in Mißkredit. Ich hatte

(Dr. Geishöringer [BP])

ja nicht gesagt, man sollte die Filmwirtschaft nicht unterstützen, sondern habe nur gefordert, man solle sich die Schieber und Schwindler anschauen, und habe zugegeben, daß es auch eine anständige Filmwirtschaft gibt. Da waren also bereits 10 Millionen D-Mark hin. Im Oktober, also wieder ein halbes Jahr später, mußte dasselbe Ministerium bekanntgeben: es sind jetzt 15,2 Millionen D-Mark, und heute sind es schon 17,3 Millionen D-Mark, wobei noch 10 Millionen D-Mark als Risiko schweben. Ich möchte nicht Prophet sein und möchte mich auch nicht wieder mit Dreck beschmeißen lassen, glaube mich aber darauf verlassen zu können, daß bei diesen 10 Millionen D-Mark die bayerischen Steuerzahler auch noch kräftig werden mitzahlen müssen. Wenn die Gelder auch schließlich nicht zu 100 Prozent hin sind — bisher waren es 54 Prozent —, soundso viel Prozent werden doch wieder hin sein. Bei insgesamt 31 Millionen D-Mark Krediten hat sich ein Einspielergebnis von 582 000 DM ergeben, das sind etwa 3 Prozent. Das sind also die phänomenalen Einspielergebnisse, von denen im Jahre 1951 immer die Rede war, wobei man immer wieder erklärt hat: Wartet nur noch zwei Jahre, dann werdet ihr sehen, was herauskommt! Nun haben wir zwei Jahre gewartet, und von 31 Millionen sind ganze 500 000 DM hereingekommen.

(Abg. Rabenstein: Das stimmt ja gar nicht!)

— Dann stimmt die Aufstellung nicht.

(Abg. Rabenstein: Es sind noch weniger!)

— Ich lese hier in der Aufstellung: Gesamtbetrag 31,6 Millionen D-Mark, Gesamtbürgschaftsheranziehung 15,3 Millionen D-Mark, Gesamtbetrag an Regreßeingängen 582 000 DM, Gesamtbetrag der noch bestehenden Bürgschaften 12,8 Millionen D-Mark. Das stammt vom Oktober 1952 und hat sich wohl inzwischen verschoben, da wir jetzt Februar 1953 haben.

Dazu darf ich noch etwas sagen. Es ist eine Firma dabei, von der es in der Presse geheißen hat — ich weiß nicht, ob das stimmt —, und zwar handelt es sich um den Union-Filmverleih, wo die einen gesagt haben, er sei ein Lieblingskind des Herrn Finanzministers, die andern, er sei sein Sorgenkind. Mag er nun sein Lieblings- oder sein Sorgenkind sein, der Union-Verleih hat auf jeden Fall allein 8,2 Millionen Bürgschaften bekommen, wovon 7,4 Millionen D-Mark bereits in Anspruch genommen, also verloren sind. Das sind 90 Prozent bei einer Firma. Das Einspielergebnis beträgt hier 253 000 DM.

(Abg. Haußleiter: Wie oft erzählen Sie das noch?)

Man kann das gar nicht oft genug sagen, weil nur zu gerne der Mantel der christlichen Nächstenliebe darüber gedeckt wird und man Gras darüber wachsen lassen möchte. Das wollen wir nicht! Die Öffentlichkeit soll wissen, wo das Geld hinkommt. Der Union-Filmverleih hat aber außer den 7,4 Millionen, die er dem Staat schon gekostet hat, im Oktober 1952 noch einen weiteren Kredit für vier

Filme in Höhe von 1 342 000 DM bekommen. Da frage ich Sie: Wo in aller Welt gibt man einem Schuldner, der schon 7,4 Millionen D-Mark gekostet hat, noch einen Kredit von 1,3 Millionen?

(Zurufe: In Bayern!)

Ich habe dem Herrn Finanzminister schon einmal gesagt, in der Presse war zu lesen — gestern war Filmball, auf dem auch die Union vertreten war, so daß also der Herr Finanzminister Gelegenheit gehabt hätte, zu fragen —, ob sein Sohn bei der Union beschäftigt sei. Ich habe ihn schon im November darauf aufmerksam gemacht, daß diese Behauptung wiederholt in der Presse erschien. Sie ist bis heute nicht dementiert worden. Wenn es so wäre, wäre das doch recht unangenehm. Es ist das zum mindesten eine nicht ganz nette Sache, und es wäre gut, wenn solche Dinge vermieden würden. Hier sind 17½ Millionen, und von den 10 Millionen kommen wahrscheinlich noch weitere Millionen hinzu. Das ist die Kreditwirtschaft des bayerischen Finanzministers, ich will nicht sagen: der bayerischen Staatsregierung.

Auch sonst soll man mit den bayerischen Steuergeldern etwas vorsichtiger umgehen. Dazu nur eins: Wir haben im vorigen Sommer den **JRSO-Vertrag** behandelt. Da hat man ohne irgendwelche rechtliche Verpflichtung, nur aus angeblich moralischen Verpflichtungen einer unbekanntem Clique 20 Millionen Mark von unseren Steuergeldern in die Taschen geworfen. Wenn man die 20 Millionen für diejenigen gegeben hätte, die es notwendiger brauchen, die Millionen Vertriebenen, die uns heute zu ihrem eigenen Leidwesen jeden Monat soundso viel Millionen kosten, so könnte man eher von moralischer Verpflichtung reden. Von diesen 20 Millionen Mark schweigt man aber. Die Presse hat nichts darüber geschrieben. Ich weiß nicht, hat sie nichts schreiben dürfen oder nichts schreiben mögen. Jedenfalls, eins steht fest: Die 20 Millionen Mark sind von der Koalitionsgemeinschaft CSU-SPD sang- und klanglos ohne Rechtsverpflichtung bewilligt worden.

Zum Schluß möchte ich Ihnen sagen, ich habe eigentlich etwas anderes erwartet. Der Herr Finanzminister hätte uns anlässlich dieser Interpellation, die irgendeinem geheimen Zweck gedient hat, wohl sagen können, wie es mit dem **Staatshaushalt 1952** überhaupt steht. Er hätte sagen können: Was redet Ihr wegen der 20 oder 17 Millionen? Die sind halt kaputt. Es spielt bei 3 Milliarden auch keine Rolle, ob eine kleinere oder größere Pleite da ist. Interessant ist aber folgendes — das ging auch in die Presse —: Vor wenigen Wochen hat uns der Herr Finanzminister eine Aufstellung vorgelegt, wonach nach seiner Meinung — und er muß es als Finanzminister schließlich wissen — der Haushalt 1952 mit einer **Unterbilanz von 190 Millionen** abschließt. Das scheint in der Koalition etwas Staub aufgewirbelt zu haben. Was hat man gemacht? Man hat sich befleißigt, vor acht Tagen in die Presse eine Notiz zu lancieren mit der Überschrift: Bayerns Etat wird eingehalten. Der Haushalt 1952 ist in seinem ordentlichen Teil in Einnahmen und Ausgaben abgeglichen. Herr Finanzminister, wo sind

(Dr. Geislhöringer [BP])

die 190 Millionen Defizit? Haben Sie die jetzt auf einmal von irgendeinem Wohltäter bekommen

(Abg. Wimmer: Sie haben sich in der Jahreszahl geirrt!)

oder traut man sich jetzt nicht mehr dem bayerischen Volk zu sagen, daß man eine Pleite hat? Traut man sich auch nicht mehr zu sagen, daß nach Meinung des Finanzministers im Jahre 1953 ein Defizit von 600 Millionen Mark entsteht?

(Abg. Zillibiller: Das gehört nicht daher!)

— Richtig, es gehört nicht daher; aber wenn man von Darlehens- und Kredithingabe des bayerischen Staates redet, ist es schließlich auch angebracht zu fragen: Kann sich der bayerische Staat diesen Luxus erlauben oder nicht?

(Abg. Dr. Baumgartner: Sehr richtig!)

Diese Interpellation ist ein Schuß ins Leere. Praktisch können wir nur das eine sagen: Wir sind da; wir machen auf Dinge aufmerksam, auf die wir längst hingewiesen haben: nämlich auf eine **schlampige Kreditpolitik**. Ich muß noch anfügen, was ich auch im Wirtschaftsausschuß gesagt habe. Wir haben früher einmal, als die Filmkredite 1950/51 gegeben wurden, einen **Filmbeirat** gehabt. In diesen Beirat hat das Wirtschafts- und das Finanzministerium einen Beauftragten in Gestalt des Ministerialrats Dr. Zehler abgeordnet. Der Erfolg des Filmbeirats war die erwähnte totale Pleite. Als ich dann im November 1951 den Antrag gestellt habe, endlich einmal einen anständigen Filmbeirat aufzuziehen, bei dem auch die Filmschaffenden mitreden können, damit sie wissen, wo die Gelder hinkommen, damit nicht — wie es tatsächlich geschehen ist — wenn eine Bürgschaft gegeben wird, die Obersten sofort 6, 8 oder 10 Prozent einstecken können und für die Filmschaffenden nur ein Butterbrot übrig bleibt, hat das Finanzministerium auf einmal eiligst einen neuen Filmbeirat aufgestellt. Und da hat man dieselben Leute, die sich selber das Geld in die Tasche spielten, wieder genommen.

(Abg. Bezold: Weil sie es gewohnt waren; weil sie sich leichter getan haben!)

— Richtig, weil die sich leichter getan haben. Sie haben den Dreh schon herausgehakt. Eins ist doch merkwürdig — und da bin ich Privatwirtschaftler —: Wenn in der Privatwirtschaft ein Beamter auf seinem Posten versagt hat, gleichgültig aus welchen Ursachen, weil er vielleicht hereingelegt worden ist, dann hat man gesagt, er ist für diesen Posten nicht geeignet. Beim bayerischen Staat ist das anders. Da hat man denselben Mann wieder in den Filmbeirat genommen, weil er bewiesen hat, wie glänzend er die Sache versteht und wie er sich hereinlegen läßt. Es mag sein, daß der neue Filmbeirat etwas vorsichtiger ist, weil man ihm jetzt auf die Finger geschaut hat. Verlassen Sie sich darauf, wenn wir die Filmsache nicht aufgegriffen hätten, wäre der Saustall, wie ihn der Abgeordnete Dr. Franke genannt hat, noch größer geworden. Also, mit Ihrer Interpellation haben Sie nichts Neues herausgebracht, sondern nur uns gezwungen zu sagen, wie leichtsinnig der Staat mit unseren Steuergeldern umgegangen ist.

(Lebhafter Beifall bei der BP)

Präsident Dr. Hundhammer: Das Wort nimmt der Herr Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge.

Dr. Oechsle, Staatsminister: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es mag vielleicht etwas ungewöhnlich erscheinen, daß ausgerechnet der Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge nun zu dem **Filmproblem** Stellung nimmt. Das hängt aber damit zusammen, daß nun einmal, wie bekannt ist, seit etwa 1½ Jahren die Initiative auf dem Gebiet des Filmschaffens von mir verhältnismäßig stark entwickelt worden ist, nicht weil ich von Anfang an besonderen Spaß daran gehabt hätte, mich auf das Gebiet des Filmschaffens zu begeben, sondern weil gewissermaßen zwangsläufig über sozialpolitische und arbeitsmarktpolitische Interessen auch die Frage der Gestaltung der Verhältnisse in Geiseltal auf mich zukam. Ich werde nachher, Herr Abgeordneter Dr. Baumgartner, zu Ihren grundsätzlichen Ausführungen über die Neugestaltung des Filmschaffens in Deutschland und über das Schicksal Geiseltals einiges sagen.

Zunächst möchte ich aber auf die Frage der **Filmfinanzierung** und der schweren Verluste des bayerischen Staates eingehen. Wir wissen, daß nach dem Einmarsch der Amerikaner das reichsmittelbare Filmunternehmen Ufi/Ufa unter alliierte Verwaltung kam und seine Tätigkeit zunächst einstellen mußte. Wir wissen, daß die Besatzungsmächte jede Tätigkeit eines Deutschen auf dem Gebiet der Produktion, des Verleihs und der Vorführung von Filmen zunächst verbot. Erst allmählich kamen Einzelpersonen in den Besitz von **Lizenzen**. Diese Lizenzen berechtigten entweder in der Produktion oder im Verleih oder in der Theaterwirtschaft tätig zu sein. Bei der Zuteilung der Lizenzen war die fachliche und persönliche Eignung nicht immer entscheidend. Ich hebe das deswegen hervor, weil manches spätere Mißgeschick, auch bei unserer Filmfinanzierung noch seinen Ursprung in der Art der Erteilung der Lizenzen durch die Besatzungsmächte hat. Aber mit dem allmählichen Eindringen deutscher Produzenten und deutscher Verleiher in die Filmwirtschaft wurde auch das **Problem Geiseltal** akut. Die finanzielle Grundlage für den Wiederaufbau der Filmproduktion in dem unbestritten schönsten Filmgelände Westeuropas mußte wieder geschaffen werden. Die Filmproduzenten — ich spreche auch von den seriösen Filmproduzenten — waren nach dem 20. Juni 1948 begreiflicherweise nicht im Besitz von Eigenvermögen, von ganz wenigen Produzenten abgesehen, die etwa, wie Ostermayer, im Besitze noch gut abspielbarer Reprisen waren. Die Mehrzahl der Banken, die eigentlich berufen gewesen wären, die Finanzierung der Filmproduktion durchzuführen, weigerten sich, da sie das erhebliche, unter den gegebenen Umständen gar nicht zu übersehende Risiko nicht übernehmen wollten. Wenn die deutsche Filmwirtschaft und damit auch die bayerische Filmwirtschaft nicht endgültig in die Hände des Auslandes abgleiten sollte und wenn nicht Tausende und Zehntausende von Filmschaffenden und Arbeitnehmern der Zubringerindu-

(Dr. Oechsle, Staatsminister)

strien zu Dauerarbeitslosen werden sollten, mußte eine **Hilfskonstruktion** gefunden werden, um das Filmschaffen auch in Geiseltage wieder in Gang zu bringen. Ich berichte, meine Damen und Herren, wie die Verhältnisse waren. Ein solcher Motor sollte der **staatsverbürgte Filmkredit** sein, der von den Produzenten in Anspruch genommen werden konnte und von Banken, teils mit, teils ohne Refinanzierung auszureichen war.

(Zuruf: Zu welchen Zinsen?)

Der Staat bediente sich bei der Durchführung der Filmbürgschaften in Bayern der **Filmfinanzierungsgesellschaft**, kurz **Fifi** genannt, der als Aufgabe unter anderem sowohl die Überprüfung der Filmstoffe als auch die Auswahl der Produzenten und Verleiher oblag. Zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Filmvorhaben und der ordnungsgemäßen Verwaltung der Mittel bediente sich die Fifi einer Treuhandgesellschaft.

Nun taucht die Frage auf: Warum kam es trotzdem zu diesen **Verlusten**? Ich möchte die Gründe — sie sind sehr vielseitig — nochmals zusammenfassen:

1. Es wurden zum Teil Bürgschaften an nicht seriöse, fachlich wenig geeignete Personen gegeben. Das kann nicht bestritten werden.

2. Einzelne Produzenten verwendeten die Filmkredite trotz Überwachung nicht ausschließlich für die Filmproduktion, sondern vielfach zu persönlichen Zwecken.

3. Die staatsverbürgten Filme — und das ist der entscheidende Punkt, warum die Verluste eintraten — wurden überwiegend Verleihern übergeben, die weder über ausreichende berufliche Erfahrung, noch über genügend Ansehen bei den Theaterbesitzern verfügten und deren Vertriebsorganisation mangelhaft war. So kam es, daß selbst solche Filme, die bei einem guten Verleih ein normales Geschäft gewesen wären, erhebliche Verluste brachten. Es ist ganz klar: wenn ein großer Filmverleih im Durchschnitt 2400 Verträge selbst bei einem mittelmäßigen Film noch abschließen kann und damit auf seine Kosten kommt, kann der gleiche Film bei einem kleinen Verleiher, der 800 oder 1100 Verträge abschließt, einfach nicht rentabel sein. Das ist der entscheidende Fehler, der in der damaligen Filmfinanzierungspolitik gemacht wurde, daß man nicht die großen Verleiher heranholte mit der Garantie eine gewisse Zahl von Verträgen abzuschließen.

(Abg. Bezold: Hätten die die Filme genommen? Die nehmen nicht jeden!)

— Herr Abgeordneter Bezold, glauben Sie mir, ich kenne einige dieser notleidend gewordenen alten Filme. Es sind solche darunter, die nicht schlechter waren als mancher Erfolgsfilm von heute. Das gesamte Material natürlich wäre von Firmen wie Schorcht, Herzog, Allianz oder früher National nicht übernommen worden.

Die Filmproduktion stand unter starkem Zeitdruck. Weder konnte die Stoffauswahl mit der erforderlichen Sorgfalt erfolgen, noch konnte die

wirtschaftliche, technische, organisatorische und künstlerische Gestaltung der Filmvorhaben sorgfältig genug vorbereitet werden.

5. Ein sehr wesentlicher Punkt: Die Zinsen für staatsverbürgte Kredite waren, da diese vielfach über den „**grauen Kapitalmarkt**“ refinanziert werden mußten, außergewöhnlich hoch, und Sätze von 21 Prozent und mehr waren keine Seltenheit.

(Abg. Wimmer: Hört, hört!)

Ein erheblicher Teil des Verlustes von 17 Millionen D-Mark entfällt auf den **Zinsendienst**.

(Abg. Wimmer: Wucherzinsen!)

6. Jeder einzelne Film wurde staatsverbürgt. Hatte ein Film Erfolg und brachte er seinem Produzenten und dem Verleiher Gewinn, so floß dieser in die Taschen des Kreditnehmers. Brachte aber ein Film Verluste, so zahlte diesen Verlust der bayerische Staat.

Nach diesen schweren Verlusten wurde die Fifi nicht mehr eingeschaltet und der Finanzminister stoppte 1951 weitere Kredite für die Filmwirtschaft. Die Zahlen, die Sie vor sich liegen haben, beziehen sich auf die Bürgschaften, die bis einschließlich Juli 1951 ausgereicht worden sind. **Geiseltage** stand Mitte 1951 mit seinen Hallen leer, und Hunderte und aber Hunderte von Filmschaffenden wurden arbeitslos oder erwarteten dieses Schicksal. So manche bayerische Tages- und Fachzeitung, die jetzt herbe Kritik an den Filmbürgschaften des bayerischen Staates übt, beschuldigte damals die bayerische Staatsregierung, zu wenig für Geiseltage getan zu haben. Ich selbst habe im Auftrag des Kabinetts an der großen Demonstration der Filmschaffenden im August 1951 als Vertreter der Staatsregierung teilgenommen und damals die Zusage gegeben, daß alles geschehen soll, was möglich ist, um Geiseltage wieder in Gang zu bringen und ihm zu helfen. Dazu aber war es nötig, zunächst eine völlige Änderung in den Grundsätzen für die Filmbürgschaften herbeizuführen. Nach langen Beratungen wurde ein System entwickelt, das mehrere Filme, und zwar in der Regel vier, zusammengekoppelt — Sie kennen das alles —, um Gewinn und Verlust gegenseitig zu verrechnen, also die sogenannten **Filmstaffeln**. Das war aber noch nicht genug. Es mußte der Versuch gemacht werden, die außerordentlich hohen Zinskosten durch die **Ausschaltung des „grauen Kapitalmarkts“** zu senken. Es mußte ferner versucht werden, nicht nur die Haftung mehrerer Produzenten untereinander für die Filmstaffeln herbeizuführen, sondern auch die Haftung des Verleihs. Das setzte aber voraus, daß nur seriöse und bewährte Produzenten Filmkredite bekommen durften. Auch mußte sichergestellt werden, daß nur bewährte große Verleihfirmen den Vertrieb der Filme zu übernehmen hatten. Auch der Selbstbehalt des Produzenten, also sein Eigenkapital, die Teilfinanzierung außerhalb der Staatsverbürgung und einige andere Verbesserungen in den Bürgschaftsbedingungen wurden durchgesetzt und der vom Staat verbürgte Teil auf durchschnittlich 45 Prozent beschränkt. Nach unendlich langen Bemühungen ist auch diese „Reinigung“ der Filmwirtschaft in München nahezu abgeschlossen wor-

(Dr. Oechsle, Staatsminister)

den, und nicht zuletzt diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß auch die Münchner Banken, die es ursprünglich entschieden abgelehnt hatten, erneut in die Filmfinanzierung einzutreten, sich zusammenfanden, um nach dem neuen Staffelsystem staatsverbürgte Kredite auszuleihen.

Seit Oktober 1951 sind neben einigen noch einzelverbürgten Filmen, die zum größten Teil inzwischen ihr Geld eingebracht haben, vier Staffeln zu je vier Filmen verbürgt worden. Von der ersten Filmstaffel (Oktober 1951), der sogenannten ersten Schorcht-Staffel, steht heute schon fest, daß sie ihr Geld einspielte und damit für den bayerischen Staat keinen Verlust aus seiner Bürgschaftspflichtung bringt. Das gleiche kann heute schon mit einiger Sicherheit für die zweite Schorcht-Staffel und für die erste Herzog-Staffel gesagt werden. Für die vierte Staffel, die Union-Staffel, kann eine Prognose allerdings noch nicht gewagt werden.

Eins ist aber sicher: daß die positive Haltung des bayerischen Staates, besonders nach dem Sommer 1951, in der Frage der Filmfinanzierung zu einer guten Beschäftigungslage in Geiseltal geführt und eine nicht zu übersehende Sogwirkung ausgeübt hat. Allerdings ist der Bürgschaftstopf, den der Landtag im letzten Jahr in Höhe von 10 Millionen D-Mark bewilligt hatte, inzwischen aufgebraucht worden.

(Abg. Bezold: Die haben nur Geld gesogen!)

— Wir werden demnächst wohl eine neue Vorlage für staatsverbürgte Filme vorlegen müssen.

(Oh! vor allem bei der BP)

Was muß aber zuvor geschehen, meine Damen und Herren? Zunächst sollte wirklich — da muß ich den Vorschlag des Herrn Abgeordneten Dr. Baumgartner aufgreifen — allen Ernstes — interfraktionell, möchte ich sagen — im Kreditausschuß beraten werden, was an vernünftigen Grundsätzen entwickelt werden kann, um den staatsverbürgten Filmkredit noch weiterhin in seiner inneren Konstruktion zu verbessern. Ich habe hierüber ganz bestimmte Vorstellungen und sie auch mit einigen Herren des Kreditausschusses besprochen.

Für die neu in Aussicht genommene **Staffelfinanzierung** sollten folgende **Grundsätze** gelten:

1. Die Bürgschaftsbedingungen des bayerischen Staates müssen wesentlich vereinfacht werden; sie sind zu kompliziert.

(Zuruf des Abg. Wimmer — Abg. Bezold: Die sind nicht so dumm, daß sie ihr Geld dahinstecken, Herr Oberbürgermeister, weil sie nämlich wissen, daß man zuerst einmal einen finden muß, der einen Gedanken hat! — Widerspruch des Abg. Wimmer)

— Meine Damen und Herren, wenn sich Abgeordnete einzelnen Fraktion während der Rede des Ministers, der nicht Abgeordneter ist, unterhalten, dann muß der Minister selbstverständlich schweigen. — Ich wiederhole, was ich vorhin sagte:

1. Die Bürgschaftsbedingungen des bayerischen Staates müssen wesentlich vereinfacht werden.

2. Der Zinszuschlag von 2½ Prozent zugunsten des Staates ist zu beseitigen. In Verbindung mit der anzustrebenden Senkung der Kreditzinsen könnten dadurch Zinskosten von 10 bis 11 Prozent erreicht werden, während sie jetzt bei 13½ bis 14½ Prozent liegen.

(Abg. Wimmer: Hört, hört! Das sind die Zinssätze, die . . . töten!)

3. Der Selbstbehalt der Produzenten, also das Eigenkapital, soll in aller Regel mindestens 10 Prozent betragen. 40 Prozent der Produktionskosten sind vom Produzenten zu beschaffen. Die Ausfallbürgschaft des Staates hat sich auf 50 Prozent zu beschränken.

4. Das Wesentlichste: Die **Kalkulationen** sind einer strengen Überprüfung zu unterziehen mit dem Ziele, die Produktionskosten um 10 bis 15 Prozent zu senken. Dabei ist insbesondere auf den Handlungskostenzuschlag von 7½ Prozent, auf die Rechte und Manuskripte und auf die Spitzengagen zu achten.

5. Nur bewährten Produzenten und solchen Verleihfirmen, die je Film durchschnittlich etwa 2000 bis 2400 Verträge nachweisen können, darf Ausfallbürgschaft gewährt werden.

Wenn diese Grundsätze beachtet werden, könnte in der Tat mit Recht erwartet werden, daß weitere Filmbürgschaften für den Staat fast risikolos sein könnten. Im übrigen gibt es kaum ein europäisches Filmland von Bedeutung, das nicht mit wesentlichen Mitteln seine Filmindustrie unterstützt. Die Gründe hierfür sind bei der großen **nationalpolitischen Aufgabe des Films** durchaus verständlich, ganz abgesehen von der wirtschaftlichen und vor allem auch exportwirtschaftlichen Bedeutung der Filmproduktion. Wenn also, trotz aller in das Bürgschaftssystem eingebauten Sicherungen, doch da und dort der Staat noch einen Verlust erlitte, so wäre das durchaus zu ertragen, um so mehr, als in den Produktionskosten eines Films etwa 30 bis 35 Prozent Steuern aller Art, soziale Beiträge und eingesparte Unterstützungen stecken. Nicht minder bedeutungsvoll ist die Feststellung, daß ein Film mit normalen Einspielergebnissen an Steuern und Abgaben bedeutend mehr einbringt als seine Produktionskosten betragen.

Ich hielt mich verpflichtet, dem Hohen Haus diese sachlichen Darstellungen zu geben und schon jetzt darauf hinzuweisen, daß sich dieses Haus, unabhängig von dieser Debatte, in der Zukunft mit der Frage der Filmfinanzierung zu befassen haben wird.

Nun aber etwas zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten **Dr. Baumgartner** über die grundsätzliche Lösung in der deutschen Filmwirtschaft. Es ist sicherlich wahr, daß in der Filmwirtschaft eine Reihe **Intrigen** gesponnen wurden, fast noch mehr als im politischen Leben, und das will viel heißen. Aber eins ist nicht richtig: Wenn man in diesen Kranz von Intrigen etwa den jetzigen Direktor und Treuhänder von Geiseltal, Herrn **Thiery**, einbezieht, dann tut man einem Mann bitter Unrecht, der Wesentliches dazu beigetragen hat, Geiseltal zu dem zu machen, was es heute ist,

(Dr. Oechsle, Staatsminister)

nämlich zur modernsten filmtechnischen Anlage Westeuropas. Ich kenne Herrn Thiery sehr genau und weiß, daß gerade er es war, der sich im Treuhänderausschuß gegen jede Lösung wandte, die etwa versuchen sollte, norddeutschem Kapital den ausschließlichen Einfluß in Geiseltasteig zu sichern. Im Gegenteil, Herr Thiery hat all die Bemühungen und Gespräche unterstützt, die ich selbst mit anderen Leuten angeknüpft habe, um für Geiseltasteig eine Lösung zu finden, die dieses bedeutende Filmunternehmen absolut in bayerischen Händen beläßt. Die Vorstellungen darüber stimmen in maßgebenden bayerischen Wirtschaftskreisen, in Filmwirtschaftskreisen, Regierungskreisen und Bankkreisen überein. Differenzen bestehen vor allem mit dem Bund, wo besonders im Bundesinnenministerium offenbar immer noch Pläne bestehen, eine Art Filmmonopol im Bundesmaßstab zu schaffen, ein Monopol, das über die Filmbank gespeist werden sollte. Wir sind der Meinung, daß in den einzelnen Regionen des Bundesgebiets, also in Berlin, in Wiesbaden und in München, starke **Kerngesellschaften** als Produktions- und Ateliergesellschaften entstehen sollen, seien es GmbH's oder Aktiengesellschaften, deren Gesellschaftskapital von den an der Filmwirtschaft interessierten Kreisen aufgebracht wird, nämlich — so waren die bayerischen Vorstellungen — 25 Prozent von den Banken, 25 Prozent von den Filmproduzenten und Verleihen, 25 Prozent von der Filmzubringerindustrie und 25 Prozent durch indirekte Beteiligung des bayerischen Staates, sei es über die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, sei es über die Bayerische Staatsbank. In einem sehr harmonisch abgewogenen Konzert von Beteiligten soll die neue Kerngesellschaft entstehen, die später einmal „Neue Bavaria AG“ heißen wird. Das sind die Gedanken, die auch die bayerische Staatsregierung bewegen, und das ist, Herr Dr. Baumgartner — —

(Abg. Dr. Baumgartner: Ohne Thiery, Herr Minister, das ist ein Pommer-Mann!)

— Thiery war tatsächlich bei unseren Plänen absolut positiv beteiligt.

(Abg. Dr. Baumgartner: Ich weiß warum!)

— Wir wollen nicht weiter das Problem Thiery diskutieren, es liegt nur am Rand. Ich habe mich nur verpflichtet gefühlt, eine Lanze für ihn zu brechen. Er ist nicht der Mann, der die Bavaria herabgewirtschaftet hat, sondern der, der Geiseltasteig aufgebaut hat, der es zu dem gemacht hat, was es heute ist. Sie waren gerade draußen, als ich das vorhin sagte. —

Auch die Pläne des **norddeutschen Filmkontors** stören uns im Augenblick nicht, sondern beweisen nur, daß man im Nordraum außerordentlich aktiv ist und daß Bayern in den nächsten Wochen aktiv werden muß, wenn ihm nicht die Felle von Geiseltasteig davonschwimmen sollen. Und das, meine Damen und Herren von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, kann einschließlich der bayerischen Staatsregierung niemand in Bayern wollen.

Vizepräsident Dr. Fischbacher: Als nächster Redner ist gemeldet der Herr Abgeordnete Drechsel; ich erteile ihm das Wort.

Drechsel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach drei Rednern der oppositionellen Bayernpartei, die ihre Angriffe trotz allem in sehr anständiger Form gegen die Sozialdemokratie vorgetragen haben, ist es ganz in der Ordnung, wenn nun auch ein Sozialdemokrat zum Wort kommt.

Zunächst einmal möchte ich dem Herrn Wirtschaftsminister dafür danken, daß er sozusagen den Umfang der Interpellation umrissen hat und wir dadurch vielleicht von einer Diskussion über die gesamte Wirtschaftspolitik der bayerischen Staatsregierung im Zusammenhang mit dieser Interpellation verschont werden. Ich bin ihm auch außerordentlich dankbar dafür, daß er uns zu Beginn seiner Ausführungen sozusagen einmal den Anlaß dieser Interpellation dargestellt hat, nämlich gewisse Vorwürfe bayerischer Wirtschaftskreise gegen den bayerischen Staat.

Ich gehe allerdings nicht mit ihm einig darin, daß die Angelegenheit zwischen der bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Staatsregierung mit der Beantwortung eines Briefs des Herrn Generaldirektors **Dr. Seeling** durch das bayerische Wirtschaftsministerium erledigt sei. Auf diese Auseinandersetzung zwischen einem Kreis der bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Staatsregierung wird in einem sehr umfangreichen Artikel des in Düsseldorf erscheinenden „Handelsblattes“ vom 17. Dezember 1952 eingegangen. Dort wird das Problem, das der Herr Wirtschaftsminister hier dargestellt hat — Erwerb eines Aktienpakets der Amperwerke durch die bayerische Staatsregierung — besprochen. Aber darüber hinaus kündigt Herr Dr. Otto Seeling an, es werde eine Untersuchung darüber angestellt, in welchem Umfang in Westdeutschland der Staat bereits in die Wirtschaft eingedrungen ist, und zwar soll diese Untersuchung durch ein Wirtschaftsforschungsinstitut betrieben werden. Das Untersuchungsergebnis soll in einigen Monaten vorgelegt werden. „Dann werden wir“, sagt Generaldirektor Dr. Otto Seeling, „eine große Auseinandersetzung beginnen“.

Meine Damen und Herren! Wer diese Äußerungen kennt, wird wissen, daß die Angelegenheit wahrscheinlich auch mit der Diskussion zu dieser Interpellation nicht erledigt ist. Deshalb kann die Attacke, die nun von einem bestimmten Kreis der bayerischen Wirtschaft seit einiger Zeit gegen den bayerischen Staat geritten wird, meiner Auffassung nach nicht isoliert aus der Schau bayerischer Verhältnisse besprochen werden, sondern sie geht weit darüber hinaus. Sie ist nichts anderes als ein Teil der wirtschaftspolitischen Tatsachen und Ereignisse, wie sie sich in der Bundesrepublik seit ungefähr Jahresfrist darstellen. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß bestimmte Stellen der Wirtschaft seit ungefähr Jahresfrist dem Staat, und zwar dem Bund und den Ländern, den Vorwurf machen, allgemeine Mittel aus dem Steueraufkommen zu verwenden, um sich in der Region der freien Wirtschaft einzunisten und zu betätigen.

(Drechsel [SPD])

Dieser Vorwurf ist begleitet von der Feststellung, daß der Wirtschaft die Eigenmittel für notwendige Investitionen und Rationalisierungsmaßnahmen fehlen. Der Herr Generaldirektor Dr. Seeling mit seinem Anhang bis herunter zu unserem hochverehrten Herrn Kollegen Elsen haben also zur rechten Zeit Tritt gefaßt und sind eingeschwenkt in diese Front, die diese Vorwürfe gegen den Staat an sich erheben.

Meine Damen und Herren! In der Bundesrepublik besteht ja eine Steuerungsstelle, die diese Vorwürfe gegen den Staat an sich erhebt. Es ist das **Industrieinstitut in Köln**. Verschiedene Abgeordnete kennen ja dieses Institut aus den Verlautbarungen, die es herausgibt. Ich bedaure außerordentlich, daß sich ein Mann, wie Generaldirektor Dr. Seeling, den ich persönlich als den Leiter eines wichtigen Industrieunternehmens sehr hoch schätze, vor den Karren dieses Instituts hat spannen lassen. Von dieser Seite wird nämlich versucht, den Staat als den **bösen Wolf** hinzustellen, der alles auffrißt. Dafür ein Beispiel! In den Veröffentlichungen des Industrieinstituts erschien eines schönen Tages eine Notiz mit der Überschrift „Der Anteil der öffentlichen Hand wächst“ und da heißt es folgendermaßen:

Der Anteil der öffentlichen Hand an den gesamten Anteilen, Anlagen und Investitionen im Bundesgebiet hat sich im ersten Halbjahr 1952 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres von 34 auf 37 Prozent erhöht. Von den insgesamt 2,8 Milliarden D-Mark öffentlicher Kapitalanlagen entfallen 45 Prozent auf die Länder, 31 Prozent auf die Gemeinden, 16 Prozent auf die Soforthilfebehörden und 8 Prozent auf den Bund. Die für Besatzung und Verteidigungsanlagen aufgewandten Mittel sind in diesem Betrag jedoch nicht enthalten. Das Vordringen des Staates als Investor geht deutlich aus diesen im Mitteilungsblatt der Süddeutschen-Bank-AG veröffentlichten Zahlen hervor. Danach betrugen die gesamten Anteile, Anlagen und Investitionen 1945 mit 2,345 Milliarden D-Mark noch 23,9 Prozent, 1950 mit 3,790 Milliarden D-Mark 32,1 Prozent, 1951 mit 4,865 Milliarden D-Mark 31,6 Prozent und im ersten Halbjahr 1952 mit 2,790 Milliarden D-Mark bereits 37 Prozent. Als Kapital- und Darlehensgeber schöpft die öffentliche Hand aus rund 40 Milliarden D-Mark Einnahmen, die ihr durch die Besteuerung der Wirtschaft und der Privaten aus dem jährlichen Volkseinkommen zufließen.

(Abg. Dr. Baumgartner: Woraus ist das?)

— Das ist aus den Mitteilungen des Industrieinstituts in Köln.

(Abg. Dr. Bungartz: Das ist doch eine Steigerung!)

— Ich bezweifle das nicht im geringsten, Herr Kollege Dr. Bungartz. Aber ich stelle nur fest, daß hier mit keinem Wort gesagt wird, zu welchem

Zweck der Staat, der Bund und die Länder diese **Investitionen** benötigt und verwendet haben. Es sind ja im Grunde genommen richtige Haushaltsmittel — denn es sind ja Steuereinnahmen —, und die Parlamente müssen doch wissen, wozu die Steueraufkommen, die hier als Investitionsmittel bezeichnet werden, verwendet worden sind. Ich frage Sie einmal: Wenn der Staat diesen Anteil an den Haushaltsmitteln nicht zur Verfügung gehabt hätte, würde seit dem Jahre 1948 die freie Wirtschaft, wenn ihr diese Mittel, die jetzt der Staat hatte, zur Verfügung gestanden hätten, die Investitionen im Straßen- und Brückenbau, im Wohnungsbau, in neuen Arbeitsstätten für die Flüchtlinge, zum Bau von Schulhäusern, Wasserleitungen usw. verwendet haben? Dafür hat sie nämlich der Staat zu einem ganz großen Teil verwendet. Das sind 90 Prozent der Investitionsmittel, die vom Industrieinstitut als Investitionsmittel bezeichnet werden. Für Bayern liegen die Verhältnisse insofern etwas anders, als Bayern als steuerschwaches Land nicht in dem gleichen Prozentverhältnis am Steueraufkommen beteiligt ist und ihm demzufolge auch nicht derartige Mittel zur Verfügung standen. Auf Bayern läßt sich der Maßstab dieser Mitteilungen überhaupt nicht anwenden.

Wir haben gestern aus dem Munde des Herrn Finanzministers gehört, daß sich seit dem Jahre 1948 die wirklichen Investitionen auf dem Gebiet der Wirtschaft, wo man eventuell sagen könnte, der Staat sei in weitere Sphären der Privatwirtschaft vorgedrungen, auf ganze 60,7 Millionen belaufen haben. Um diesen Betrag hat sich das wirkliche Anlagevermögen des bayerischen Staates in den letzten Jahren vergrößert. Es ist doch die bemerkenswerte Tatsache zu verzeichnen, daß alle diese Investitionen von diesem Landtag vorher bewilligt worden sind.

Interessant ist nun der Zeitpunkt, in dem diese Vorwürfe entstanden sind. Wenn man die Geschichte verfolgt, findet man, daß, solange die Privatwirtschaft ihre Eigeninvestitionen über die Preise vornehmen konnte, von derartigen Vorwürfen nichts zu hören war. Daß während dieser Zeit **Fehlinvestitionen** vorgekommen sind, daß insbesondere die Grundstoffindustrie nicht zu den notwendigen Investitionen gekommen ist und auch durch die sogenannte **Investitionshilfe** der deutschen Wirtschaft nicht dazu kommt, ist leider ein Schönheitsfehler in der Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre. Es ist ein Trauerspiel um diese Investitionshilfe, wenn man feststellt, daß bis zum Jahresende 1952, wo eigentlich eine Milliarde aus der Wirtschaft für Investitionen in den Grundstoffindustrien aufgebracht werden sollte, nur ganze 480 Millionen aufgebracht werden konnten. Die deutsche Wirtschaft hat sich mit dieser Investitionshilfe kein gutes Zeugnis der Solidarität ausgestellt, und ich glaube, es wird in den nächsten Jahren in bezug auf die Investitionshilfe für die Grundstoffindustrien noch ein ganz anderes Wort gesprochen werden müssen, wenn die deutsche Wirtschaft weiterhin vorwärts kommen will. Erst als nach dem **Abflauen** des Korea-Sturms nicht

(Drechsel [SPD])

mehr um jeden Preis verkauft werden konnte, in der Wirtschaft wieder genauer kalkuliert und die Käufer auf dem Inlands- als auch auf dem Auslandsmarkt wieder gesucht werden mußten, begann der **Sturm der Privatwirtschaft auf den Staat**.

Aber, meine Damen und Herren, merken Sie denn nicht, daß alle diese Vorwürfe, der Staat habe zu viel Geld, das er der Wirtschaft wegnimmt und in unnötigen Investitionen festlegt, eine einzige **Kritik der Finanz- und Steuerpolitik des Bundes** sind? Die Wirtschaft verlangt bessere Möglichkeiten der Selbstfinanzierung. Zuständig dafür ist der Bundesfinanzminister. Der Kapitalmarkt soll gefördert werden; zuständig dafür ist die Bundesregierung. Die Vorwürfe, die auch von einem Teil der bayerischen Wirtschaft gegen den bayerischen Staat erhoben werden, richten sich im Grunde genommen gegen die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes.

(Abg. Dr. Haas: Nun sind wir ja da, wo wir hinkommen wollen!)

Die Wirtschaft hat jetzt ihre ersten Erfolge in der Form der sogenannten **kleinen Steuerreform**. Es ist nun die Frage, wie dieses Entgegenkommen auf die Kritik wirkt. Ich gehe sogar mit der Kritik der Wirtschaft in bezug auf die **Selbstfinanzierungsmöglichkeiten** ein Stück Weges konform. Es gibt heute Wirtschaftszweige, die infolge Konkurrenz plus Steuergesetzgebung nicht in der Lage sind, die notwendigen Mittel zur Rationalisierung aufzubringen. Es gibt ferner Wirtschaftszweige, die infolge der Preisentwicklung nicht mehr in der Lage sind, mit gleichgearteten Wirtschaftszweigen in der Bundesrepublik zu konkurrieren. Ich komme darauf später noch zu sprechen.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt in der deutschen Wirtschaft auch andere Fälle. In der Fachpresse hat vor längerer Zeit die **Entflechtung des Mannesmann-Konzerns** eine außerordentliche Rolle gespielt. Der Mannesmann-Konzern ist bekanntlich entflochten und aus ihm eine **Holding-Gesellschaft** gebildet worden, die drei Nachfolgegesellschaften umfaßt, nämlich die Mannesmann-AG Düsseldorf, die „Konsolidation“-Bergbau-AG und die Stahlindustrie und Maschinenbau-AG. Diese drei Gesellschaften repräsentieren zusammen ein Aktienkapital von 320 Millionen D-Mark, nämlich Mannesmann 240, Konsolidation 53,3 und Stahlindustrie 26,7 Millionen D-Mark. Das Aktienkapital des alten Mannesmann-Konzernes betrug 160 Millionen D-Mark. Nun werden im Umtauschverfahren Namensaktien von je 100 DM ausgegeben, und zwar erhält jeder Aktionär auf je 600 Mark alter Aktien 9 Aktien der neuen Mannesmann-AG, 2 Bergbau-Aktien und eine Aktie der Stahlindustrie- und Maschinenbau-AG. Damit hat jeder Aktionär für 600 RM alter Aktien 1200 D-Mark neue Aktien bekommen, also ein Umstellungsverhältnis von 1 : 2.

(Hört, hört!)

Das ist aber noch nicht alles. Die Gesellschaft zahlt auf die neuen Aktien sofort 6 Prozent Dividende. Sie hat außerdem 24 Millionen D-Mark gesetzliche

Rücklage und weitere 65 Millionen als außerordentliche und freie Rücklage erübrigt und angeblich im Hinblick auf den Lastenausgleich zurückgestellt. Dabei ist diese Gesellschaft völlig schuldenfrei, und das ist eine Erscheinung, um die sie wahrscheinlich jeder Unternehmer und jeder Kaufmann in der Zeit vor 1914 beneidet hätte. Es geht also auch anders in der deutschen Wirtschaft. Solange solche Verzerrungen in unserer Wirtschaft vorhanden sind und nicht durch eine **prohibitive Besteuerung der Übergewinne** die Mittel für die Fremdfinanzierung wichtiger Wirtschaftszweige wie Bergbau und Energieversorgung planmäßig bereitgestellt werden, solange wird keine Ordnung in unserer Wirtschaft sein. Ich habe vorhin bereits gesagt: Nun soll die Wirtschaft ihren Willen haben und soll Selbstfinanzierungsmöglichkeiten in einem gewissen Umfang durch die Steuerreform bekommen. Aber warten wir einmal ab, ob dies das richtige Mittel ist, um die Wirtschaft zu befriedigen! Ich glaube es nämlich nicht.

Gestatten Sie mir, daß ich nun nach diesem wirtschaftlichen Überblick zurückkehre zu Herrn Generaldirektor **Dr. Seeling**, der ja der Veranlasser dieser Interpellation ist! Ich muß mich insofern noch einmal mit ihm beschäftigen, als er in einer Pressebesprechung in München, die von der Informationsstelle der bayerischen Wirtschaft einberufen und zu der nicht sämtliche Pressevertreter geladen waren, in einer noch viel schärferen Form gegen den bayerischen Staat angegangen ist. Er hat in dieser Pressebesprechung festgestellt, „daß rund 95 Prozent der Unternehmen, die sich in Bayern in staatlicher Hand befinden, nicht in der Lage sind, Gewinne abzuwerfen. Sie werden wahrscheinlich sogar erhebliche Zuschüsse fordern. Trotzdem wird von seiten des Herrn Staatssekretärs im bayerischen Finanzministerium Dr. Ringelmann eine Wirtschaftspolitik betrieben, die zu einer kalten Sozialisierung erschreckenden Ausmaßes geführt hat.“ Wenn man mit solchen Formulierungen in der Öffentlichkeit in Bayern operiert, dann muß ja der Staat der Bevölkerung gegenüber als der schwarze Wolf erscheinen.

(Zuruf des Abg. Elsen)

— Herr Kollege Elsen, seien Sie bitte etwas vorsichtiger! Es ist eine Tragikomödie der Geschichte, daß Sie von diesem **Industrieinstitut in Köln** auch etwas bei den Fittichen genommen werden. Dieses Industrieinstitut in Köln schreibt nämlich über den **bayerischen Staatskapitalismus** folgendes:

Die Tendenz des Staatskapitalismus in Bayern wird deutlich bei den Angaben der Bayerischen Staatsbank,

— die sich allerdings den jüngsten Expansionsplänen im bayerischen Finanzministerium versagt hat —

für das Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften.

In der Ausgabe 1951/52 ist nämlich über die Bayerische Staatsbank zu lesen:

. . . als Hausbank des bayerischen Staates durch Kassenkredite, unmittelbare Kredithilfe zu Zwischenfinanzierungen im Rahmen des

(Drechsel [SPD])

Haushaltsplans, Durchführung wichtiger öffentlicher Finanzierungsaufgaben. Bezeichnend für die Entwicklung des Instituts ist jedoch seine immer enger gewordene unmittelbare Verflechtung mit allen Schichten der bayerischen Wirtschaft als moderne Handelsbank und die wesentliche Erweiterung seines Außenhandelsgeschäftes. Führende Mitwirkung an Wertpapieremissionen, maßgebliche Beteiligung bei der Gründung der Allgemeinen Deutschen Investment-Gesellschaft mbH. München.

(Abg. Dr. Lacherbauer: Wer ist damit gemeint? Die Staatsbank? — Oh! oh!)

— Ja, Herr Kollege Dr. Lacherbauer, ich stelle nur fest, was außerhalb Bayerns über den bayerischen Staat und über die bayerische Wirtschaft gesagt wird.

(Abg. Dr. Baumgartner: Da ist schon allerhand gesagt worden!)

Ich bezeichne es insofern als Tragikomödie der Geschichte, als Herr Kollege **Elsen** als der Verfechter der Interessen der privaten Wirtschaft auftritt, indem er dem bayerischen Staat jede privatwirtschaftliche Betätigung untersagen will. Denken Sie an den Antrag, der sich mit dem Hafen in Regensburg befaßt. In Wirklichkeit ist er als Mitglied des Direktoriums der Bayerischen Staatsbank der Wolf im Schafpelz,

(Heiterkeit)

der mit Hilfe der Allmacht des Geldes der Privatwirtschaft vollends den Hals abdreht. So stellen sich die Verhältnisse in Wirklichkeit dar.

(Abg. Kiene: Das muß man eben können! —

Abg. Dr. Lippert: Er ist erkannt! — Abg.

Dr. Lacherbauer: Eine Freude ist die Staatsbank auch nicht!)

Meine Damen und Herren! Die Tendenz dieser Angriffe von außerbayerischer Seite interessieren meiner Auffassung nach die Staatsregierung außerordentlich. Ich stehe nämlich auf dem Standpunkt, daß es nicht nur den Bankhäusern Trinkhaus in Köln oder der neu gegründeten Firma Dr. Schacht in Düsseldorf erlaubt sein soll, sich mit bankmäßigen Geschäften zu befassen, sondern daß auch die bayerische Staatsregierung eine Bank haben muß, die in der Lage ist, den Erfordernissen der modernen Wirtschaft gerecht zu werden. Es würde mich sehr freuen, wenn der Herr Ministerpräsident oder der Herr Staatsminister für Finanzen anlässlich eines Besuchs in Düsseldorf oder in Bonn einmal darauf hinweisen würde, daß dieses Industrieinstitut in Köln bei seiner starken Verbindung mit der Bundesregierung mit den Angriffen gegen die bayerische Wirtschaft und den bayerischen Staat in Zukunft etwas vorsichtiger sein soll. Wir müssen unter allen Umständen die, wie ich ausdrücklich betone, nur von einem Teil der bayerischen Wirtschaft gestarteten Angriffe gegen den Staat auf das richtige Maß zurückführen. Wenn uns also für die Zukunft eine Auseinandersetzung bevorsteht, dann wünsche ich nur, die vom Herrn Staatsminister der Finanzen vorgestern gehaltene

Rede und diese Diskussion um die wirklichen Hintergründe der Angriffe möchten dazu führen, daß sich das ganze Haus schützend vor den bayerischen Staat stellt. In Wirklichkeit, Herr Kollege Dr. Baumgartner, sind diese Angriffe nichts anderes als **Angriffe gegen einen gesunden Föderalismus**, wie er von der bayerischen Staatsregierung vertreten wird.

(Sehr richtig! in der Mitte — Abg. Elsen: Das hat sie gestern beim Bundesnotenbankgesetz bewiesen. — Zuruf von der BP: Eine besondere Auslegung von Föderalismus! — Abg.

Kiene: Das ist ein doppeltes Spiel!)

Nun, Herr Kollege Dr. Baumgartner, waren Sie so liebenswürdig, uns Sozialdemokraten wegen des Problems der **Sozialisierung** anzusprechen. Ich glaube, es hat angesichts der Forderungen bestimmter politischer Kräfte in der Bundesrepublik und der Gewerkschaften zu Fragen der Sozialisierung nicht viel Zweck, über dieses Thema in Bayern von diesem Platze aus zu sprechen.

(Abg. Dr. Baumgartner: Der Herr von Knoeringen hat es getan! — Abg. von Knoeringen: Nein!)

— Mein Kollege von Knoeringen hat ausdrücklich erwähnt, daß die Fragen der Sozialisierung auf einer höheren Ebene entschieden werden müssen.

(Abg. Dr. Baumgartner: Wir wollen aber wissen, was Sie denken. — Heiterkeit)

— Ich will Ihnen, Herr Kollege Dr. Baumgartner, sagen, was wir bayerische Sozialdemokraten über die Sozialisierung denken.

(Abg. Kiene: Sie sind doch kein Beichtvater!

— Abg. Hagen Georg: Das hat Herr Kollege von Knoeringen gesagt!)

Die Wirtschaftsform eines Landes, Herr Kollege Dr. Baumgartner, ist nicht etwas Starres; sie ändert sich zwar nicht von Tag zu Tag, aber doch im Laufe der Zeit.

Sie haben nun, Herr Dr. Baumgartner, auf **Sozialisierungsmaßnahmen in anderen Ländern** hingewiesen. Dazu möchte ich Ihnen folgendes sagen: Abgesehen vom osteuropäischen Raum, wo nach einem System des ausgesprochenen Staatskapitalismus verfahren wird, haben sich auch in den westeuropäischen Staaten die politischen Kräfte nach 1945 veranlaßt gesehen, Sozialisierungsmaßnahmen durchzuführen.

(Abg. Dr. Soenning: Mit welchem Erfolg!)

Ich verweise auf Österreich, wo man eine Nationalisierung der Energieversorgung vorgenommen hat. Die Wirtschaftskreise sowohl der Österreichischen Volkspartei als auch der Sozialdemokratie sind der Meinung, daß das Durcheinander in der österreichischen Wirtschaft wahrscheinlich noch größer geworden wäre, wenn nicht nach 1945 die Nationalisierung der Energieversorgung in Österreich vorgenommen worden wäre.

(Abg. Dr. Baumgartner: Die haben es immer noch!)

Ich darf Ihnen noch sagen, daß die französische Wirtschaft im Rahmen der europäischen Sozialisierungsmaßnahmen die Kohlenwirtschaft, die Stahl-

(Drechsel [SPD])

wirtschaft und die Energiewirtschaft nationalisiert hat.

(Abg. Dr. Bungartz: Und die Automobilindustrie. — Zuruf aus der Mitte: Sie ist pleite!)

— Einen Moment, Herr Kollege Dr. Bungartz! Ich wollte in bezug auf die Grundstoffindustrien auf etwas ganz anderes hinauskommen.

(Abg. Dr. Bungartz: Ich weiß schon.)

Die **Nationalisierung der Grundstoffindustrien in Frankreich** hat es möglich gemacht, daß sich diese Industrien seit 1945 ausbreiteten und letztlich, sagen wir einmal, die Veranlasser zur europäischen Montanunion geworden sind, aus der, wie heute festzustellen ist, Frankreich den größten Vorteil zieht.

(Zuruf aus der Mitte: Das ist kein Wunder!)

Auch in **England**, Herr Kollege Dr. Baumgartner, hat man sozialisiert.

(Abg. Dr. Baumgartner: Und wie! Wir haben Berichte darüber.)

— Immerhin stellt auch die konservative Regierung in England heute fest, daß es einzig und allein durch die **Nationalisierung des Kohlenbergbaus** möglich war, die Kohlenförderung in England zu steigern.

(Zurufe von verschiedenen Seiten)

— Bitte keine Aufregung! Ich trage Ihnen ja nur Maßnahmen anderer Länder vor. Mit deren Ergebnissen haben sich die anderen auseinanderzusetzen. Ich möchte aber noch etwas hinzufügen.

(Abg. Lallinger: Warum verteidigen Sie die Sozialisierung, wenn Sie diese nicht wollen?)

— Lassen Sie mich doch ausreden; ich will Ihnen nur sagen, was wir in Bayern wollen. Nach 1945 war der Großteil der deutschen Bevölkerung

(Abg. Dr. Soenning: Da war ein Notzustand!)

aus der Erkenntnis gewisser wirtschaftspolitischer Tendenzen eines Teils der deutschen Industrie vor 1933 und während der Jahre 1933 bis 1945 der Meinung, daß daraus die Konsequenzen gezogen werden sollten.

(Abg. Dr. Soenning: Einen Notzustand kann man nicht verewigen.)

— Ich glaube, der Notzustand ist in Westdeutschland noch nicht überwunden. Ich stelle nur fest, daß 1945 die Erkenntnis vorhanden war, es gehe so nicht mehr weiter wie es bis zum Jahre 1945 gegangen ist.

(Abg. Dr. Soenning: Damals war ein Trümmerhaufen da!)

Ich möchte Ihnen nun einen Auszug aus einem Programm vorlesen, in dem es heißt:

Die Wirtschaft bedarf der sinnvollen Lenkung, an der die aus den Kreisen der Berufsverbände gewählten Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft teilnehmen sollen. Der Arbeitnehmerschaft ist in allen Gremien der Wirtschaftslenkung ein entsprechender Einfluß einzuräumen. Im Rahmen der gelenkten Wirtschaft be-

jahren wir die private Initiative als wesentliche Antriebskraft der schaffenden Menschen.

In Punkt 19 heißt es:

Wenn die Rücksicht auf die Allgemeinheit es fordert, sollen für die Allgemeinheit lebenswichtige Produktionsmittel, Großbanken und Versicherungsunternehmen gegen angemessene Entschädigung in Gemeineigentum überführt werden. Eigentum an Bodenschätzen und an wichtigen Kraftquellen, an Verkehrseinrichtungen und Unternehmen der Energieversorgung soll in der Regel Körperschaften oder Genossenschaften öffentlichen Rechts zustehen. Besonders wenden wir uns gegen den Zusammenschluß von Unternehmungen zum Zwecke der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht.

Meine Damen und Herren! Wissen Sie, wo das steht? — Das steht in dem **30-Punkte-Programm der Christlich-Sozialen Union** vom Dezember 1946.

(Abg. Dr. Schedl: Aktionsprogramm heißt es!)

Gestatten Sie mir noch, aus einer Rede aus dem Jahre 1947 folgendes anzuführen:

Man braucht nicht Kollektivist zu sein, um die Berechtigung von arbeitslosen Einkommen abzustreiten. Man braucht nicht Kollektivist zu sein, um das bestehende Eigentums- und Vertragsrecht, soweit es positivistischer Natur ist, als abänderlich zu betrachten und es mit einem unantastbaren Naturrecht zu verwechseln. Man braucht nicht Kollektivist zu sein, um zu erkennen, daß die Zeit für monopolistische privatkapitalistische Großunternehmen vorbei ist. Immer und zu jeder Zeit kann unbeschadet einer unbestechlichen naturrechtlichen Auffassung über Menschenrechte und persönliche Freiheit das bestehende Recht am Eigentum daraufhin überprüft werden, ob es gut sei und wie es nach den Bedürfnissen der Zeit umgestaltet werden könnte.

Meine Damen und Herren! Das ist ein Auszug aus einer Rede unseres hochverehrten Herrn Ministerpräsidenten Dr. Ehard auf dem Parteitag der CSU in Eichstätt im Jahre 1947.

(Zuruf von der SPD: Das kennt Kollege Elsen nicht! — Abg. Dr. Weiß: Der Herr Kollege Junker meint, die CSU habe inzwischen etwas gelernt, nur die SPD nicht!)

— Das könnte eventuell möglich sein. Aber, Herr Kollege Dr. Baumgartner, waren Sie im Jahre 1947 nicht auch an der Abfassung dieser 30 Punkte beteiligt?

(Abg. Dr. Baumgartner: Nein, da war ich nicht beteiligt!)

Ich könnte Ihnen aber an einigen Punkten des Programms nachweisen, daß Sie mitschuldig sind.

(Abg. Dr. Baumgartner: Ich bin es nicht; man hat mich nicht gefragt.)

Meine Damen und Herren! Was will ich damit sagen? Damit will ich sagen, daß das Problem der Sozialisierung auch in unserem bayerischen Land nicht etwa aus den Fingern gesogen ist.

(Abg. Junker: Daß es wandelbar ist!)

(Drechsel [SPD])

Wir haben ja nichts zu sozialisieren. Wir haben fast keine Grundstoffindustrie. Die wenigen Grundstoffe, die wir in Bayern haben, haben wir bereits verstaatlicht. Der Jammer ist nur, daß die Betriebe der Grundstoffindustrie vom bayerischen Staat immer unterstützt werden müssen, weil die Voraussetzungen für eine ergiebige Produktion einfach nicht gegeben sind.

Aber es bleibt uns vielleicht ein Wirtschaftszweig, Herr Kollege Dr. Geislhöringer — er ist nicht da — —

(Zurufe: Doch, da sitzt er!)

— Verzeihung, Herr Kollege, ich habe Sie beinahe nicht gesehen. Herr Kollege Dr. Geislhöringer, es bleibt uns vielleicht ein Wirtschaftszweig, über den wir beide uns ja ständig unterhalten: die **Energieversorgung**. Ich stelle fest, daß sich mit der Energieversorgung seit den letzten Strompreiserhöhungen die ganze bayerische Wirtschaft beschäftigt und daß sie der Auffassung ist, daß es so nicht mehr weitergeht.

(Abg. Dr. Bungartz: Beim Bayernwerk!)

Der Herr Finanzminister, glaube ich, ist es gewesen, der in Nordbayern der dortigen Wirtschaft und insbesondere der Textilindustrie versprochen hat, in eine Untersuchung der Energiepreise einzutreten, um eventuell

(Zuruf des Abg. Bantele)

dieser Wirtschaft in Oberfranken zu helfen, die infolge der hohen Strompreise gegenüber der westdeutschen Textilindustrie ohne Zweifel nicht mehr konkurrenzfähig ist. Ich habe mich davon restlos überzeugt; Herr Kollege Bantele, ich stamme ja selbst aus dieser Industrie.

In Nürnberg war kürzlich eine Versammlung der **kommunalen Energieversorgungsunternehmen**. Herr Finanzminister, ich glaube, Sie sind davon unterrichtet. Diese kommunalen Versorgungsunternehmen haben gefordert, daß die Spannen zwischen den Überlandwerken und den kommunalen Versorgungswerken so gestaltet werden, daß auch die kommunalen Versorgungswerke weiterhin — na, ich will mich mal vorsichtig ausdrücken — lebensfähig bleiben. Das sind alles Symptome und Erscheinungen auf dem Gebiet der Energieversorgung, die im Grunde genommen — darüber sind sich die Fachleute, Herr Kollege Dr. Geislhöringer, der Energieversorgung einig — eine Zusammenfassung dieses Industriezweigs verlangen.

(Zuruf von der BP: Dann wird er noch teurer!)

Nun weiß ich, daß der Ministerrat kürzlich den Beschluß gefaßt hat, daß das **Bayernwerk** eine Enquete über den Strompreis durchführen soll. Meine Herren Staatsminister,

(Abg. Bantele: Der Angeklagte führt die Untersuchung!)

mit dieser Untersuchung durch das Bayernwerk erreichen Sie nicht das geringste,

(Bravo! Bravo!)

weil das Bayernwerk an der Strompreisbildung selbst mitbeteiligt ist. Wenn man eine Enquete über den Strompreis in Bayern veranstaltet, dann

(Abg. Dr. Bungartz: Kommen Sie zu uns!)

ist man schon gezwungen, einige zehntausend Mark auszugeben und die Verhältnisse vom Ursprung der Stromerzeugung bis zum letzten Verbraucher einwandfrei zu untersuchen, wie es denn eigentlich kommt, daß der Strom meinetwegen beim Bayernwerk am Walchensee 5,6 Pfennig kostet, während der Kleinabnehmer oder auch der Sondertarifabnehmer einen Preis zahlen muß, der ihm unter den heutigen Umständen als etwas zu hoch vorkommt. Das ist eine außerordentlich wichtige Frage für die gesamte bayerische Wirtschaft. Es würde mich freuen, wenn die Staatsregierung zu der Erkenntnis käme, daß nichts schneller zu einer Lösung der Energiefrage in Bayern führt als eine solche große Enquete über den Strompreis in Bayern.

Aber, meine Damen und Herren, sollen wir deswegen an die Sozialisierung der Energieversorgung in Bayern herangehen? Auch das ist doch eine Frage, die wir angesichts der wirtschaftspolitischen Konzeptionen der Bundesrepublik überhaupt nicht mehr entscheiden können.

(Abg. Dr. Geislhöringer: Die Sozialisierung haben wir ja schon beinahe!)

— Beinahe haben wir sie. Aber ich bin damit noch nicht ganz zufrieden, Herr Kollege Dr. Geislhöringer. Ich stelle mir unter einer Zusammenfassung der Energieversorgung in Bayern leider etwas anderes vor als Sie.

(Abg. Dr. Lacherbauer: Was verstehen Sie denn darunter?)

— Wir werden uns zur gegebenen Zeit darüber noch unterhalten müssen.

Meine Damen und Herren! Sollen wir also die Energieversorgung sozialisieren? Ich glaube, Herr Kollege Dr. Baumgartner, über diese Fragen der Sozialisierung der Grundindustrien — und um nichts anderes geht es jetzt — —

(Abg. Bantele: Zunächst! — Es stehen noch andere Sachen in Ihrem Programm!)

— Ich weiß nicht, was Sie meinen, Herr Kollege Bantele. Ich sage, die Forderungen der Gewerkschaften und auch des sozialistischen Aktionsprogramms der Sozialdemokratischen Partei

(Abg. Op den Orth: Und des 30-Punkte-Programms!)

gehen nach einer **Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeinwirtschaft**. Ich weiß es nicht, wann darüber diskutiert wird. Aber eins weiß ich: Wenn die Sozialdemokratische Partei durch Wahlen, vielleicht durch die nächsten Bundestagswahlen, zu einer gewissen politischen Macht kommt — meine Damen und Herren, seien Sie sich doch darüber klar, um diese Fragen geht es in den nächsten Monaten! —, dann können Sie Gift darauf nehmen, daß über die Frage der Überführung der Grundstoffindustrien in Allgemeinbesitz gesprochen wird. Ich hoffe als Sozialdemokrat nur, daß dann diejenigen, die im Jahre 1946

(Drechsel [SPD])

die Erkenntnis gewonnen haben, daß sie in der Sozialisierung mittun müssen, auf Grund der neueren Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik mit uns Sozialdemokraten marschieren werden.

(Abg. Dr. Baumgartner: Koalitionsangebot!
Zuruf rechts: Zukunftsmusik!)

Ich weiß, daß wir im Jahre 1953 leben. Aber der Unterschied, Herr Kollege Dr. Baumgartner, zwischen Ihnen und uns ist der, daß wir aus einer Erkenntnis eine Konsequenz ziehen und an dieser Konsequenz festhalten, während Sie sie verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Hundhammer: Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, die Beratung der Interpellation jetzt zu unterbrechen. —

Vor der Pause erteile ich noch das Wort zu einer persönlichen Bemerkung gemäß § 68 der Geschäftsordnung dem Herrn Abgeordneten Klotz.

Klotz (BP): Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Der Herr Landtagspräsident hat mir heute morgen wegen eines von mir gemachten Zwischenrufes einen Ordnungsruf erteilt. Ich lege hier zu Protokoll Protest gegen diesen Ordnungsruf ein, da er gegen die §§ 74 und 76 Absatz 1 der Geschäftsordnung verstößt. Ich behalte mir weitere Schritte gemäß § 78 der Geschäftsordnung vor.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Beratungen sind jetzt unterbrochen. Die Sitzung wird wieder aufgenommen nachmittags um 3 Uhr.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 23 Minuten unterbrochen)

Präsident Dr. Dr. Hundhammer nimmt die Sitzung um 15 Uhr wieder auf.

Präsident Dr. Hundhammer: Die Beratungen sind wieder aufgenommen.

Meine Damen und Herren! Ich bin gezwungen, die Sitzung mit einer ernststen Mitteilung zu eröffnen. Heute vormittag ist Herr Abgeordneter **Julius Hofer verstorben.**

(Die Abgeordneten erheben sich)

Herr Abgeordneter Hofer war gewählt im Stimmkreis Schwabach-Stadt und -Land. Er ist 1890 geboren, war gelernter Goldschmied und Parteisekretär der SPD. Im Jahre 1933 wurde er verhaftet und kam ins KZ Dachau. 1944 wurde er wieder verhaftet und nochmals ins KZ verbracht.

Dem Bayerischen Landtag hat Herr Abgeordneter Hofer seit 1946 angehört. Sie kennen ihn aus den Debatten hier im Plenum und vor allem aus seiner Arbeit im sozialpolitischen Ausschuß und im Geschäftsordnungsausschuß. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Die Beisetzung und Überführung von Schwabach nach Nürnberg ist auf übermorgen, Samstag,

14 Uhr 45 Minuten, angesetzt. Die Einäscherung findet am Montag, dem 9. Februar, 13 Uhr, im Krematorium in Nürnberg statt. — Sie haben sich zum Gedächtnis des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Wir fahren in der heute mittag abgebrochenen Debatte fort. Nächster Redner nach der Rednerliste ist Herr Abgeordneter Dr. Guthsmuths. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Guthsmuths (BHE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Rahmen einer solchen Interpellation, mit der wir uns nun schon eine Reihe von Stunden beschäftigen, stehen wir vom BHE auf dem Standpunkt, daß es wohl richtiger wäre, sich dabei mehr auf **Grundsatzfragen** als auf Einzelheiten zu konzentrieren, nachdem uns der Herr Finanzminister in seinem ausführlichen Bericht die Fragen, die die Interpellanten beantwortet wissen wollten, bereits vorweggenommen hat.

Wir beobachten mit einer gewissen Sorge, daß man sich allzu viel mit den Problemen der Volkswirtschaftspolitik befaßt und allzu wenig mit den Dingen, die wir in das Gebiet der Betriebswirtschaftspolitik verwiesen wissen möchten. Wir stehen bestimmt nicht in dem Verdacht, hier irgendwie weltanschaulich hypothekarisch belastet zu sein; denn wir neigen zu der Auffassung, daß jede Zeit ihre soziale Frage hat. Eine solche soziale Frage erster Ordnung ist für uns die Frage der **wirtschaftlichen Eingliederung**. Ich bringe sie jetzt in einem Zusammenhang mit der Begründung, die uns Herr von Knoeringen zu der Interpellation gegeben hat. Wir kommen dabei nicht darum herum, uns mit einigen Begriffsbestimmungen auseinanderzusetzen, und wir halten es aus einer gewissen Taktik zur Beurteilung des Verständnisses heraus für notwendig, daß wir uns auch mit ihnen beschäftigen.

Herr Kollege von Knoeringen, Sie haben in einem anderen Zusammenhang einmal vor einiger Zeit in diesem Hohen Haus mit ernststen Worten darauf hingewiesen, daß Sie eine gewisse **Technisierung der Demokratie** beobachten. Wir schließen uns dieser Auffassung an; denn wir sehen, daß das technisch-konstruktive Denken allmählich beginnt, uns in unserer Handlungsfreiheit einzuschränken. Man hat uns lange Jahrzehnte als das Volk der Organisation bezeichnet. Wir sind aber jetzt auf einem Weg, bei dem wir sagen müssen, wir sind in einer Denkungsart verhaftet, die uns in die Gefahr bringt; wirtschaftliche oder soziale Dinge nicht mehr um ihrer selbst willen zu betrachten und sie entsprechend zu lösen. Wir beobachten vielmehr mit einer gewissen Besorgnis, daß man allzu sehr geneigt ist, sie unter dogmatische Vorzeichen zu stellen.

Wir erkennen vollauf an — und ich sage das bestimmt nicht, weil ich dieser Regierung selbst mit angehöre, sondern es ist der grundsätzliche Standpunkt des BHE —, daß Bayern auf dem Gebiet der Lösung der wirtschaftlichen Eingliederung und der Wiederseßhaftmachung, der Begründung neuer Existenzen Hervorragendes geleistet hat. Wir betonen dabei aber, daß wir das als eine

(Dr. Guthsmuths [BHE])

der vornehmsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik und nicht der Finanzpolitik betrachten. Die Finanzpolitik kann zweifellos aus ihrem Wirkungsbereich heraus Hilfsstellungen geben. Wir wissen auch, daß es Kreise gibt, die recht gern auf eigenen Wegen wandeln und es verstehen, nach bestimmten Abschreibungsmethoden sich von dem vielgelästerten Vater Staat Vorteile zu verschaffen. Es braucht nicht immer die Kreditbewilligung zu sein. Der moderne Kapitalismus kennt die verschiedensten Formen und Arten dafür. Wir meinen aber, es darf nicht zum Gegenstand der Finanzpolitik werden, um daraus wirtschaftspolitische Konsequenzen zu ziehen.

Die Fragen der **Technik der Finanzierung** sind dabei mit gestreift worden. Ich glaube, wir brauchen nach Beispielen dafür nicht so weit auf dem Erdball herumzusehen, daß die Gestaltungskräfte der Wirtschaft zu Vormachtstellungen im Staate führen. Wir bekämpfen nicht nur in diesem Zusammenhang, sondern lehnen grundsätzlich jede egozentrische Zusammenballung von Macht im Staat ab, und wir wissen ja aus der Entwicklung — im Laufe der Debatte sind genügend Beispiele dafür angeführt worden —, daß, wenn Zusammenballungen von Macht mit Gruppen egozentrischer Richtungen sich im Staate bilden — von welcher Seite auch immer — der Staat selbst dazu neigt, diese Kräftebildungen von sich aus wieder zu übertreffen. Es kommt dann zu jenen Spannungen, die sich, wie wir den Eindruck haben, hier zum Teil in der Debatte mit offenbart haben. Wir wollen dazu beitragen, diese Spannungsverhältnisse zu lösen, und meinen deshalb, daß es wichtig ist, sie aus dem Gesichtsfeld der dogmatischen Bindungen, die immer zu Unfreiheiten führen, herauszuheben.

Wir sind auch der Auffassung, daß etwa Versuche, den **Liberalismus** zu restaurieren, gerade auf dem Gebiet der Wirtschaft im Jahre 1953 kaum noch einen Platz haben dürften. Die Kräftezusammenballungen widersprechen dem ja auch.

Bei der grundsätzlichen Anerkennung der Leistungen des bayerischen Staates sind wir aber doch der Meinung, daß wir um gewisse kritische Betrachtungen nicht herumkommen. Wir können auch nicht darauf verzichten, weil wir der Auffassung sind, daß wir die in Erscheinung getretenen **Tendenzen des Fiskalismus**, die sich nach Meinung der Kritiker sogar als staatskapitalistisches Denken herauskristallisiert haben, nicht ohne eigene kritische Bemerkungen hinnehmen können.

Dabei wenden wir uns an den Herrn Finanzminister. Wir sehen vor uns einen gewissen Entwicklungsstand in der Wiedereingliederung der heimatvertriebenen Wirtschaft und anderer geschädigter Gruppen und stellen dabei fest, daß die Frage der **Staatsbürgschaften**, die in der Debatte eine so große Rolle gespielt hat, nicht diesen Umfang angenommen hätte und nicht zu jenen Erscheinungen geführt hätte, die die Kritiker auf den Plan gerufen haben, wenn der bayerische Staat sich rechtzeitig zu einer risikofreundlichen

Behandlung in der **Frage der Liegenschaften** hätte entschließen können. Meine Damen und Herren, Sie werden vielleicht alle in der Lage sein, ein Beispiel dafür beizutragen, welches Spießrutenlaufen sich zwischen der Liegenschaftsabteilung und dem Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung in vielen Fällen abgespielt hat; denken Sie nur an die Industrieplanungen auf dem ehemaligen Gelände der Muna-Anstalten, des Heeres und der Luftwaffe! Wenn Bayern und voran sein Finanzministerium und die nachgeordneten Behörden nur in etwa so verfahren wären, wie es andere westdeutsche Länder getan haben, dann wären wir zu einem erheblichen Teil um alle diese Dinge herumgekommen, die uns jetzt so in Spannung versetzen. Wir halten es noch nicht für zu spät, hier den Hebel anzusetzen und mit etwas mehr Risikofreude und etwas größerer Beweglichkeit, losgelöst aus dem fiskalischen Denken, tätig zu werden. Heute vormittag fiel die Bemerkung von der Institution der Vermögensbewahrung, die dazu neigt, auch Vermögensmehrung zu treiben. Der Staat darf nach unserer Auffassung in einer solchen Richtung niemals eine Politik des Festhaltens von Vermögenswerten betreiben, auch nicht eine Politik, die dahin führt, daß es zum Selbstverwaltungsorgan wird, das zwangsläufig in den Kanal der Wirtschaftspolitik mündet. Wir meinen also, wenn man auf diesem Gebiet schneller und gründlicher verfahren wäre, wären uns auf dem einen Sektor, nämlich dem der Flüchtlingsproduktivkredite und auch bestimmter Kreditparten der Restitution und Remontage, diese Dinge erspart geblieben.

Ich darf das noch einmal wiederholen mit der Anregung für den Herrn Finanzminister, hier einmal den ernsthaften Versuch zu machen, die Dinge aufzulockern und gerade den Kreisen, die von diesen Dingen stark betroffen sind, etwas mehr Zutrauen und vor allen Dingen die große Chance zu geben, aus der Bindung der Staatsbürgschaft nach Möglichkeit herauszubleiben, weil der Grund und Boden und die Liegenschaft das einzige ist, was die Bankwelt von heute beeindruckt, wenn es um die Frage der Sicherheiten geht. Hier gilt mehr denn je der Satz, den ich schon in einem anderen Zusammenhang gebrauchte, daß man entschieden **mehr Betriebswirtschaftspolitik** und weniger Volkswirtschaftspolitik betreiben sollte. Noch ist die Zeit geeignet, um hier eine Wendung der Dinge herbeizuführen und um der — seien wir uns doch darüber klar! — bereits im Abklingen befindlichen Entwicklungsphase der Neugründung von Unternehmungen zum Ziel zu verhelfen. Wir wissen doch, daß wir in den Sog des Strukturwandels der bayerischen Wirtschaft eine Reihe von Faktoren mit eingebracht haben, die ohne das Jahr 1945 hier in diesem Raum nicht denkbar gewesen sind. Daß sie finanziell und durch ein Bürgschaftsvolumen abgesichert werden mußten, war eine staatspolitische Notwendigkeit. Hier liegt für uns die Grenze der Bejahung der Mitverantwortung — nicht der Mitbestimmung, sondern der Mitverantwortung — des Staates an der Absicherung der Betriebe auf einer Grundlage, die, wie es ja die

(Dr. Guthsmuths [BHE])

Staatsregierung bei ihrem Amtsantritt verkündet hat, nur in der Richtung der Schaffung gleicher Wettbewerbsverhältnisse für alle liegen darf, also gleicher Start, gleiche Bedingungen und die gleiche Marschroute für alle Betriebe in derselben Branche.

Um die Kritik abzurunden, darf ich noch etwas anderes erwähnen.

Wir haben den Eindruck, daß wir uns, wollen wir aus der Übersättigung des technisch Konstruktiven herauskommen, auch entschließen müssen, einmal ernsthaft an die Frage der **Vereinfachung des ganzen Verfahrenszuges** zu denken. Diese Dinge fangen an, uns apparaturmäßig in einer Weise zu belasten, die selbst dem Staat nicht angenehm sein kann. Das darf ich Ihnen aus vielfachen Beobachtungen sagen. Wir wären absolut bereit, eine solche Reform ernsthaft in Angriff zu nehmen, und meinen, daß wir damit — ohne etwa die kontrollierende und regulierende Instanz des Parlaments ausschalten zu wollen, Herr von Knoeringen — doch den Kritikern außerhalb des Parlaments wesentlich Wind aus den Segeln nehmen würden; denn dann würden wir eine Bereinigung in der Weise vornehmen, daß wir erstens einmal die Unzufriedenheit mit der Handhabung und dann den ständigen Eindruck der apparatemäßigen Übersetzung des ganzen Verfahrens beseitigen helfen. Den Anfang dazu müßten wir vielleicht in Bonn machen, und es wäre eine Anregung für die ganze Staatsregierung, sich einmal zu überlegen, ob man nicht schon in Bonn im Rahmen der Vertretung des Landes Bayern beim Bund durch Aufstellung eines geeigneten Referenten eine **Kreditbeobachtungspolitik** betreiben könnte, die uns die Dinge auf der Landesebene wesentlich vereinfachen sollte. Auch diese Anregung wäre wert, einmal näher unter die Lupe genommen zu werden.

Ich darf mich, meine Damen und Herren, auf diese grundsätzlichen Bemerkungen beschränken, weil wir der Meinung sind, daß die Einzelheiten, die hier im Spannungsfeld der Meinungen aufgetaucht sind, hinreichend in der Debatte erörtert wurden. Wir bejahen es grundsätzlich — um noch einmal zusammenzufassen —, daß sich der Staat bis zu der Grenze im wirtschaftlichen Geschehen mitverantwortlich fühlt, wo staatspolitisch unabwendbare und notwendige Aufgaben, die aus jedem Umbruch der Zeit entstehen, vertreten werden müssen. Wir verneinen aber, daß der Staat über diese Grenzen hinausgehen darf.

(Beifall beim BHE)

Präsident Dr. Hundhammer: Das Wort nimmt der Herr Staatsminister der Finanzen.

Zietsch, Staatsminister: Hohes Haus! Ich darf zu dem, was bisher in der Debatte gesagt worden ist, einige Bemerkungen machen, um etwaige spätere Ausführungen abzukürzen.

Zunächst möchte ich zu den Bemerkungen des Herrn Wirtschaftsministers bezüglich des **Amper-**

werke-Pakets, das anscheinend immer noch herumgeistert, und zu den Behauptungen, daß der Staat oder das Bayernwerk dieses Aktienpaket erwerben wollte, noch einmal folgendes feststellen: Bei solchen Gelegenheiten ist es ganz klar, daß Interessenten auch zu den staatlichen Instanzen kommen, die für Beteiligungen des Staates federführend sind. Gespräche werden geführt, Verhandler mit den verschiedensten Interessen sind unterwegs, die Dinge werden geprüft und dann wird entschieden. Seit dem Frühjahr 1952 war die Angelegenheit Amperwerke-Paket für den bayerischen Staat, soweit die Erklärung des Finanzministeriums in Frage kam, entschieden. Der Finanzminister hat nämlich zu jener Zeit in der Presse und auf sonstiges Befragen erklärt, daß der bayerische Staat dieses von der AEG angebotene Amperwerke-Paket nicht erwirbt. Die gleiche Erklärung habe ich abgegeben als Aufsichtsratsvorsitzender der Bayernwerk AG, da man auch mit dem Bayernwerk von seiten der AEG wegen der Übernahme dieses Aktienpakets verhandelt hatte.

Der Herr Wirtschaftsminister hat richtig gesagt, daß sich der Aufsichtsrat der Bayernwerk AG mit der Beteiligungspolitik im Frühjahr vorigen Jahres beschäftigt hat und daß ein Beschluß unter meinem Vorsitz zustande gekommen ist, der Vorstand solle von weiteren Beteiligungsaktionen absehen. Als man wegen des Erwerbs des Amperwerke-Pakets an die Vorstandsmitglieder der Bayernwerk AG herantrat, habe ich — der Vorstand unterrichtete mich laufend schriftlich und mündlich über den Gang der Besprechungen — dem Vorstand der Bayernwerk AG in meiner Eigenschaft als Vorsitzender und als Vertreter des Kapitalanteils des bayerischen Staates im Frühjahr vergangenen Jahres eindeutig erklärt, daß die Bayernwerk AG dieses Paket nicht erwerben wird. Auch das ist seitdem in der Öffentlichkeit bekannt gewesen. Daß nun wieder ein Kreis von Interessenten der verschiedensten Art versuchte, immer noch zu seinen Prozentsätzen für Vermittlungen zu kommen und daß man dann mit den Entscheidungen nicht zufrieden war, das steht auf einem anderen Blatt, ist aber geschäftsüblich. Diese Dinge dürften wohl klar sein. Ich bin sogar soweit gegangen, daß ich einem der Herren erklären ließ, ich würde ihn nicht mehr empfangen.

Genau so verhält es sich, wie der Herr Wirtschaftsminister erwähnt hat, mit dem **Erwerb einer Kohlengrube** durch die Bayernwerk AG aus dem ehemaligen **Flick-Konzern**. Die Sache wurde an das Bayernwerk herangetragen, und das Angebot wurde selbstverständlich im Hinblick auf die Kohlenversorgung des Dampfkraftwerks Aschaffenburg auf seine günstigen Entwicklungsmöglichkeiten usw. geprüft. Es ist ganz klar, daß man das tun muß; denn würde man von vornherein ablehnen, so könnte dem Vorstand der Vorwurf gemacht werden, daß er sich die Sache zu leicht gemacht habe. Nach eingehender Prüfung hat sich herausgestellt, daß das keinen Wert hat, und die Sache war erledigt, und zwar seit dem vorigen Sommer.

Wegen der **Maxhütte-Anteile** hat der Herr Wirtschaftsminister bereits festgestellt, daß der Land-

(Zietsch, Staatsminister)

tag mit großer Mehrheit dem seinerzeitigen Vertragsabschluß zugestimmt hat; ich brauche also an diese Tatsache nicht zu erinnern. Seinerzeit ist sehr eingehend über den Wert oder Unwert dieses Beteiligungserwerbs hier im Hause gesprochen worden.

Nun werden inzwischen von außerhalb Bayerns befindlichen Interessenten Versuchsballone in Form von Pressenotizen losgelassen. Wieder werden Verhandler auf den Weg geschickt, die inzwischen auch bis zu uns gekommen sind, um uns zu sagen, sie hätten Interessenten, die uns diese Beteiligung an der Maxhütte sehr günstig abkaufen würden. Es geht so einiges um, weil man hier ein gutes Geschäft wittert. Man hat auch behauptet, Herr Flick selbst sei daran interessiert, den uns überlassenen Anteil wieder zurückzukaufen. Herr Flick hat erklärt, dem sei nicht so, und an den außerbayerischen Interessenten liegt uns nichts; denn die Voraussetzungen, die uns seinerzeit dazu geführt haben, die von Flick angebotenen Anteile an der Maxhütte zu erwerben, haben sich inzwischen noch nicht geändert. Sollten sie sich ändern, wird man wieder über die Sache sprechen können. Vorerst ist es aber nicht so. Also auch da tut sich einiges im Hinblick auf ein gutes Geschäft.

Demgegenüber darf ich darauf hinweisen, daß sich bis jetzt noch niemand aus der Privatwirtschaft die Beine abgelaufen hat, um die **Anorgana** zu erwerben. Hier darf der bayerische Staat einspringen und mit seinen Millionen versuchen, die an diesem Werk hängenden 2600 Menschen irgendwie über eine Krisenzeit hinüberzuretten. Der freien Wirtschaft und den Kapitalgebern sind Möglichkeiten dutzendweise geboten. Wir haben jedem erklärt: Bitte, warum interessieren Sie sich nicht für die Anorgana? Ganz im Gegenteil, auch hier im Hause werde ich angegangen, die Anorgana nicht vom Staat aus zu übernehmen, sondern sie zugrundegehen zu lassen, mit der Bemerkung, man solle die Leute, die dort sitzen, verpflanzen, irgendwo anders hinschicken. Sehen Sie, da gibt es auch Möglichkeiten, wie man den Staat entlasten könnte; wir wollen die Anorgana gar nicht haben!

Der Herr Wirtschaftsminister hat ganz mit Recht gesagt, daß auch Kreise, die sonst immer gegen Staatskapitalismus usw. wettern, sehr rasch bei der Hand sind, zum Staat zu laufen, wenn sie sich verdisponiert haben, und dann sagen: Bitte, Staat, um der Arbeitnehmer willen mußst du uns jetzt helfen!

(Zustimmung bei der SPD)

Und dann sollen wir mit Millionenbeträgen einspringen. Wir tun es auch, weil wir die Notwendigkeit erkennen. Ich habe aber noch keinen Unternehmer kennengelernt, der von sich aus das erklärt hätte, was in diesen Tagen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ wegen eines ähnlichen Falles in Hessen gestanden hat. Dort heißt es, daß mit der Sanierung eines Unternehmens, die der Staat um der Arbeitnehmer willen vornimmt, nicht der Unternehmer selbst saniert werden dürfe, sondern das Risiko allein zu tragen und demzufolge auch den Verlust selbst auszugleichen habe. Ich

habe noch niemanden gehört, der mir das erklärt hätte. Aber ich brauche das Thema nicht zu verbreitern. Ich möchte nur um der Sachlichkeit der Debatte willen auf diese praktischen Gesichtspunkte hinweisen. Theorien, meine sehr geehrten Damen und Herren, brauchen uns in diesem Hohen Hause, wo es um Alltagsdinge, um die Geschäfte des täglichen Lebens und ihre bestmögliche Erledigung geht, wohl kaum zu interessieren.

(Zuruf von der BP)

Wir müssen wohl von dem ausgehen, was ist, und ich bin mit dem Herrn Kollegen Dr. Seidel in völliger Übereinstimmung, wenn er hier gesagt hat, daß sich der Staat nur dort interessieren soll, wo eine Aufgabe von privatwirtschaftlicher Seite entweder unzureichend oder überhaupt nicht erledigt wird. Aber dort, wo es nun einmal nicht anders läuft, darf man umgekehrt nicht glauben, dem Staat, den letztlich doch wohl wir, wie wir hier sitzen, ebenso wie das Volk draußen und wie die Zuschauer oben auf der Tribüne, selbst darstellen, Vorwürfe machen zu können, wenn er versucht, mit planender Hand da und dort einzugreifen.

Nun muß ich schon sagen, meine Damen und Herren, für die Diskussion wäre es mir sehr angenehm gewesen, wenn man zu der Erklärung, die ich gestern abgegeben habe — ich habe sie ja im Namen der Staatsregierung abgegeben, sie ist vom Ministerrat ausdrücklich gebilligt — im einzelnen Stellung nehmen würde. Sie können in diesen Ausführungen, wenn Sie sie noch einmal sorgfältig nachlesen, von der **planenden Hand der staatlichen Stellen** durchaus etwas feststellen. Das besagt nicht, daß keine Mißverhältnisse entstehen und keine Fehler gemacht werden können, die zu berechtigter Kritik Anlaß geben. Ihre Aufgabe ist es doch, meine Damen und Herren, in dieser Hinsicht der Regierung und der Tätigkeit der Bürokratie auf die Finger zu schauen. Das ist durchaus richtig. Und wenn Sie, Herr Abgeordneter Dr. Baumgartner, meinen, ich hätte das Thema verfehlt, so hat Ihnen ja bereits der Herr Wirtschaftsminister gesagt, daß wir uns zunächst genau an die Fragestellung zu halten haben, und ich glaube, daß die Fragen, so wie sie gestellt worden sind, auch beantwortet wurden. Es wäre mir, wie gesagt, sehr lieb, wenn in der Debatte auf diese Antwort etwas mehr eingegangen würde.

Ich habe mir von vornherein gedacht, daß die **Filmbürgschaften** in dieser Diskussion eine besondere Rolle spielen werden, und ich kann das, was der Herr Abgeordnete Dr. Baumgartner hinsichtlich der Bedeutung der Filmwirtschaft für Bayern gesagt hat, nur unterstreichen; denn an anderer Stelle und auch hier wurde bereits gesagt, daß wir in den Einrichtungen in Geiselgasteig 60 Prozent der Fassungskraft der deutschen Filmindustrie überhaupt zur Verfügung haben. Herr Dr. Baumgartner sagt selbst, daß die **Bavaria** heute dreimal so groß sei als früher. Nun erhebt sich die Frage: Wodurch ist das möglich geworden? Es kann also doch wohl nicht so sein, daß die derzeit leitenden Herren der Bavaria das beabsichtigen, was Herr Dr. Baumgartner behauptet, nämlich möglichst viele Krisenfälle zu schaffen, damit die bestimmten Gruppen, von

(Zietsch, Staatsminister)

denen er gesprochen hat, nun sozusagen für ein Butterbrot diese wertvollen Anlagen erwerben können. Das kann ja wohl nicht sein, und irgendwo und irgendwie hat die Bürgschaftspolitik unseres Staates hinsichtlich der Filmbürgschaften auch zu diesem Wachsen der Anlagen in Geiseltal beigetragen. Auch hier ist zweifellos etwas Positives geschehen.

Es wurde gesagt, die **Bürgschaftsverluste** wären vermeidbar gewesen. Nun, hier kann ich nur sagen, Herr Dr. Baumgartner, Sie vermehren mit dieser Kritik meinen Kummer. Das ist ja das, was ich im Jahre 1951 vorgefunden habe, und jetzt sehen, wie man mit den Dingen aus den Jahren 1949/50 fertig wird, ist zweifellos keine leichte Sache. Aber wir müssen versuchen, in irgendeiner Form zu Rande zu kommen. Herr Dr. Baumgartner meint, man müßte ein Ende machen. Ja, was soll denn sein, wenn wir ein Ende machen? Freilich, wir können heute sagen, mit der Filmbürgschaftspolitik ist es aus. Aber was dann? Sie, meine sehr geehrten Herren von der Bayernpartei, sowohl Herr Dr. Baumgartner wie Herr Dr. Geiselhöringer, werden dann in drei Monaten nach Geiseltal hinausgehen müssen an Stelle des Herrn Arbeitsministers, der im August 1951 dort den Sturm für die Staatsregierung aufgefangen hat. Dann werden Sie hinausgehen und versuchen müssen, den Sturm aufzufangen. Vielleicht gehe ich mit hinaus; wenn ich da bin, gehe ich bestimmt mit! Dann werde ich allerdings einige Landtagsprotokolle mitnehmen und etwas daraus vorlesen.

(Heiterkeit — Zuruf des Abg. Dr. Geiselhöringer)

Vielleicht erzählen Ihnen dann die Filmschaffenden — es sind deren etwa 2000 in Geiseltal — etwas anderes.

(Zuruf: Was haben denn die Filmschaffenden draußen bekommen? Das wäre interessant!)

— Das ist nicht unsere Sorge.

(Widerspruch)

— Entschuldigen Sie, das ist Angelegenheit des betreffenden Wirtschaftszweiges. Auf jeden Fall bekommen wir alle diese Mitarbeiter in Geiseltal — und Sie kennen die Verhältnisse genau so gut wie wir — in irgendeiner Form von der Arbeitslosenversicherung zur Fürsorge; dann müssen wir auch dafür einstehen und außerdem haben wir noch die Unruhe. Das war im Sommer 1951 so. Sie können das nicht bestreiten; Sie haben selbst im Hohen Hause mitgesessen und die Debatten mitgehört. Das **Filmgeschäft** ist immer eine **risikoreiche Angelegenheit**, nicht nur vom Stoff her, sondern auch vom Publikumsgeschmack her. Sie haben sich sicher — oder hoffentlich — von Fachleuten des Films unterrichten lassen und üben Ihre Kritik auf Grund dieser fachlichen Unterrichtung aus. Ein Risiko besteht immer; aber ich wäre Ihnen sehr dankbar gewesen, sowohl Herrn Dr. Baumgartner wie Herrn Dr. Geiselhöringer, wenn Sie anlässlich Ihrer Kritik gleichzeitig hätten wissen lassen, wie Sie die Sache anfassen würden. Ich gebe zu, Sie werden sagen: Als Opposition haben wir

kein Interesse daran, einer Regierung gute Ratschläge zu erteilen; der soll etwas einfallen. Natürlich! Aber Sie haben einmal durch den Mund Ihres Fraktionsvorsitzenden erklärt, Sie wollen eine konstruktive Opposition betreiben, Sie wollen dem Beispiel der SPD des ersten Landtags folgen.

(Lachen bei der Bayernpartei)

Sie hätten jetzt Gelegenheit, Ihr Wort von seinerzeit wahrzumachen.

(Abg. Dr. Bungartz: Es fehlt der Konstrukteur! — Heiterkeit)

— Ja, so wird es wohl sein.

Und nun, meine Damen und Herren, muß ich noch zu einigen Behauptungen ganz kurz Stellung nehmen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Geiselhöringer hat unter anderem behauptet, der **Filmbeirat** sei vom Finanzministerium neu berufen worden. Hierzu muß ich folgendes feststellen. Das Staatsministerium der Finanzen als federführendes Ministerium für diese Frage hat am 3. Dezember 1951 unter dem Betreff „Bürgschaften für Filmproduktionskredite“ eine Bekanntmachung erlassen, in der es heißt:

Das fachmännische Gutachten über Stoff, Gestaltung und Erfolgsaussichten erstellt ein Filmbeirat auf Grund des Drehbuches und des Darstellungsplanes für die Darsteller und das technische Personal.

Dem Filmbeirat gehören an je ein von den Verbänden der Produzenten, der Verleiher und der Theaterbesitzer zu benennender Vertreter, ein vom Ausschuss für die Prüfung von Kreditfragen des Bayerischen Landtags bestellter Vertreter sowie ein von der Akademie für schöne Künste zu benennender Vertreter des kulturellen Lebens. Die Benennung erfolgt jeweils auf die Dauer eines Jahres. Die Vertreter der Staatsministerien für Unterricht und Kultus, der Finanzen und für Wirtschaft haben das Recht, bei den Sitzungen anwesend zu sein und Anträge zu stellen. Die Mitglieder des Beirates sind ehrenamtlich tätig. Der Filmbeirat wird nach Bedarf durch das Staatsministerium für Wirtschaft einberufen, das die Geschäftsführung für den Beirat besorgt.

Ich glaube, Sie müssen sich etwas besser unterrichten, bevor Sie das Finanzministerium in diesem Zusammenhang beschuldigen.

(Abg. Dr. Geiselhöringer: Das haben wir schon gewußt, das ist nichts Neues!)

— Sie haben behauptet, das Finanzministerium wäre hier verantwortlich.

Ferner haben Sie behauptet, daß einige Zahlen, die wir angegeben haben, nicht stimmen würden, unter anderem die Zahlen bezüglich der **Rückflüsse aus den Einspielergebnissen**. Dazu ist folgendes zu sagen. Wie bereits verschiedentlich mitgeteilt, haben wir auf Grund von Filmbürgschaften insgesamt einen Betrag von 17 399 668 DM bezahlt.

(Abg. Dr. Geiselhöringer: Bis jetzt!)

— Ja, bis jetzt. Ich habe nie etwas anderes gesagt. An Einspielergebnissen gingen nach Inanspruchnahme der einzelnen Bürgschaften insgesamt ein

(Zietsch, Staatsminister)

Betrag von 676 651 DM ein. Herr Abgeordneter Rabenstein, vielleicht erinnern Sie sich dieser Zahl auch, weil Sie durch Zuruf behauptet haben, die Zahlen würden nicht stimmen. Ich will sie hier noch einmal wiederholen.

(Abg. Rabenstein: Die Einspielergebnisse!)

— Ich sage, die Einspielergebnisse nach Inanspruchnahme der Bürgerschaft. Die Einspielergebnisse, die vorher eingehen, können wir ja nicht überblicken, weil sie über die Theater abgerechnet werden müssen. Vielleicht liegt darin die Verwechslung, wenn Sie meinen, daß die Zahlen nicht stimmen. Also, der oben genannte Betrag umfaßt nur die Einspielergebnisse, die dem bayerischen Staat nach Inanspruchnahme der Bürgerschaft zugeflossen sind und den schon eingetretenen Verlust mindern.

Es ist weiter von Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Geislhöringer, behauptet worden, daß der **Union-Filmverleih** Bürgschaften in Höhe von über 8 Millionen D-Mark erhalten habe, von denen bereits 7,5 Millionen in Anspruch genommen seien. Dazu ist folgendes zu sagen. Es sind beim Union-Filmverleih drei Gruppen von Filmen zu unterscheiden:

1. die Filme, die der Union-Filmverleih zur Auswertung erhielt und für die er eine Garantieverpflichtung übernommen hat;
2. die Filme, die dem Union-Filmverleih zur Auswertung übertragen wurden und für die der Verleih keine Garantie übernommen hat;
3. die Filme, die ursprünglich beim Bejühr-Filmverleih abgewickelt wurden und nach dessen Zusammenbruch dem Union-Filmverleih übergeben worden sind.

Nur bei der ersten Gruppe von Filmen läßt sich behaupten, daß der Union-Filmverleih die Bürgschaftsverluste des bayerischen Staates mitverschuldet habe; denn nur bei diesen Filmen war der Verleih zur Zahlung verpflichtet. Es handelt sich um insgesamt 10 Filme mit einer Bürgschaftssumme von 5 297 595 DM. Von diesen Bürgschaften sind 2 mit einem Gesamtbetrag von 750 000 DM ordnungsgemäß abgewickelt worden. Bei 4 Filmen wurde die Bürgschaft in Anspruch genommen. Der bayerische Staat mußte hierbei einen Betrag von 2 827 520 DM bezahlen. Noch nicht abgewickelt sind die restlichen 4 Bürgschaften mit einem Gesamtbetrag von 1 342 595 DM, die sich auf die zum Teil fertige Staffel beziehen. Außerdem wurde für den Union-Filmverleih im August 1951 eine Bürgschaft für eine Sanierung im Betrag von 1,5 Millionen übernommen, die gleichfalls noch nicht abgewickelt ist.

Es ist weiter von Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Geislhöringer, behauptet worden, daß die werbenden Betriebe des Staates sowieso keine Überschüsse abliefern würden. Ich werde in meiner Haushaltsrede auf diese Dinge zu sprechen kommen, und man hätte sie daher ruhig bis morgen zurückstellen können. Ich möchte aber doch, damit im Protokoll die Dinge etwas angeglichen und ausgeglichen erscheinen, feststellen, daß wir als

Überschuß aus werbenden Betrieben, abgesehen von der Staatsforstverwaltung, noch 25 Millionen D-Mark vorgesehen haben. Davon entfallen auf die Ablieferung der Staatsbank 1,6 Millionen, der Landeszentralbank 12 Millionen, auf die Fußballwette 1,2 Millionen, auf die Ablieferung aus dem Spiritusmonopol 4,6 Millionen, aus der Klassenlotterie 1,4 Millionen und aus Unternehmen des privaten Rechts 2,4 Millionen, darunter das Bayernwerk und die BHS, und sonstige Überschüsse in Höhe von 1,8 Millionen. Es wird sich die Gelegenheit ergeben, in der Haushaltsrede und in der Debatte hierzu darüber noch einiges zu sagen.

Es ist schließlich von Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Geislhöringer, noch eine Behauptung aufgestellt worden, die mir und auch meinen Kabinettskollegen, vor allem dem Wirtschaftsminister und dem Innenminister, nicht verständlich ist. Sie haben behauptet, Herr Dr. Geislhöringer, daß wir 20 Millionen irgendeiner Gruppe gegeben hätten, wobei wir uns nun fragen, was denn das für eine Gruppe gewesen sein soll. Ich muß Sie also bitten, Herr Dr. Geislhöringer, Ihre diesbezügliche Bemerkung noch etwas genauer zu präzisieren.

(Abg. Dr. Geislhöringer: Die JRSO!)

— Der **JRSO**! Entschuldigen Sie bitte, erstens einmal ist die JRSO nicht irgendeine Gruppe, zweitens hat sie mit diesem Thema nichts zu tun, und drittens ist der JRSO-Vertrag hier im Hohen Hause besprochen worden. Sie können eine solche Bemerkung im Zusammenhang mit einer solchen Interpellation und ihrer Beantwortung nicht machen. Das muß ich hier feststellen, und wenn Sie mich schon wegen Ritterlichkeit angesprochen haben, so muß ich entgegnen: Hier kann selbst ein Vertreter der Opposition sich der Staatsregierung gegenüber ritterlich benehmen. Sie können selbstverständlich den JRSO-Vertrag bei gegebener Gelegenheit diskutieren; die Debatte über die Haushaltsrede wird Ihnen diese Gelegenheit leicht bieten, aber hier paßt diese Sache einfach nicht her.

Und nun bin ich genötigt, noch eine Bemerkung zu machen, weil ich in einer Sache ganz persönlich angesprochen worden bin, die ich richtigstellen muß. Ich muß sagen: Ich gehöre dem Landtag jetzt schon bald sieben Jahre an, aber es ist das erste Mal, daß ich in dieser Form angegangen worden bin.

Herr Dr. Baumgartner, Sie haben behauptet, ich sei bei der **Gründung der Filmgenossenschaft** dabei gewesen. Das ist nicht der Fall.

(Abg. Dr. Baumgartner: Ich habe es der Presse entnommen, Herr Minister!)

Es war von Leuten, die auch mir eine Einladung geschickt haben, eine Pressekonferenz einberufen worden. Sie haben gemeint, man soll die Zusammenhänge kennen; wahrscheinlich hätte ich sie nicht gekannt. Das stimmt! Und weil ich sie nicht gekannt habe, bin ich aus einer Sitzung — allerdings 20 Minuten später als der Beginn dieser Konferenz angesetzt — zu dieser Konferenz in den „Bayerischen Hof“ gegangen. Dort habe ich mich still in eine Ecke gesetzt und habe mir gedacht: Du schau dir mal an, was sich da tut, da

(Zietsch, Staatsminister)

ich so viele Filmfachleute und andere Leute auf einen Schlag mit der Presse zusammen nicht so rasch wieder zu Gesicht bekommen würde. Ich bin also bei der Pressekonferenz gewesen. Ich darf Ihnen sagen: Dieser Besuch hat sich gelohnt. Ich habe die Zusammenhänge sehr bald und sehr wohl erkannt.

(Abg. Dr. Baumgartner: Ich habe Sie nur gewarnt, Herr Staatsminister!)

— Ja, gut, dann haben wir uns richtig verstanden. Aber ich war nicht bei der Gründung dabei, das ist der Unterschied.

(Abg. Dr. Baumgartner: In der Presse stand: Bei der Gründung.)

— Das ist auf jeden Fall falsch.

(Zuruf aus der Mitte: Die Presse ist schuld!)

Dann, Herr Dr. Geislhöringer, haben Sie behauptet, ich wäre beim **Union-Filmball** gewesen. Davon weiß ich nichts.

(Abg. Dr. Geislhöringer: Gestern abend!)

— Ich war gestern abend beim Filmball, aber nicht bei der Union! Sie behaupten auch, die Union wäre mein Lieblingskind. Sie ist mein Sorgenkind, aber nicht mein Lieblingskind.

(Abg. Dr. Bungartz: Welche Union?)

— Ja, die Filmunion, was meinen Sie?

(Abg. Dr. Bungartz: Hier sitzt auch eine Union.
— Heiterkeit)

— Nein, die Filmunion.

Dann, Herr Dr. Geislhöringer, haben Sie etwas behauptet, was Sie nicht hätten behaupten sollen. Sie haben behauptet, einer meiner beiden Söhne wäre beim Unionfilm tätig.

(Abg. Dr. Geislhöringer: Das stand in der Presse.)

— Sie wissen ganz genau, daß das nicht stimmt. Ihre Quelle ist das kommunistische Wochenblatt „Deutsche Woche“.

(Hört, hört bei der SPD)

Im November oder Dezember vorigen Jahres sind Sie mit diesem Pressestück, das ich selbst schon gesehen hatte, zu mir gekommen und haben mich gefragt, kennen Sie das, Herr Minister? Ich habe gesagt: Das kenne ich; das ist nicht wahr und das ist nicht wahr. Die Sache mit dem Lieblingskind stand auch in dem Blatt. Sie hatten also um die Dinge gewußt und hätten sie nicht noch einmal hier behaupten dürfen, damit ich sie widerlegen muß.

(Unerhört! und Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hagen: 15 Redner sind noch vorgemerkt. Es wurde angeregt, Schluß der Rednerliste zu beschließen. Es erhebt sich kein Widerspruch —

(Abg. Dr. Bungartz: Doch! Zur Geschäftsordnung!)

— Zur Geschäftsordnung erhält der Herr Abgeordnete Dr. Bungartz das Wort.

Dr. Bungartz (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da sich heute die Herren Minister erfreulicherweise laufend in die Rednerliste einschleichen und neues Material und neue Argumente vorbringen, möchte ich Sie bitten, die Rednerliste nicht zu schließen.

(Zustimmung)

Wir haben aus den Debatten innerhalb des Kabinetts, die zum ersten Male in aller Öffentlichkeit stattfinden, schon so viel Schönes gehört, daß ich bitte, von dieser Gelegenheit weitgehend Gebrauch zu machen, auch wenn es Freitagabend werden sollte.

(Zustimmung und Heiterkeit)

Vizepräsident Hagen: Aus dem Hause erhebt sich Widerspruch; warten wir noch etwas ab.

(Heiterkeit)

Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Eckhardt gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Eckhardt (BHE): Hohes Haus, meine Damen und Herren! In der Interpellation selbst und insbesondere in der Antwort des Herrn Staatsministers der Finanzen wurde eine ganze Fülle von Fragen behandelt, die eigentlich in die allgemeine Debatte und in die Einzeldebatten zum Haushalt 1953 gehören. Ich hoffe, daß wir, nachdem wir uns heute vormittag und heute nachmittag so gründlich über all diese Fragen unterhalten haben, bei der Beratung der einzelnen Etats etwas schneller vorwärtskommen und nicht all das, was wir heute morgen gehört haben und was wir noch zu hören bekommen, noch einmal vorserviert erhalten. Ich glaube, sehr viel von dem, was heute gesagt worden ist, geht am Kern der Frage vorbei. So wurden heute vormittag längere Ausführungen gemacht über die **allgemeinsten Fragen** der Wirtschaftspolitik, der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bundes, dieser Politik des Bundes im Verhältnis zu Bayern, über Fragen der Privatwirtschaft und der Staatswirtschaft, und alle diese Fragen gehören meines Erachtens nicht unmittelbar hierher. Sie kennen das Wort: „In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister“, so daß ich glaube, eine ganze Reihe von Fragen sollten hier jetzt auscheiden.

So wurde der alte Gegensatz zwischen Liberalismus oder Kapitalismus auf der einen Seite und dem Sozialismus auf der anderen Seite aufgeworfen. Diese Frage brauchen wir von hier aus nicht zu lösen, weil es sich bei uns ausschließlich um die Behandlung praktischer Fragen und Gesichtspunkte handelt. Ich darf Sie vielleicht gerade in diesem Hause an die Worte eines Mannes erinnern, an dessen Denkmal Sie vorübergehen oder fahren, wenn Sie zu diesem Hause kommen. Ich habe seine Worte, die in seiner Schrift über die Freiheit stehen, vor kurzem gelesen. Ich zitiere sie deshalb, weil das Wort „Freiheit“ auch heute wiederholt gefallen ist. Er schreibt:

Es ist nicht die Zeit, alte Gegensätze wieder zu erwecken, sondern es ist die Zeit, das außer und über allem Gegensatz Liegende zu suchen.

(Abg. Donsberger: Was ist das?)

(Dr. Eckhardt [BHE])

Wenn ich die Ausführungen, die der Herr Kollege Dr. Bungartz vor wenigen Wochen gemacht hat, richtig verstanden habe, und wenn ich den instruktiven Ausführungen des Herrn Staatsministers für Wirtschaft folge, dann handelt es sich meines Erachtens in unserem Falle einzig und allein um die Frage der wirtschaftlichen Betätigung des Staates, und zwar nicht eines Staates, also nicht um ganz allgemeine Dinge, sondern um die **Frage der wirtschaftlichen Betätigung des Staates Bayern**. Dabei scheint mir auf der einen Seite doch festzustehen, daß eine solche wirtschaftliche Betätigung in vielen Fällen und in bestimmtem Umfange notwendig, vielleicht sogar unbedingt notwendig ist, und zwar aus verschiedenen Gründen. Die wirtschaftliche Betätigung des Staates Bayern ist zu einem ganz großen Teil historisch politisch bedingt. Ich darf Sie einmal an die **Vermögenssubstanz des Landes Bayern** erinnern, die einen ganz erheblichen Umfang besitzt. Sie hat sich nicht etwa im Verlauf von hundert Jahren der vergangenen Wirtschafts- und Finanzpolitik angesammelt, sondern in den vergangenen Jahrhunderten seit dem Mittelalter. Sie wissen, daß der Staat früher finanziell allein auf dem Boden seines Dominiums, seiner Feld- und Forstgüter und einiger Regale, zum Beispiel des Berg- und Hüttenregals, des Forstregals, des Salzregals und anderer Dinge gegründet war. Sie wissen, daß alle diese Dinge heute als Vermögen des bayerischen Staates weiterbestehen, daß sie sogar geschützt und gepflegt werden müssen. Das liegt auf der Hand, zumal bei einer ganzen Reihe dieser Vermögensgüter des bayerischen Staates nicht der fiskalische und finanzielle Zweck im Vordergrund steht, sondern wohl ganz überwiegend der kulturpolitische, sozialpolitische und allgemein staatspolitische Zweck. Eine Fülle von Vermögengtätigkeiten des Staates ist also historisch bedingt. Es wäre gut und für viele Mitglieder des Hauses außerordentlich interessant, wenn das Finanzministerium als erster Verwalter dieses Vermögens einmal dem Haus eine **Vermögensrechnung** vorlegen würde; aus der zu erkennen ist, mit welcher Substanz der bayerische Staat heute noch rechnen kann. Eine solche Vermögensrechnung ist bekanntlich in den Haushaltsvorschriften des Grundgesetzes der Bundesrepublik vorgeschrieben. Die bayerische Verfassung kennt eine solche Vorschrift nicht. Aber ganz unabhängig davon, ob eine solche Bestimmung vorhanden ist oder nicht, wäre es wertvoll, über diese Dinge im einzelnen unterrichtet zu werden.

Die wirtschaftliche Betätigung des Staates ist zum anderen nicht nur historisch, sondern in unserer Gegenwart auch politisch bedingt. Es gibt eine Reihe von politischen Tatsachen, die den Staat gezwungen haben, sich entweder als Unternehmer oder als Förderer von Unternehmungen der Wirtschaft zuzuwenden. Ich brauche in diesem Zusammenhang nur die eine harte politische Tatsache zu erwähnen, die Sie alle kennen, die als größtes wirtschaftspolitisches Problem nicht nur für Bayern, sondern für ganz Westdeutschland in den vergangenen Jahren und noch heute trotz der Aufrüstung

und andere Dinge vor uns steht: Die **wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen**. Sie ist noch nicht vollzogen. Ohne diese wirtschaftliche Eingliederung ist ein gesunder Organismus der westdeutschen und der bayerischen Wirtschaft unmöglich.

Daß sich also der Staat wirtschaftlich betätigen muß, scheint mir so einwandfrei zu sein, daß es sich nicht lohnt, darüber im einzelnen zu diskutieren. Wesentlich ist aber, welche **Grundsätze** der bayerische Staat bei seiner wirtschaftlichen Betätigung verfolgen müssen. Hierüber hat der Herr Finanzminister bei der Beantwortung der Interpellation eingehend Auskunft gegeben. Wenn sich aber irgendwo wirtschaftliche Macht stark zusammenballt — und man wird wohl sagen müssen, daß das auch beim bayerischen Staat der Fall ist —, dann liegt es natürlich auf der Hand, daß eine Tendenz besteht, diese Macht auszuweiten. Ein gescheiter Mann hat einmal vor hundert Jahren gesagt: „Der Reichtum ist wie Salzwasser; je mehr man davon trinkt, desto durstiger wird man.“ Das gilt nicht nur für die politische, sondern genau so für die wirtschaftliche Macht.

Wenn sich der Staat wirtschaftlich betätigt, so kann er das entweder durch unmittelbare Hergabe von Krediten tun. Das wird trotz der Hinweise des Herrn Finanzministers doch die Ausnahme sein, denn der Staat ist an sich kein Kreditinstitut. Der Staat kann sich weiter wirtschaftlich betätigen, indem er Unternehmungen der freien Wirtschaft stützt, sie mit Garantien oder Bürgschaften versieht. Schließlich kann er sich selbst neu an Unternehmen beteiligen, so wie es im Falle der Maxhütte vor einiger Zeit geschehen ist. Diese Frage hat schon sehr lange eine bedeutende Rolle gespielt und ist insbesondere auch in der Gemeindegewirtschaft von jeher eingehend diskutiert worden. In der Gemeindegewirtschaftspolitik sind schon vor mehreren Jahrzehnten Grundsätze herausgearbeitet worden, die, wie ich glaube, auch für den Staat Gültigkeit haben können.

Im **Gemeindegewirtschaftsrecht** ist festgelegt, daß der **öffentliche Zweck** das Unternehmen oder eine öffentliche Beteiligung an dem Unternehmen rechtfertigen muß, wenn das öffentliche Unternehmen oder eine Beteiligung an einem Unternehmen geplant ist. Ein solcher öffentlicher Zweck scheint mir bei der Kreditaktion für die Eingliederung der Heimatvertriebenen in die Wirtschaft Westdeutschlands gegeben zu sein.

Der zweite Grundsatz des Gemeindegewirtschaftsrechts lautet, daß sich das Unternehmen, also die Beteiligung in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Gemeinwesens befinden muß. Das bedeutet keineswegs nur, daß der Staat oder das sonstige Gemeinwesen zahlungsmäßig, liquiditätsmäßig in der Lage sein müßte, ein solches Unternehmen durchzuführen, sondern es bedeutet in diesem Zusammenhang mehr: Ein **angemessenes Verhältnis zur Leistungsfähigkeit** liegt nur dann vor, wenn die erstrangigen öffentlichen Aufgaben des Staates sichergestellt sind, wenn also das Unternehmen die Erfüllung dieser Auf-

(Dr. Eckhardt [BHE])

gaben nicht gefährdet. Diese Bestimmung halte ich für ganz wesentlich.

Der dritte Grundsatz des Gemeindegewirtschaftsrechts, der sich auf die Gründung eines öffentlichen Unternehmens bezieht, fordert, daß der Zweck nicht besser und wirtschaftlicher durch einen anderen erfüllt werden kann. Das ist der Kern des Problems. Wenn der Zweck besser und wirtschaftlicher durch privatwirtschaftliche Betätigung erfüllt werden kann, ist es der Gemeinde untersagt, dieses Unternehmen zu starten, und es muß in diesem Falle auch dem Staat untersagt sein. Ich könnte mir denken, daß sehr viele Reibungen, auch solche, wie sie uns von der Tagung des Wirtschaftsbeirats der Christlichen Union geschildert worden sind, vermieden werden könnten, wenn man bei der Frage, wie weit ein Zweck wirtschaftlicher oder besser durch einen Privaten erreicht werden kann, rechtzeitig die zuständigen **Verbände der privaten Wirtschaft einschalten** würde. Das ist vom Staat schon deshalb nicht zuviel verlangt, weil es doch wohl zum Beispiel einem Sozial- und Arbeitsminister eine Selbstverständlichkeit sein wird, sich laufend über die Auffassungen der Arbeitnehmerverbände, der Gewerkschaften wie der Arbeitgeberverbände zu unterrichten. Also wird man von der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Staates auch verlangen können, daß sie Verbindung mit privaten Stellen aufnimmt, um die Frage prüfen zu können, ob der private Unternehmer auf Grund der vorliegenden besonderen Bedingungen der Aufgabe besser geeignet zu werden vermag als der Staat.

Ein weiterer Punkt, der in diesem Zusammenhang von Bedeutung und in der Debatte auch angerührt worden ist, ist die Frage, **welche staatliche Stelle** sich mit der Prüfung der Verhältnisse und mit der Ausführung dieser Grundsätze beschäftigen sollte. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß im Ausland, in den romanischen Ländern sowohl wie insbesondere in den angelsächsischen, der Finanzminister eine bedeutend stärkere Stellung hat als gemeinhin in Deutschland und in den deutschen Ländern. Aber diese Verhältnisse sind historisch und politisch ganz anders gewachsen als die unseren. Bei uns könnte man für den **Finanzminister** und für die Vorhand, die man ihm vielleicht würde zubilligen wollen, in der Hauptsache ins Treffen führen, daß er in Bayern über eine ausgezeichnete und schlagfertige Verwaltung verfügt, aus deren Menschenmaterial er eine Auswahl treffen kann, die nicht jedem anderen Verwaltungszweig und nicht jedem anderen Ministerium möglich ist. Auf der anderen Seite wird man sagen müssen, daß in einem Ministerium, das in erster Linie Aufgaben der Staatsfinanzen auszuführen hat, eine gewisse Tendenz zur fiskalischen Seite niemals wird außer acht gelassen werden dürfen.

Nun haben wir in Bayern ein Organ geschaffen, das sich speziell mit der Überwachung von Bürgschaften beschäftigen soll und das man vielleicht in diesem Rahmen noch wesentlich stärker einschalten sollte, als es bisher geschehen ist, das ist

die **Landesanstalt für Aufbaufinanzierung**. Ich bin überzeugt, daß man mit Hilfe dieser Anstalt in vielen dieser Fragen, in vielen der strittigen Punkte, auch vielleicht im Zusammenhang mit der Frage der Filmbürgschaften zu wesentlich besseren und günstigeren Ergebnissen käme, als das bisher der Fall war. Denn bisher hat man sich doch gerade bei den Filmkrediten nicht auf das verlassen und gestützt, was der Staat selbst oder eines seiner Organe fachlich weiß und erfahren hat, sondern man hat sich auf Wirtschaftsprüfungsgesellschaften gestützt; wie ich höre, ist in einem Fall sogar ein Strafverfahren gegen einen solchen Wirtschaftsberater eingeleitet worden, der eben den Anforderungen nicht genügt hat. Wenn man die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung in dem von mir angedeuteten Sinne ausbauen könnte, könnte man, glaube ich, vielen dieser besonderen Schwierigkeiten begegnen.

Ich darf noch einmal darauf zurückkommen, daß nach den Grundsätzen des Gemeindegewirtschaftsrechts der **öffentliche Zweck** ein staatliches Unternehmen rechtfertigen muß. Der öffentliche Zweck bedeutet nicht etwa einen finanziellen oder fiskalischen Zweck, jedenfalls nicht nach meiner Auffassung, sondern ein öffentlicher Zweck kann in diesem Sinne nur ein Zweck sein, der der Gesamtheit dient, der also weder von privatwirtschaftlichen Überlegungen ausgeht, obwohl auch diese in der Durchführung notwendigerweise eine Rolle spielen müssen, noch von fiskalischen Überlegungen darüber, was vielleicht aus der Monopolstellung oder aus der unternehmerischen Beteiligung des Staates herauszuholen wäre. Ein öffentlicher Zweck ist der, der ausschließlich das **Interesse der Gesamtheit der Volkswirtschaft** im Auge hat. Insofern muß man allerdings die Grundlinien der gesamten Wirtschaftspolitik, von denen heute morgen Herr Kollege Dr. Baumgartner gesprochen hat, im Auge behalten und darf nicht vergessen, daß das nur ein Ausschnitt ist aus einem Zusammenwirken, aus einer Zusammenarbeit von finanziellen, von kreditären, von sozialpolitischen, von wirtschaftspolitischen Momenten und Überlegungen aller Art.

Ich glaube, daß unsere deutschen Gemeinden mit den in langen Jahrzehnten herausgearbeiteten Erfahrungssätzen, die ich vorhin angeführt habe, keine schlechten Erfahrungen gemacht haben. Auch der Staat wird sie nicht machen.

Mein Kollege Dr. Guthsmuths hat vorhin kurz auf die Notwendigkeit hingewiesen, vor allen Dingen auch den Weg zu vereinfachen, den der Staat bei diesen Dingen geht. Eine solche **Vereinfachung** wäre sicherlich möglich. Sehen Sie sich nur einmal den siebenstufigen Instanzenweg der Kreditgewährung an!

(Abg. Dr. Strosche: Richtig!)

Nach einer solchen Vereinfachung werden wir zu Ergebnissen kommen, die uns bei der bayerischen Haushaltsgestaltung befriedigen werden und die damit auch der privaten Wirtschaft geben, was ihr auch nach den Worten des Herrn von Knoeringen vorbehalten bleiben muß; damit wird der Aufbau der

(Dr. Eckhardt [BHE])

Wirtschaft aus der Initiative des einzelnen ermöglicht, nicht gegen den Staat, aber mit der Hilfe des Staates und unter einer planenden Lenkung, die selbstverständlich nicht bedeutet, daß der Staat Unternehmen dieser Art selbst übernehmen sollte oder dürfte.

(Beifall bei SPD, BHE und FDP)

Vizepräsident Hagen: Als nächster Redner ist gemeldet der Herr Abgeordnete Elsen. Ich erteile ihm das Wort.

Elsen (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege von Knoeringen hat in der Ehrlichkeit, die ihn auszeichnet, und in dem Glanz seines Talents gestern die Interpellation der Sozialdemokratischen Partei begründet. Die Interpellation und die Aussprache über sie hat in verschiedener Richtung, glaube ich, klärend gewirkt. Sie hat einmal den Stand der Angelegenheit geklärt, die unter dem Kapitel Wirtschaft und Staat in Bayern zusammengefaßt werden können, dann aber auch den Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei, wie sie sich zu wirtschaftspolitischen und zu staatspolitischen Fragen verhält. Herr von Knoeringen hat den ganzen Ernst der Situation geschildert, in dem sich die modernen Staaten befinden infolge der Tendenz, die Macht des Staates mehr und mehr zu vergrößern. Ich glaube, daß wir mit dem Herrn von Knoeringen einig gehen können, daß diese Macht des Staates irgendwo Grenzen finden muß.

Diese Sorge ist nicht immer gleichzeitig eine Kritik. Diese Sorge bewegt zweifellos weite Kreise der Wirtschaft. Und aus dieser Sorge heraus haben wir im **Wirtschaftsbeirat der Union** über dieses Problem diskutiert. Bei der Diskussion dieses Problems, das sehr heikel ist und wirklich alle Zweige der Wirtschaft, aber auch den Staat in seiner Gesamtheit angeht, muß man sich auf allen Seiten vor Übertreibungen hüten. Die kräftige Sprache im Brief des Herrn Dr. Seeling wäre, wenn sie gemäßiger gewesen wäre, sicherlich von größerer Wirkung gewesen. Manches Wort, das heute von dieser Tribüne aus gesprochen worden ist, hätte, wenn es der Übertreibungen entbehrte, viel, viel mehr an Wirkung besessen.

Herr von Knoeringen hat an einer Stelle seiner Rede gesagt, daß gewisse Persönlichkeiten dieses Hohen Hauses als Vertreter der Opposition in der Durchführung ihrer Aufgabe, nämlich der Kontrolle der Maßnahmen der Staatsregierung, **Anlaß zur Kritik** gehabt hätten. In dieser Art sei die Kritik berechtigt. Soweit mir bekannt ist, hat in diesem Sinne unser Kollege Dr. Bungartz in diesem Hause eine schärfere Kritik geübt. Ich habe außerhalb des Hauses auf diese Sorge hingewiesen. Ich glaube, Herr Kollege von Knoeringen hat es nicht so ernst gemeint, mich zur Opposition zu zählen.

(Zuruf links: Doch!)

Denn ich fühle mich der Opposition nicht zugehörig.

(Zuruf von der BP: Gott sei Dank!)

Das Recht zur Sorge und zur Kritik ist nach meiner Ansicht nicht nur ein Recht der Opposition, sondern auch ein Recht der Regierungsparteien.

(Zuruf: Darüber kann man streiten, Herr Kollege!)

Wenn diese Sorge und Kritik aus den Reihen der Regierungsparteien kommt, sollte sie um so schwerer wiegen.

An einer anderen Stelle hat Herr von Knoeringen ein Wort gesprochen, das ich nicht unwidersprochen lassen kann. Er sagte, es sei leider festzustellen, daß unter den heutigen Verhältnissen die **Theorie** unseren Politikern die Voraussetzungen zu liefern nicht imstande ist und wir deshalb vielfach gezwungen sind, aus der Situation heraus zu entscheiden. Das letztere stimmt. Denn die deutschen Parlamente und die deutschen Regierungen sind in Situationen gekommen, in denen sehr rasch entschieden werden mußte. Ich erinnere Sie an das Jahr 1948 mit der Währungsreform, ich erinnere Sie an das Jahr 1950 mit der Pfundabwertung und wie alle diese Dinge gelautet haben. Aber ganz so ist es, glaube ich, nicht. Ich kann die Auffassung des hochverehrten Herrn Kollegen von Knoeringen von seinem Standpunkt aus vollständig verstehen, und zwar deshalb, weil der **wissenschaftliche Sozialismus** versagt hat. Das ist eine Tatsache, die auch von niemandem aus Ihrem Lager geleugnet wird und die in ausgezeichneter Weise einer Ihrer Parteigenossen, nämlich der hochverehrte frühere Herr Staatsminister der Finanzen, Herr Dr. Zorn, im Jahre 1948 auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Düsseldorf dargestellt und begründet hat. Es ist nichts mehr übriggeblieben von Marx, von Kautsky und vom Erfurter Programm.

(Abg. Dr. Franke: — als die historische Leistung!)

— Das gebe ich Ihnen ohne weiteres zu: als die historische Leistung. Das ist ein Stück Wirtschaftsgeschichte geworden.

Außerhalb des sozialistischen Lagers sehen die Dinge wesentlich anders aus. Hier haben sich Theorie und Praxis ergänzt. Es war mir außerordentlich interessant, zu sehen, wie stark Theorie und Praxis ineinandergreifen, als die Gespräche über das Gesetz über die Mitbestimmung in Fluß kamen. Damals kam der Gedanke des Schiedsmanns, der dann im Mitbestimmungsrecht verankert wurde, aus den Kreisen der Wissenschaft. Ich glaube, daß gerade hier die Wissenschaft mit grundlegende Arbeit geleistet hat, und wir in Bayern haben Anlaß, stolz auf diese volkswirtschaftliche Wissenschaft zu sein, wenn ich Ihnen Namen nenne wie Adolf Weber oder Terhalle oder Bernhard Pfister. Ich glaube also, daß man nicht sagen kann, die Theorie habe den Politikern nichts gegeben. Man muß im Interesse der Wissenschaft diese Dinge klarstellen.

Der **freiheitliche Sozialismus**, wie er von **Dr. Rudolf Zorn**, ich möchte fast sagen, proklamiert wurde, der den Bruch herbeigeführt hat mit dem Fortschritt des Irrtums, ist, glaube ich, gar nicht mehr so weit weg von der sozialen Marktwirt-

(Elsen [CSU])

schaft, wenn man einmal die Dinge Schritt für Schritt vergleicht. Wenn Sie Schriften des Hamburger Senators Schiller lesen, so ist es erfreulich, festzustellen, welche Erkenntnisse auch er auf volkswirtschaftlichem Gebiet gefunden hat. Auf eines allerdings bin ich sehr neugierig, auf sein kommendes Buch über die Kreditpolitik. Denn hier, glaube ich, werden sich vielleicht die Geister scheiden.

(Abg. Dr. Haas: Doch noch!)

Zwei Dinge möchte ich aus der seinerzeitigen Rede des Herrn Finanzministers Dr. Zorn anführen, die im Zusammenhang stehen mit der Frage des Staates und des wirtschaftenden Staates. Er hat damals vier Postulate aufgestellt. Zwei dieser Postulate sind, glaube ich, aus sämtlichen Reden, die hier gehalten wurden, herausgeklungen: Das eine war die **Forderung auf gleiche Chance** für jedermann. Wenn man diese Forderung auf gleiche Chance für jedermann bejaht, dann ist ganz klar, daß man eine Grenze für das Wirtschaften des Staates findet. Und eine zweite Forderung, glaube ich, wird von Ihnen nicht bestritten werden, das ist die **Forderung auf Konsumfreiheit**. Dazu sagt Dr. Zorn so schön: „Die vierte Forderung, die die Menschen an die Neuordnung stellen, ist die Konsumfreiheit. Man versteht darunter die Freiheit, kaufen zu können, was einem beliebt und nicht, was eine staatliche Planungsstelle zu kaufen vorschreibt.“ Wenn Sie sich bei der Frage des Schulbuchverlags dieses Postulat Ihres Genossen Zorn zu eigen machen, dann, so bin ich überzeugt, sind Sie von unserem Standpunkt nicht mehr weit entfernt.

(Abg. Dr. Haas: Wird immer besser!)

Es wäre ja notwendig, daß man — aber das wird ja im Rahmen der Haushaltsberatungen geschehen — auf einige Dinge in diesem Zusammenhang eingeht und einige praktische Sorgen aufzählt. Verfolgt man beispielsweise einmal, soweit aus den Haushaltsplänen etwas zu entnehmen ist, wie sich der **landwirtschaftliche Grundbesitz des bayerischen Staates** vergrößert hat, dann muß man sich ernsthaft fragen, ob diese zugekauften Güter, ob diese ausgebauten Domänialwirtschaft tatsächlich für Lehr- und Musterbetriebe notwendig sind. Ich glaube, das freiwillige Angebot des Herrn Landwirtschaftsministers, Staatsgüter für die Siedlung abzugeben, hat schon deutlich gezeigt, daß hier das eine oder andere des Guten zu viel geschehen ist. — Oder etwas anderes: Im vorigen Jahr hat der bayerische Staat 1000 Hektar **Wald** an irgendeiner Stelle in Bayern gekauft. Ich weiß nicht, ob es richtig war, diesen Wald anzukaufen und ob man die Mittel nicht für etwas anderes zweckmäßiger verwendet hätte. Es kann eine Begründung dafür geben, daß man Wald kauft, vielleicht: um die Wald- und Weidewirtschaft zu fördern oder das eine oder andere. Aber ich glaube, es wäre für den Landtag doch interessant, daß man, bevor so große Objekte erworben werden, mit ihm Fühlung nimmt.

(Abg. Bezold: Das meine ich auch!)

Eine andere Sorge: Der Herr Staatsminister der Finanzen hat uns in freundlicher Weise die Ziffern von der **Landesbodenkreditanstalt** mitgeteilt: daß sich hier das Kapital wesentlich erhöht hat, daß bis zum Beginn des Rechnungsjahres 1952 513 Millionen D-Mark zugeflossen sind. Es ist klar, daß dann, wenn eine einzige Stelle im Staat — ich gebe zu, daß die Aufgaben das vielleicht erheischen können — derart große Summen bekommt, Mißtrauen in der Öffentlichkeit entstehen und auch die Sorge kommen muß, daß sich hier, ich möchte fast sagen, ein **Hypothekenmonopol** bildet. Die Worte, die der Vorstand der Süddeutschen Bodenkreditbank, Dr. Wolf, auf der Generalversammlung gefunden hat, waren nicht so unberechtigt. Diese Sorge ist, glaube ich, auch einmal der Prüfung durch den Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags wert.

So wäre eine Reihe von Dingen aufzuführen, bei denen man mit Sorge die Entwicklung betrachtet. Wenn wir aber auf der einen Seite diese Sorge aussprechen und die Kritik daran knüpfen, dann ist es auch unsere Aufgabe, nach Wegen Umschau zu halten, wie wir es besser machen können. Sehr einfach ist es, zu sagen, dies und jenes paßt uns im Staate nicht, und es ist sehr einfach, dem Staat Staatskapitalismus vorzuwerfen. Es ist aber dann gleichzeitig notwendig — wenn man ein fairer Partner ist —, daß man Wege aufzeigt. Unser Kollege Dr. Eckhardt hat in einer dankenswert sachlichen Weise diese Wege aufgezeigt. Ich möchte sie um einige ergänzen. Die Diskussion um die Staatsbetriebe in Bayern hat ja schon den einen oder anderen Weg ahnen lassen. Kollege Beier hat meinen Vorschlag im Haushaltsausschuß aufgegriffen und gefragt, ob es nicht zweckmäßig wäre, für die einzelnen Staatsbetriebe und Beteiligungen **Referenten aus dem Landtag** aufzustellen. Ich glaube, das wäre eine sehr vernünftige Kontrollmöglichkeit nach der einen und nach der anderen Seite: Wir sehen nämlich dann auf der einen Seite ohne weiteres, wo sich der Staat vielleicht etwas unter den Nagel schlägt, was ihm nicht zusteht, und wir sehen auf der anderen Seite, wo ein Notstand vorliegt und die Wirtschaft diesen Notstand nicht beheben kann und wo von Staats wegen berechtigterweise geholfen wird.

Ein zweites wäre die **Überprüfung der Einzelbetriebe und der Beteiligungen** des bayerischen Staates. Ich habe seinerzeit bei dem Antrag aus dem Jahr 1951, der sich mit den **staatlichen Betrieben und Beteiligungen** befaßt, geglaubt, man käme damit zu einer Überprüfung des ganzen Fragenkomplexes. Das bayerische Staatsministerium der Finanzen hat sich aber die Beantwortung der Anregung fast zu einfach gemacht. Es hat sich auf die rechtlich unselbständigen Betriebe des bayerischen Staates beschränkt, es hat nicht die rechtlich selbständigen Betriebe und die Beteiligungen mit herangezogen, obwohl der damalige Antrag auch die Beteiligungen betraf. Man muß einmal diese Beteiligungen und die Unterbeteiligungen einer Überprüfung unterziehen. Dann könnte sich herausstellen, daß das eine oder andere vielleicht nicht nötig, das eine oder andere vielleicht aber notwendig ist.

(Elsen [CSU])

Als Drittes möchte ich vorschlagen, zu prüfen, ob es nicht sinnvoll wäre, wenn ein Ausschuß des Bayerischen Landtags — das kann der Haushaltsausschuß oder der Kreditausschuß sein — einmal die **Unterbeteiligungen der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung** etwas näher ansähe. Denn ich kann mir vorstellen, daß die Betriebe, die saniert worden sind, dann auch langsam abgestoßen werden müssen.

(Sehr richtig!)

daß man hier mit einem gelinden Druck dem, ich möchte sagen, Bedürfnis der Bürokratie, die Betriebe zu halten, etwas nachgeht.

Das ganz kurz als ein paar Anregungen zu diesem Problem. Ich glaube aber, daß eine Frage, die heute hier im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik hätte diskutiert werden müssen, nicht diskutiert worden ist, auf die der Bayerische Landtag immer und immer wieder hinweisen möchte, das ist die Frage der **religionalen Wirtschaftspflege**. Am gestrigen Tag ist in Bonn etwas passiert, was für uns von ganz ausschlaggebender Bedeutung ist. Man hat über das **Bundesnotenbankgesetz** gesprochen und in der Mehrheit die Auffassung vertreten, es müsse ein zentrales Notenbanksystem kommen und man sollte sich von dem System regionaler Landeszentralbanken abwenden. Der Herr Abgeordnete Seuffert von der SPD hat sogar erklärt, „entgegen der Staatsbank in England sei der SPD eine starke Notenbank und ein schwacher Staat immer noch lieber als umgekehrt“. Das ist eine sehr scharfe Formulierung. Wenn man weiß, wie wichtig das Instrument der Landeszentralbanken ist für die gesamte Wirtschaft und für die regionale Wirtschaft in Bayern speziell, dann kann ich den Standpunkt des Abgeordneten Seuffert und der SPD-Fraktion in Bonn überhaupt nicht verstehen. Gerade der Abgeordnete Seuffert hätte sich als bayerischer Abgeordneter der Lösung des Bundesfinanzministeriums, die regionale Landeszentralbanken will, anschließen müssen, und zwar im Interesse der bayerischen Wirtschaft.

(Zurufe)

Ich glaube, daß diese Zweigleisigkeit in der Politik: in Bayern föderalistisch und in Bonn zentralistisch, auf die Dauer nicht haltbar sein dürfte.

(Zurufe, darunter Abg. Dr. Korff:
Schäffer! — Beifall)

— Wenn der Herr Kollege Korff mir „Schäffer“ zuruft,

(Abg. Dr. Korff: Der kann das genau so gut,
und besser!)

dann kann ich ihm sagen, daß die bayerische CSU auch gegenüber dem Herrn Bundesfinanzminister Schäffer ihren Standpunkt vertreten hat.

(Abg. Dr. Korff: Und nie durchsetzt!)

Ich glaube, daß die bayerische CSU

(Zuruf des Abg. Dr. Baumgartner)

deutlich und klar und mit Erfolg gezeigt hat, Herr Kollege Dr. Baumgartner, daß sie ihren Standpunkt vertritt.

(Abg. Dr. Baumgartner: In einigen Fällen!)

Denn, glauben Sie, daß der Herr Finanzminister so aus der „la main“ heraus auf die 44 Prozent verzichtet hätte und jetzt nur mehr von 40 Prozent sprechen würde,

(Abg. Dr. Baumgartner: Warum — — ?!)

— nur langsam! — wenn nicht die bayerische CSU ihm entgegengetreten wäre?

(Zuruf des Abg. Dr. Baumgartner)

Ich glaube, daß das Problem der Bundesnotenbank so wichtig ist, daß wir unsere Kollegen von der Sozialdemokratischen Partei bitten müssen, das, was wir mit dem Herrn Bundesfinanzminister gemacht haben, ihrerseits auch mit ihren Vertretern im Bundestag zu machen, nämlich mit ihnen zu sprechen und sie zu überzeugen, daß bezüglich der Bundesnotenbank die Regelung auf regionaler Basis für Bayern unumgänglich notwendig ist.

Es wäre so reizvoll gewesen, auf die Worte des Herrn Kollegen Drechsel noch einzugehen, der am Schluß seiner Rede, ich möchte beinahe sagen, das Kätzchen aus dem Sack gelassen hat, aber ich möchte mir das versagen. Wenn er mich als Wolf im Schafspelz bezeichnet hat, dann kann ich nur sagen: Es ist mir lieber, dies zu sein, als umgekehrt.

(Heiterkeit)

Wenn diese Frage: Staat und Wirtschaft kontinuierlich, auch anlässlich der Haushaltsberatungen des Bayerischen Landtags, immer wieder behandelt wird, wird es nicht dazu kommen, daß man eines Tages der bayerischen Staatsregierung den Vorwurf des Staatskapitalismus machen kann. Aber es ist notwendig, daß der Landtag wachsam ist. Es ist notwendig, daß wir die Bürokratie laufend überprüfen. Dann glaube ich, wird sich auch das Verhältnis von Staat und Wirtschaft nach den Grundsätzen regeln lassen, in denen das Hohe Haus nach meinem Eindruck weitgehend einig ist.

(Beifall bei der CSU)

Vizepräsident Hagen: Zur Geschäftsordnung hat sich der Herr Abgeordnete Kiene gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Kiene (SPD): Meine Damen und Herren! Es wäre zu überlegen, in welcher Weise die Verhandlungen fortgeführt werden. Morgen soll die Haushaltsrede des Finanzministers sein. Es wäre jetzt schon, ehe verschiedene Kollegen abreisen, zu überlegen, ob wir nächste Woche ebenfalls Plenum halten. Die Behandlung der Gegenstände in den Ausschüssen kann vielleicht eine Woche aufgeschoben werden, nicht aber die lange Tagesordnung, die noch nicht erledigt ist. Ich möchte daher die Fraktionen bitten, sich untereinander zu besprechen, um vielleicht heute noch zu beschließen, ob in der nächsten Woche ab Dienstag Plenum abgehalten wird.

(Abg. Dr. Lacherbauer: Das muß spätestens heute geschehen; sonst kann ich nicht zur Ausschußsitzung einladen.)

Vizepräsident Hagen: Ich habe vorhin mit Herrn Präsident Dr. Hundhammer gesprochen. Er ist auch der Auffassung, daß wir in der nächsten Woche Plenum halten sollen. Ich darf vorschlagen: Das Haus beschließt, daß ab nächsten Dienstag 15 Uhr Plenarsitzung stattfindet. — Ist das Hohe Haus damit einverstanden? — Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist dann so beschlossen.

Es folgt der Herr Abgeordnete Haußleiter.

Haußleiter (fraktionslos): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Im alten Athen war es üblich, daß man nach einer besonders bemerkenswerten Rede den Redner lebenslänglich im Prytaneion auf Staatskosten hat verpflegen lassen. Das hatte seine Vorzüge, der wichtigste Vorzug aber war der, daß eine solche Rede nicht vergessen worden ist. Ich möchte fast sagen: Wir vermissen diese Einrichtung im Lande Bayern; denn die Rede unseres Kollegen von Knoeringen verdient es durchaus, längere Zeit in unserer Erinnerung zu bleiben, und zwar aus mehreren Gründen.

Zunächst einmal hat er das große Verdienst, uns einen gewissen inneren **Konflikt zwischen den Ministern und ihrer Bürokratie** bekanntgemacht zu haben, auf dem Umweg über die Erklärungen des Herrn Wirtschaftsministers Seidel. Dr. Seidel hat geschildert, wie seine Sachbearbeiter oder die des Finanzministeriums auf politische und wirtschaftliche Expansion bedacht sind, wie sie den Besitz des Staates mehren und — wenn ich ihn richtig verstanden habe — dadurch den Spielraum der Wirtschaft einschränken wollen. Er hat auf diese Weise sichtbar gemacht, daß hinter der Debatte von heute nicht bloß allgemeine Doktrinen stehen, sondern ein sehr ernsthafter Vorgang: Sachbearbeiter in den Ministerien sind für Ausweitung der Staatswirtschaft, und wir haben unsere Minister — so habe ich ihn wohl verstanden — darin zu unterstützen, solche expansive Tendenzen einzuschränken.

Das zweite, was die Interpellation sichtbar gemacht hat, waren sehr interessante **Spannungen zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Finanzministerium**. Ich glaube nicht, daß diese Spannungen daher kommen, daß an der Spitze des einen Ministeriums ein SPD-Mann und an der Spitze des anderen Ministeriums ein CSU-Mann steht, sondern ich glaube, sie kommt vor allem aus den verschiedenen Aufgaben dieser Ministerien. In dem einen Ministerium wird wirtschaftspolitisch, im anderen fiskalisch gedacht. Wenn ich die leisen Andeutungen des Herrn Wirtschaftsministers und des Herrn Abgeordneten Guthsmuths, der ja auch im Wirtschaftsministerium tätig ist, richtig verstanden habe, dann wünscht man im Wirtschaftsministerium, daß das Finanzministerium weniger fiskalisch und mehr wirtschaftlich denkt. Es ist auch für uns als Zuhörer und Betrachter der Entwicklung und der Regierungspolitik in Bayern ganz interessant, daß solche Gespräche offenkundig im Kabinett geführt werden müssen. Wir haben der Interpellation dankbar zu sein, daß diese Gespräche aus der Enge des Kabinetts, in das wir keinen Einblick

haben, auf die breitere Plattform des Parlaments hinausverlegt worden sind.

Ein dritter Grund für die Beachtung der Rede des Herrn von Knoeringen: Er hat sich mit aller Intensität von der Verstaatlichung der Wirtschaft distanziert. Das ist für uns sehr wesentlich. Ich habe allerdings den Passus sehr aufmerksam gelesen, wo er von der **Sozialisierung der Grundstoffindustrien** gesprochen hat. Da ist er ein wenig weich und nachdenklich — ich weiß nicht, ob der Vergleich mit der Katze und dem heißen Brei parlamentarisch erlaubt ist — an den schwierigen Problemen, die darin liegen, teils überhaupt, teils für ihn persönlich, herumgegangen. Dann darf ich sagen: Ich vermissen vielleicht noch eines, nicht nur bei dem, was er sagte, sondern bei dem, was die SPD heute überhaupt sagt, bei dem, was Herr Dr. Nölting sagt. Sie sagen wohl, wir sind nicht mehr doktrinaire Marxisten, nicht mehr Gralshüter einer Doktrin, aber Sie sagten viel zu wenig genau, was Sie nun konstruktiv und positiv wollen. Herr von Knoeringen sagt etwa: Hier müßte erst nachgedacht werden; hier müßte erst durch Wissende ein Plan entwickelt werden. Da ist, darf ich sagen, die SPD offenkundig in einer nicht ganz einfachen Lage. Sie ist mehr eine Partei der Suchenden als eine Partei der Wissenden. Das widerspricht aber dem Wesen einer politischen Partei. Sie kann sagen: Wir sind gute Leute; sie kann aber nicht sagen: Wir suchen; das müßte irgendwer für uns tun, zum Beispiel kluge Leute, die noch nicht vorhanden sind, offenkundig auch in den Reihen der SPD nicht — ich meine auf diesem Gebiet. Die Wissenden sind also offenkundig noch nicht zur Stelle. Und von da aus gesehen ergibt sich der ganze Umfang der Problematik dieser Debatte. Wie sieht sie aus? Ich glaube, ein paar einfache Grundsätze sollten gesagt werden können.

Zuerst einmal folgender: Das **Prinzip des Liberalismus** ist heute unter keinen Umständen durchführbar oder anwendbar. Wir erleben, daß der Wirtschaftsminister von Bonn ein Prinzip verkündet, gegen das seine eigene Regierung aus dem Zwang der Verhältnisse fortgesetzt verstößt und das die bayerische Landesregierung unter keinen Umständen durchführen kann und — wenn ich Seidel richtig verstanden habe — auch nicht durchführen will. Nun darf ich zunächst einmal eines sagen: Das ist für eine Regierung eine geradezu tragische Lage. Wissen Sie, warum? Im Grunde ist der Liberalismus das Prinzip der Planlosigkeit, das Prinzip des entfesselten, des ungehemmten Egoismus mit der optimistischen Lehre: Wenn jeder so egoistisch ist, als es geht, stimmt der Egoismus aller wieder überein, es gibt sozusagen eine prästabilisierte Harmonie des Egoismus. Das ist doch die liberale These.

(Abg. Dr. Haas: Wo Sie es nur herhaben?!)

Nun haben Sie folgende Erfahrung: Der Liberalismus verkündet die Planlosigkeit als oberstes Prinzip. Eine Regierung hebt sich von selber auf, wenn sie die Planlosigkeit zum Prinzip erhebt. Eine liberalistische Regierung ist im Grunde ein Wider-

(Haußleiter [fraktionslos])

spruch in sich selbst. Dann brauchen wir sie nämlich überhaupt nicht.

(Zurufe, darunter Abg. Bezold: Das haben wir schon einmal gehört! — Abg. Dr. Korff:

Wo leben Sie denn? Das ist 1850!)

— Nein, Herr Kollege Korff: Erhard ist 1850, und deshalb müssen wir die Diskussion von 1850 mit der FDP leider durchführen.

(Heiterkeit)

Nun macht die Regierung folgendes: Sie plant, aber sie plant nur aus dem Augenblick heraus. Wo irgendwo ein Loch ist, wenn irgendwo ein Dammbruch droht, wird ein wenig geflickt, wird ein wenig notdürftig eine Augenblicksmaßnahme getroffen. Das ist das Prinzip der heute

(Abg. Dr. Haas: Wo er das nur herhat? —

Abg. Bezold: Vom Hitler!)

vor uns stehenden sozialen Marktwirtschaft.

(Abg. Dr. Korff: Und daher kommt das deutsche Wunder!)

— Das deutsche Wunder ist die Folge der Rüstungskonjunktur. Ich bin bereit, mich auch darüber zu unterhalten. Aber nun darf ich folgendes sagen: Aus der **Theorie der Planlosigkeit** entspringt eine unerhörte Unsicherheit des Einzelmenschen, der im Wirtschaftsprozeß tätig ist. Der weiß nicht, habe ich morgen noch Arbeit, weil die Konjunktur andauert, oder habe ich morgen keine Arbeit, weil ich dem Rhythmus der Krisen, die ich nicht überblicken kann, ausgeliefert bin. Was entsteht nun, was ist die Alternative? Ich mache Sie auf diesen Tatbestand aufmerksam. Sie haben eine ganz einfache Alternative: Entweder Sie geben dem einfachen schaffenden Menschen das Gefühl der sozialen Sicherheit oder Sie erleben, daß er nach irgendwem aufblickt und sagt: Wer gibt mir diese Sicherheit?

(Zuruf: Herr Haußleiter! — Heiterkeit)

Anders ausgedrückt: Entweder Sie schaffen eine durchgeordnete, systematisch durchdachte Methodik der sozialen Sicherheit oder Sie erleben mit absoluter Gewißheit den totalitären Staat. Es gibt nur das eine oder das andere. Der Liberalismus aber ist die Mutter des totalitären Staates. Deshalb behaupte ich, daß dieses Problem, das Herr von Knoeringen angeschnitten hat, bis an das Zentrum der staatlichen, nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Dinge durchaus hinreicht.

Und nun kommt die **marxistische These**, die Urthese, die etwa über die Verstaatlichung der Wirtschaft die Sicherheit schaffen will. Hier gerate ich in eine sehr große Schwierigkeit; denn ich muß hier Marx gegen seine Schüler in etwa in Schutz nehmen. Es ist das ein sehr interessanter Vorgang. Marx sagt nämlich: Diese Ordnung der sozialen Sicherheit kann nur bewerkstelligt werden vom Proletariat aus durch die Beseitigung der Nutznießer des Chaos. Das ist, ein wenig vereinfacht, im Grunde seine These. Zu diesem Zweck, sagt er, muß es ein **Übergangsstadium** geben, nämlich das Regime der Funktionäre, das heißt die Diktatur des

Proletariats mit Hilfe der Funktionäre. Nun aber kommt der ungeheure Rechenfehler bei Marx. Er sieht folgendermaßen aus. Marx ist in seiner Doktrin ursprünglich Demokrat oder ist es sogar überhaupt, und er sagt, diese Zwischenphase der Diktatur des Proletariats auf dem Wege über die Funktionäre muß nach Erreichung ihrer Ziele abgebaut werden, sie darf nur eine Übergangsphase sein und dann kommt die demokratische Endlösung. Hier haben wir die ausgesprochene Fehlrechnung von Marx, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde: Wenn eine Gruppe, gleich welcher Art, die Macht hat, wird sie nicht geneigt sein, die Macht wieder aus der Hand zu geben. Betrachten Sie nur die Wahlrechtsdiskussion in Bonn, dann erleben Sie das selbst, fast hätte ich gesagt, auf der demokratischen Ebene. Erst recht ist das aber dort der Fall, wo Funktionäre in einer Diktatur des Proletariats die totalitäre Macht haben, wo die politische und die wirtschaftliche Macht sich in einer Hand befinden. Dies ist die ungeheure Schwierigkeit.

Und nun folgendes: Der Mensch von heute ist in eine fast tragische Alternative hineingespannt. Er weiß genau, das liberalistische Prinzip ist nicht annehmbar, es stammt aus dem Jahre 1850, und er weiß auf der anderen Seite, die **wachsende Macht der Funktionäre** ist nicht mehr abzubauen, wenn sie einmal die Macht haben. Die Macht der Funktionäre wächst selbst in den Ministerien, auch des bayerischen Staates, was uns ja der Herr Wirtschaftsminister bestätigt hat. Was glauben Sie, wenn schon unsere Ministerialräte eine expansive Machtpolitik treiben, was geschieht erst dann, wenn echte Machtpolitiker die gleichen Positionen in der Hand hätten! Ich halte nämlich die Ministerialräte in Bayern noch nicht für eine totalitäre Macht, bin aber überzeugt, daß es — und das muß einmal ausgesprochen werden — zum Beispiel in den Gewerkschaften und in der alten SPD solche Machtpolitiker gibt, die auf der Funktionärebene eine Erhöhung der Macht anstreben, die sie dann nicht mehr abgeben, wenn sie einmal diese Macht in der Hand haben. Das ist also die andere Seite der Sache.

Hier hat nun Herr von Knoeringen einen Mittelweg verraten.

(Zuruf: Die Deutsche Gemeinschaft will auch Macht!)

— Das gibt es überall, wo überhaupt Politik getrieben wird, weil Politik unter anderem die Regelung von Machtfragen ist. In der Tat ist hier das **Problem des notwendigen Mittelwegs** gegeben. Herr Staatsminister Dr. Seidel kommt mir manchmal so vor, als ob er diesen Mittelweg instinktiv finden würde. Der Staatsminister Dr. Seidel ist für uns in diesem Punkte sehr interessant. Er zieht die Grenze nach zwei Richtungen hin, und was er tut, ist gleichsam in diesem Fall der Weg eines vernünftigen Einzelgängers ohne Gesamtsystem und Gesamtplanung.

Von hier aus gesehen bin ich weiter der Überzeugung, es sind zwei Dinge notwendig, nämlich einmal eine **zentrale Lenkung** im Raum der heutigen Wirtschaft, die den Einzelmenschen vor sozialen Katastrophen bewahrt. Das ist unvermeid-

(Haußleiter [fraktionslos])

lich, das ist unbedingt notwendig, ohne dies geht es nicht. Und das andere ist ebenso notwendig, nämlich der **Abbau der Macht der Funktionäre** und die Stärkung der Position des Einzelmenschen.

Herr von Knoeringen hat von der notwendigen Unternehmerinitiative gesprochen. Wir sollten da noch etwas anderes hinzufügen, wir sollten hinzufügen die Arbeiterinitiative im Betrieb. Es gibt hierfür schon Systeme und Methoden, und man könnte sie das **Mitunternehmertum des Arbeiters** nennen. Der deutsche Arbeiter wird aber durch seine Funktionäre gleichsam innerlich unsicher gemacht. Man sagt ihm, mein lieber Arbeiter, das verstehst du nicht, das müssen wir an deiner Stelle machen. Er wird gleichsam als unfähig hingestellt. Hier muß nach meiner Überzeugung an die Stelle des absolut unmöglichen liberalistischen Prinzips und an die Stelle des mit Sicherheit überholten marxistischen Prinzips, das durch die Tatsache ad absurdum geführt ist, daß der Funktionär, der die Macht hat, sie nicht abzugeben gedenkt, ein organisch durchdachtes **genossenschaftliches Prinzip** im Betrieb gesetzt werden, wie es im gesunden Betrieb auf natürliche Weise vorhanden ist.

Viele Experimente sind in dieser Richtung heute schon da. Die Versuche mit dem Mitunternehmertum des deutschen Arbeiters gehen schon aus dem Laborversuch in die Praxis über. Übersehen Sie eines nicht: Wenn Sie die Freiheit des einzelnen einschränken, können Sie die Freiheit im Gesamten nicht haben. Deshalb müssen Sie versuchen, die vernünftige Unternehmerinitiative — ich meine nicht den Machtdrang irgendwelcher hochkapitalistischer Manager, die auf die Existenz marxistischer Manager angewiesen sind und umgekehrt; die bedingen sich gegenseitig —, die Freiheit des Unternehmers zu schützen und müssen neben ihn stellen die Sicherung der Initiative und die Betriebsbeteiligung des schaffenden Menschen im Betrieb. Anders kommen Sie aus dem Zirkel nicht heraus. Dann ist der Staat nicht mehr gezwungen, in der Form einzugreifen, wie das hier oder dort kritisiert wurde, weil dann in den Betrieben schon in höherem Maße eine **neue Form der Gemeinschaft** gegeben ist. Dann können auch die Debatten über die alten Doktrinen abgebrochen werden; denn sie sind überflüssig geworden, weil sie durch eine neue, echte, lebendige Demokratisierung unserer Wirtschaft überholt sind. Das mag aus Anlaß dieser Debatte ein wenig theoretisch klingen. Ich wollte das aber kurz sagen, nachdem zur Praxis der Staatskredite mir im einzelnen nicht allzu viel gesagt worden zu sein scheint.

Die **Filmdebatte** wird allmählich zu einer tibetanischen Gebetsmühle im Bayerischen Landtag. Wir haben sie heute zum dritten oder vierten Male durchgedreht. Ich habe weder in dem, was die Vorkämpfer einer andersartigen Kontrolle dieser Bürgschaften, noch dem, was der Herr Finanzminister gesagt hat, sehr viel an neuen Ideen erkennen können. Wir haben seinerzeit ja selbst diese Debatte eingeleitet, und ich bedauere ein wenig, daß sie nun statt in einem Untersuchungs-

ausschuß, wo sie ihren Platz gehabt hätte, wie ein Bumerang immer wieder in dieses Parlament zurückkehrt. Hätten sich damals alle Mitglieder der Bayernpartei bei der Abstimmung zu der Notwendigkeit dieses Untersuchungsausschusses bekannt, dann hätten wir die nach der Verfassung notwendige Zahl von Abgeordneten für die Einsetzung dieses Ausschusses gehabt. Es ist deshalb in hohem Maße bedauerlich, daß Herr Dr. Geislhöringer deshalb so oft zu uns über dieses Thema sprechen muß, weil seine Fraktion damals nicht die notwendige Geschlossenheit aufwies.

(Abg. Dr. Geislhöringer: Wissen Sie das genau?)

— Das weiß ich sehr genau; ich erinnere mich noch sehr wohl an die damaligen Vorgänge.

(Abg. Dr. Geislhöringer: Dann wissen Sie das besser als ich! Sie behaupten das einfach.)

— Nein, Sie können das ja leicht ausrechnen. Ihr seid 33, und wir 6 sind gestanden. Ich erinnere mich da noch sehr genau.

Aus der Debatte ergeben sich von da aus wirklich keine neuen Gesichtspunkte außer einem, den ich unterstreichen möchte. Es handelt sich dabei um die Anregung, die Herr Staatssekretär Dr. Guthmuths gegeben hat. Es hat gemeint, es wäre sehr gut, wenn die bayerische Regierung einen **Kreditbeobachter nach Bonn** senden würde. Ich behaupte, schon ein kluger Landrat weiß, daß er, wenn er bei den Ministerien herumläuft; mehr Gelder bekommt, als wenn er zu Hause sitzt. Ein kluges Land aber sollte wissen, daß man an der Quelle sitzen muß, wenn man den Rahm abschöpfen will. Das Land Hessen hat das erkannt. Das Land Hessen holt nach zuverlässigen Angaben an Krediten wesentlich mehr heraus als das Land Bayern.

Ich möchte mich aber nicht auf abwegige Themen begeben.

(Abg. Dr. Baumgartner: Das haben Sie schon längst getan!)

— Nein, Herr Kollege Dr. Baumgartner, aber ich bin bereit, Ihnen zu folgen.

(Heiterkeit)

Sehen Sie, es wird immer sehr lebhaft die Frage einer eigenen bayerischen Gesandtschaft oder Botschaft beim Vatikan diskutiert. Ich bin mir augenblicklich nicht ganz klar über die Rangstufe dessen, was eingerichtet werden soll. Ohne Zweifel können wir über diese Dinge eines Tages debattieren. Sie sollten aber in diesem Augenblick viel rascher der bayerischen Delegation in Bonn einen Kreditsächverständigen begeben; denn dann werden Sie mehr als bisher aus Bonn herausholen können. Das scheint mir eine vernünftige, sachliche und wesentliche Anregung, die aus dieser Debatte hervorgegangen ist.

Und nun darf ich zu dieser Debatte noch etwas sagen. Die Bayernpartei hat den Antrag gestellt, es solle die Antwort der Staatsregierung als unzureichend erklärt werden. Sie hat erklärt, sie entspreche nicht dem Willen des Hauses. Ich bin in diesem Falle in einer ungeheuer schwierigen Lage.

(Haußleiter [fraktionslos])

Ich kann dem **Antrag der Bayernpartei** nicht zustimmen, ich kann nicht — ich bitte das nicht als einen Anbiederungsversuch zu betrachten — gegen die Politik der Regierung in diesem Falle stimmen, und zwar aus einem ganz einfachen Grunde. Unsere Haltung ist eine durchaus verschiedene. Der Bayernpartei wird zu viel geplant, und uns wird zu wenig geplant. Wenn sich schon meine Kritik gegen die minimalen Ansätze von Planung, die heute bestehen, richtet, dann ist das unmöglich. Im Grunde genommen ist unsere bayerische Wirtschaftspolitik, wie die Debatte gezeigt hat, zu planlos.

Und nun habe ich noch eine Bitte an Herrn Kollegen Dr. Baumgartner. Er hat den Bericht eines nichtbayerischen Journalisten tragisch genommen, der ihm einen gewissen **Mangel an oppositioneller Intensität** vorgeworfen hat. Dazu darf ich sagen, daran ist Herr Kollege Dr. Baumgartner bis zu einem gewissen Grade selbst schuld; denn man kann eine echte Opposition nur treiben, wenn man die Regierung ablösen will, auf keine andere Weise. Dann greift man die Regierung mit einem klaren Ziel an und dann ist man gezwungen, seine Vorschläge so zu begründen, damit das, was man sagt, dann auch Stand hält, wenn man an die Regierung gekommen ist.

(Abg. Dr. Franke: Will er das etwa nicht?)

— Doch, aber ich behaupte, er kann es nicht.

(Große Heiterkeit — Abg. Dr. Haas: Wollen Sie es? — Abg. Dr. Baumgartner: Jetzt wird es humoristisch!)

— Herr Kollege Dr. Baumgartner, Sie haben heute vormittag selbst für Humor auf der Rednertribüne gesorgt.

(Abg. Dr. Baumgartner: Aber Zirkus haben wir hier keinen!)

Die Sache ist nun so: Es fehlt also ein Element des planvollen Angriffs. Ich habe den Eindruck, als hätte genau dieser nichtbayerische Journalist durch seine kritischen Bemerkungen die Bayernpartei zu intensiverer Opposition angestachelt.

(Zuruf von der BP: Dazu brauchen wir keinen Nichtbayern!)

Das wäre doch von mir aus gesehen geradezu ein paradoxer Vorgang, wenn nun die Bayernpartei heftigere Opposition auf Grund der Einwände eines nichtbayerischen Journalisten machen würde.

(Heiterkeit)

Hier kann ich mich nicht anschließen.

(Zuruf von der BP: Das wollen wir gar nicht!)

Abschließend darf ich folgendes sagen: Die Dinge werden — das ist kein Nachteil — im bayerischen Parlament auch einmal mit einigem Lachen und Humor dargestellt. Aber sehen Sie im Hintergrund die tragische Alternative, die dahintersteht, und wie sieht sie aus? Das **Problem der Machtergreifung von Funktionären**, woher sie immer kommen, ist für einen Staat eine tödlich ernste Frage. Nun behaupte ich aber eines: Der Liberalismus hebt sich genau in dem Augenblick grundsätzlich auf,

in dem er gezwungen ist, zum Beispiel eine Armee aufzustellen, oder Rüstungspolitik zu treiben. Das können Sie nicht mit der Methode der Planlosigkeit. Und weiter können Sie eines sehen: Dann können Sie anonyme Autoritäten an Stelle der kontrollierten Autoritäten sehen, die wirksam sind.

(Sehr gut! bei der SPD — Abg. Dr. Korff: Leider!)

Hier ist der Anlaß zur Sorge.

(Zuruf)

— Herr Kollege Dr. Korff, keine Sorge, ich spreche nicht über den Fall Dr. Naumann, seien Sie ganz ruhig und unbesorgt.

(Große Heiterkeit — Abg. Bezold: Das stände Ihnen aber sehr gut an, Herr Haußleiter, dazu zu sprechen!)

Wir könnten uns über dieses Thema bis in die letzten Einzelheiten unterhalten.

Nun behaupte ich eines: Sehen Sie, hier kommt ein Punkt, in dem diese Debatte über das Wirtschaftspolitische in das Staatspolitische hinausreicht. Es ist nämlich gar nicht eine so fröhliche, vergnügte freie Wirtschaft auf der einen Seite mit glänzendem Export und drohendem Marxismus auf der anderen Seite. Das ist ein sehr primitives Bild. Herr von Knoeringen hat vielleicht das eine getan, daß er, ohne zu Lösungen vorzustoßen, dieses primitive Bild ein wenig widerlegt hat. Aber eines ist klar, und darauf muß man sich vorbereiten. Wenn Sie nicht einen **Ausgleich zwischen Initiative und Kontrolle** finden, dann kommen die unkontrollierten Machthaber, und diesmal kommen sie unserer Ansicht nach mit absoluter Sicherheit, wo man in einer Notzeit aus einem Volk noch Kapital und Menschen zum Aufbau von Armeen herausholen möchte. In dieser Lage bei der gegenwärtigen Bonner Politik müssen wie nämlich zwangsläufig kommen. Wenn wir gegen diese Methodik sind, die heute auf die steigenden Exportziffern verweist, die heute mit einer Rüstungskonjunktur manipuliert, die keine echte innere Konjunktur, sondern eine zufällige äußere Konjunktur ist, wenn man damit kommt und manipuliert, dann ist alles umsonst geredet, was Herr Minister Dr. Seidel geredet hat; dann ist alles umsonst geredet, was mehrere Sprecher aus mehreren Fraktionen geredet haben. Hier in diesem Hause ist im großen von mehreren Überlegungen aus eine im Grunde gemeinsame Zielrichtung angestrebt worden, aber keine Lösung. Ich behaupte: Wenn Sie das Problem der sozialen Sicherheit nicht planvoll lösen, dann kommen die unkontrollierten Autoritäten und lösen es in einer Weise, in der in Zukunft weder innere noch äußere Freiheit möglich sein wird.

(Abg. Dr. Baumgartner: Mit so verworrenem Zeug kommt man nicht weiter. Unmögliches Zeug! — Zuruf aus der Mitte: Das ist für die Wahl!)

Vizepräsident Hagen: Es sind noch 13 Redner gemeldet. Als nächster folgt der Herr Abgeordnete Dr. Bungartz.

Dr. Bungartz (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie, ich muß mich

(Dr. Bungartz [FDP])

zuerst etwas fassen, nachdem ich die Rede meines Vorredners gehört habe.

(Sehr gut!)

Eines war immerhin sehr schön daran: Er hat Herrn von Knoeringen und seinen Freunden nachgewiesen, daß sie einen Wissenden, einen Eingeweihten brauchten, der ihnen ihr zukünftiges Programm ausarbeitet. Vielleicht bedankt sich Herr von Knoeringen für das darin eingeschlossene Angebot.

(Große Heiterkeit)

Interessant war auch die psychologische Analyse unseres Herrn Wirtschaftsministers. Die hat mich persönlich sehr interessiert, da ich ja nachher auch noch auf den Herrn Wirtschaftsminister zu sprechen kommen möchte.

Wir stehen in einer Debatte, die eigentlich zwei Teile hat. Einmal debattieren wir — und das begrüße ich außerordentlich — jeder von seinem Standpunkt aus über die Wirtschaftspolitik, von der er wünscht, daß sie verfolgt werden soll. Der zweite Teil unserer Debatte bewegt sich um die Frage: Wie wird denn nun in der Praxis die Wirtschaftspolitik, die uns beispielsweise in der Regierungserklärung vorgelegt wurde, tatsächlich durchgeführt?

Meiner Auffassung nach ist es das besondere Verdienst des Herrn von Knoeringen, daß er bei der Begründung der Interpellation in so ausführlicher Weise seine wirtschaftspolitische Ansicht, quasi sein wirtschaftspolitisches Programm, vorgebracht hat. Mit Ausnahme der eben gehaltenen Rede ging ja aus fast allen Reden hervor, daß viele von uns, besonders von der Bayernpartei, sehr erstaunt und auch erfreut darüber waren, hier Gedankengänge zu finden, die der Rechten dieses Hauses immerhin schon seit langem bekannt sind. Wenn der Herr Kollege Dr. Baumgartner hier geäußert hat, das wäre ja wohl alles sehr schön, aber sieht doch das **Dortmunder Programm!**, so habe ich natürlich dieselben Bedenken. Wir sprechen aber jetzt über die bayerische Wirtschaftspolitik der bayerischen Regierung und drum können wir uns wohl an die königlich bayerische Sozialdemokratie halten,

(Heiterkeit — Abg. Wimmer: Die existiert aber nicht mehr! — Antwort von der CSU: Leider! — Heiterkeit — Abg. Dr. Korff: Das hat er traurig gesagt!)

und ich setze voraus, daß die bayerische Sozialdemokratie, die mit uns im Landtag und jetzt in der Regierung sitzt, die vom Herrn von Knoeringen vertretene Wirtschaftspolitik auch in der Regierung durchsetzen wird.

Nun hat mein sehr verehrter Herr Vorredner in bewegten Worten und schönen Formulierungen dem Parlament auseinandergesetzt, was Liberalismus ist. Ich bin ihm für diese Auseinandersetzung außerordentlich dankbar; denn die FDP vertritt weder den Liberalismus noch irgendwelche liberalistische Wirtschaftspolitik, sondern sie steht auf dem Boden der **Marktwirtschaft**. Man kann ja die

Marktwirtschaft auch so definieren, wie sie der Herr Dr. Zorn und schon viele vor ihm definiert haben, nämlich von einer Wirtschaftsform sprechen, in der der Konsument angibt, was, wieviel und zum Teil auch wo produziert wird. Das ist die Marktwirtschaft oder Konsumentenwirtschaft, auf deren Boden die FDP steht.

(Zuruf von der SPD: Soziale Marktwirtschaft!)

— Das Wort „soziale Marktwirtschaft“ ist wohl so aufzufassen, daß, wie man leicht sehen kann, die Marktwirtschaft diejenige Wirtschaftsform ist, die mit all ihren Fehlern und Schwächen die Güter immer noch am billigsten und besten produziert. — Nach Auffassung der FDP ist es Aufgabe der Wirtschaft, dem Konsumenten, dem Menschen zu dienen, und ist nicht umgekehrt der Mensch der Diener der Wirtschaft. Wir müssen also eine Wirtschaftsform finden, die aus sozialen Gründen eben am billigsten und am besten produziert. Bis jetzt hat sich gezeigt, daß die Marktwirtschaft mit all ihren Fehlern diese Grundforderung des Dienstes am Menschen immer noch am ehesten und mit den wenigsten Schäden erfüllt. Das heißt aber auch nicht, daß in dieser Marktwirtschaft die Wirtschaftenden etwa tun und lassen können was sie wollen. Insbesondere heißt das nicht — und das hat die FDP schon immer hervorgehoben —, daß die Wirtschaft nur durch das Kapital repräsentiert würde. Wir stehen bei weitem nicht auf diesem alten liberalistischen oder marxistischen Standpunkt, sondern wissen alle schon längst, daß die Wirtschaft nur repräsentiert wird durch die **Gemeinsamkeit von Kapital und Arbeit**. Wie sich diese beiden Produktionsfaktoren in der Wirtschaft zu benehmen haben, welche Pflichten sie haben, das haben meiner Auffassung nach am allerbesten zwei Päpste formuliert in den berühmten Enzykliken *Rerum novarum* und *Quadragesimo anno*, wo sie sagen, daß Kapital und Arbeit, jedes für sich, eine Doppelfunktion haben, nämlich eine Individual- und eine Sozialfunktion, und sie erklären weiter, daß dann, wenn nur die Individualfunktion betont wird, das zum klassischen Liberalismus, zum Laissez-faire-Prinzip führe; wenn aber nur die Sozialfunktion betont wird, führe das zu einer Wirtschaftsform, die kommunistisch, die totalitär ist. Die FDP, für die der Mensch das Maß aller Dinge ist und die den Menschen vor alles stellt, behauptet, daß sich die **Wirtschaft als Dienerin des Menschen** zuerst den Bedürfnissen des Menschen anzupassen habe, und sie verlangt deshalb, daß Kapital und Arbeit in der Wirtschaft beiden Forderungen, nämlich der Individualfunktion und der Sozialfunktion gerecht werden muß. Deshalb erkennen wir ohne weiteres und immer wieder an, um was es sich ja in unserer Debatte dreht, daß da, wo das Individuum — sei es das Individuum Kapital oder das Individuum Arbeit — nicht imstande ist, Probleme der Allgemeinheit zu lösen, selbstverständlich der Staat einzutreten hat. Damit, glaube ich, decken wir uns voll und ganz mit dem, was uns Herr von Knoeringen ausgeführt hat. Auch insofern stehen wir auf dem Standpunkt des Herrn von Knoeringen, als dann, wenn sich der Staat ins Wirtschaften hineinbegibt, er nur die

(Dr. Bungartz [FDP])

Aufgaben zu lösen hat, die eben die individuelle Seite von Kapital und Arbeit nicht lösen kann. Das haben hier ja auch schon andere Redner immer wieder gefordert.

Wenn wir also auf dem Standpunkt stehen, daß die Wirtschaft unter allen Umständen als Dienerin des Menschen die Bedürfnisse des Menschen zu befriedigen hat, und zwar auf die billigste und beste Weise, so erhebt sich allerdings die Frage: Wie wurde diese Befriedigung der Bedürfnisse des Menschen durch gewisse wirtschaftliche Maßnahmen der bayerischen Staatsregierung tatsächlich erfüllt? In dieser Hinsicht werden wir auf einige Einzelheiten eingehen müssen.

Zunächst möchte ich dem Herrn Staatsminister der Wirtschaft doch einiges auf seine Ausführungen von heute früh antworten. Er hat nämlich behauptet, die Interpellation der SPD frage nach der **Kreditpolitik** und hätte deshalb vom Herrn Finanzminister beantwortet werden müssen. Nun möchte ich doch den Herrn Staatsminister Dr. Seidel bitten, sich die Bedeutung des Wortes „Kreditpolitik“ etwas näher zu überlegen. Es gibt eine Kreditpolitik, die in Deutschland und in den meisten Ländern von den Zentralbanken geführt wird. Das ist nämlich die Frage: Wieweit wird das **Kreditvolumen** ausgeweitet oder beschränkt? Das ist meistens eine wirtschaftspolitische und währungspolitische Frage. Über diese Frage wollte die SPD im Bayerischen Landtag bestimmt keine Auskunft haben. Unter Kreditpolitik versteht man aber auch die Ausrichtung und **Ausreichung von Krediten**, die der Wirtschaft gegeben werden. Dann sind aber die Kredite und die damit verbundene Kreditpolitik nur **Mittel** einer Wirtschaftspolitik, und drum ist es wohl sehr richtig, wenn in Beilage 3766 unter Betreff steht: „Wirtschafts- und Kreditpolitik der bayerischen Staatsregierung“. Und dann heißt es in der Einleitung dieser Interpellation: „In der Öffentlichkeit ist in der letzten Zeit wiederholt Kritik an der Wirtschafts- und Kreditpolitik der bayerischen Staatsregierung geübt worden.“ Die Frage dieser Interpellation — mit klaren Worten und jedem leicht verständlich — war also die: Bitte, bayerische Staatsregierung, gib uns Aufschluß über deine Wirtschaftspolitik! Und nun wurde — wohl zum Erstaunen vieler — diese Frage nicht vom Wirtschaftsminister, sondern vom **Finanzminister** beantwortet. Man kann daraus den Schluß ziehen, daß diese Wirtschaftspolitik jetzt vielleicht in der Hand des Finanzministers liegt; denn wir können in Bayern von der Regierung aus vorwiegend nur noch mit Subventionen an die Wirtschaft, mit Darlehen, mit Krediten, mit finanzieller Unterstützung Wirtschaftspolitik betreiben. Die übrige Wirtschaftspolitik wird in Bonn betrieben, nicht bei uns. Ich persönlich habe mich allerdings gefreut, den Schluß ziehen zu dürfen, daß die Wirtschaftspolitik im Finanzministerium getrieben wird, weil ich daran die Hoffnung knüpfte, nun würde damit das Wirtschaftsministerium überflüssig werden und wir würden beim nächsten Etat gewisse Einsparungen erleben. Die

Rede des Herrn **Staatsministers für Wirtschaft** hat uns aber gezeigt, daß er sich die Wirtschaftspolitik nicht aus der Hand nehmen lassen will. Sie hat ferner gezeigt, daß er andere Ideen hat als die übrigen Mitglieder des Kabinetts oder Teile des Kabinetts. Das ist nun das sehr Merkwürdige, daß sich heute morgen bei dieser quasi in der Öffentlichkeit abgehaltenen Ministerratssitzung herausgestellt hat, daß hier doch erhebliche Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten bestehen.

(Abg. Kiene: Machen Sie sie nicht noch größer!)

Herr Staatsminister Dr. Seidel sprach nur davon, es müsse eine Koordination herbeigeführt werden. Soweit ich noch mit Fremdwörtern umgehen kann, ist eine Koordination wesentlich weniger als eine Koalition. Wir sind also erst auf der ersten Stufe zur Koalition gelangt und befinden uns noch auf dem Gebiete der **Koordination**. Daß wir erst auf dem Wege der Koordination sind, bedeutet für uns, daß in der Durchführung der Wirtschaftspolitik im Kabinett so einiges nicht ganz stimmt.

Wenn ich als Wirtschaftler das Bild, das mir heute morgen vor Augen gestellt wurde, auf einen Betrieb der Privatwirtschaft übertrage, würde ich höchstwahrscheinlich sagen: Na, hier scheint ein ziemliches Durcheinander zu sein, und ich wundere mich nicht, daß dieser Betrieb erhebliche finanzielle Verluste erleidet. Das wäre das übertragene Bild. Mich wundert nun auch nicht, daß die Wirtschaftspolitik der bayerischen Staatsregierung tatsächlich **große Unklarheiten** aufweist. Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß die Reden, die wir von seiten der Staatsregierung gehört haben, sowohl die Rede des Herrn Staatsminister der Finanzen wie auch die anschließende Rede des Herrn Staatsministers für Wirtschaft, uns nicht darüber aufgeklärt haben, wie nun in Zukunft die Wirtschaftspolitik betrieben wird. Die erste Rede des Herrn Staatsministers der Finanzen hat von Herrn Dr. Baumgartner das Prädikat einer Doktorarbeit bekommen. Ich möchte sagen, es war höchstens eine sehr gute Statistik; aber viel mehr konnten wir daraus nicht schließen. Auch aus den Ausführungen von Herrn Staatsminister Dr. Seidel konnten wir nicht entnehmen, wer nun Wirtschaftspolitik betreiben wird. Bedauerlich war, daß die Ressortminister die Schuld wieder auf die Ministerialdirigenten und Ministerialräte geschoben haben; denn das bedeutet doch, daß die angestellten Beamten und nicht ihre Minister die Politik betreiben. Wir haben also gar keine Klarheit bekommen und höchstens auf dem Gebiete der Energieversorgung haben wir etwas gehört. Es ist nämlich nun dem **Bayernwerk** verboten, rein kapitalistische Effektenpolitik zu betreiben, und es ist ihm aufgegeben worden, sich auf seine ursprüngliche Aufgabe zurückzuziehen, nämlich Energiewerke zu schaffen und Energie beizubringen. Es ist uns aber nichts darüber gesagt worden, wie auf anderen Gebieten gearbeitet werden soll. Nur eines ist mir aufgefallen, nämlich daß bei der Frage der Filmkredite, respektive bei der Frage Geiselgasteig die Herren Minister immer wieder darauf hingewiesen haben, daß man aus sozialen Gründen, aus Gründen der

(Dr. Bungartz [FDP])

Beschäftigung Geiseltageins ins Laufen bringen, daß man aus den gleichen Gründen die Anorgana unbedingt übernehmen und weiterführen müsse usw. Hier wird nach meiner Auffassung mit dem beliebten Schlagwort „sozial“ und „Sozialpolitik“, mit dem man sehr viel machen kann, versucht, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben. Wir alle stehen auf dem Standpunkt, daß es eine der wichtigsten **Aufgaben der Sozialpolitik** ist, unbedingt Arbeit und Brot für die Arbeiterschaft und insbesondere auch für die noch Arbeitslosen zu schaffen. Dabei möchte ich allerdings darauf hinweisen, daß die Zahl der Arbeitslosen jetzt nicht mehr gar so groß ist.

Auf ein weiteres möchte ich aufmerksam machen, was gerade die sozialistischen Herren Minister interessieren dürfte, nämlich auf die sehr wichtige **Verlautbarung des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften**. Dieses Institut hat erklärt, es wäre seiner Auffassung nach bei dem heute hohen Beschäftigungsgrad nicht möglich, die Beschäftigungslage der deutschen Industrie aufrechtzuerhalten und dabei etwa auch noch aufzurüsten zu wollen und die EVG-Verträge, wenn sie unterschrieben werden, zu erfüllen. Das mag wohl richtig sein. Aber man sieht, wenn man gegen EVG-Verträge etwas durchbringen und Argumente haben will, bringt einem die Statistik über Arbeitslose dieses eine Argument, und wenn man Geiseltageins wieder in Arbeit bringen will, wenn man die Anorgana kaufen will, dann beruft man sich auf eine eventuelle Arbeitslosigkeit. Was **Geiseltageins** anlangt, so möchte ich auf folgendes hinweisen. In Geiseltageins sind, wie uns gesagt wurde, 2000 Arbeitnehmer beschäftigt. Von diesen 2000 Arbeitnehmern sind doch mindestens 1000 Fachkräfte, Handwerker usw., also Leute, die heute leicht eine andere Stellung finden würden. Wenn Sie berücksichtigen, daß die Sache mit Geiseltageins bis jetzt 17 Millionen gekostet hat, wobei vielleicht 1000 Künstler, Komparsen und Statisten beschäftigt wurden, so bedeutet das pro Beschäftigten immerhin einen Betrag von 17 000 DM. Das ist doch ein sehr hoher Aufwand, der hier getrieben wird nur unter dem Motto, man muß den Leuten Beschäftigung geben. Nun frage ich eines: Ist es sozialpolitisch erforderlich, daß Arbeitslosen ausgerechnet immer nur die Beschäftigung gegeben wird, die sie wünschen? Kann man ihnen nicht zumuten, sie möchten vielleicht auch eine Beschäftigung wählen, die ihrer bisherigen Beschäftigung ähnlich ist? Kann man ihnen nicht zumuten, sie möchten sich dort die Beschäftigung holen, wo sie zu finden ist? Ich denke dabei an ein anderes Schmerzenskind unserer bayerischen Wirtschaftspolitik, nämlich an **Marienstein**. Sie wissen alle, daß die jährlichen Zuschüsse für Marienstein sehr hoch sind, daß keinerlei Aussicht besteht, dieses Bergwerk irgendwie rentabel zu gestalten, und Kohlenmangel haben wir auch nicht mehr. Aber Sie wissen alle, daß heute noch ein großer Bedarf an Bergarbeitern und Bergleuten im Ruhrgebiet besteht; denn Bergleute sind Facharbeiter und man kann da nicht einfach irgendwelche nichtgelernten Leute hinsetzen. Ist es nun die richtige Sozialpolitik,

wenn man sagt, man muß den Bergleuten in Marienstein nicht nur Arbeit geben, sondern man müsse ihnen die Arbeit dort geben, wo sie nun einmal wohnen? Das führt schließlich zum wirtschaftlichen Unsinn; denn wenn in Marienstein eines Tages keine Flöze mehr da sind, wird nicht die bayerische Staatsregierung Kohlenflöze aus dem Ruhrgebiet dorthin transportieren wollen, damit sie dort abgebaut werden. Das ist Unsinn. Ebenso merkwürdig scheint mir das Argument bei der Anorgana zu sein. Dort wurden Giftstoffe hergestellt. Man kann sich doch nicht einfach auf den Standpunkt stellen, es müßte diesen 2400 Arbeitern wieder die Arbeit gegeben werden, die sie früher als Chemiarbeiter hatten. Schließlich könnte man diesen Arbeitern doch auch eine andere Arbeit geben.

Wie steht es nun mit Gendorf, mit der **Anorgana**? Bis heute ist nicht ein einziger Mann arbeitslos geworden. Es wurde noch nicht einmal der Antrag auf Massenentlassungen gestellt. Die bayerische Staatsregierung hat verschiedentlich erklärt, sie hätte keinen Einblick in das Geschäftsgebahren von Gendorf. Das Finanzministerium hat mir persönlich schriftlich auf eine Anfrage hin mitgeteilt, daß es noch keine Bilanz bekommen hätte, weil es sie nicht verlangen könne. Es hat mir bestätigt, daß bis heute Gendorf noch keinerlei Steuer bezahlt habe und mit allen Steuern im Rückstand sei. Obwohl also noch kein Einblick vorhanden ist, obwohl noch keine Massenkündigung und keine Arbeitslosigkeit vorliegen, beschäftigt sich die bayerische Staatsregierung schon jetzt mit dem Plan, für 3 Millionen IG-Anteile bei Gendorf zu kaufen, um einen Einblick zu gewinnen, und dazu 1,7 Millionen Verbindlichkeiten mit zu übernehmen. Da möchte ich nur daran erinnern, daß es in der Marktwirtschaft für eine wirtschaftlich schlechte und falsche Betätigung den Konkurs gibt.

(Abg. Bantele: Richtig!)

In der Zwangswirtschaft tritt an die Stelle des Konkurses schließlich der Scharfrichter.

(Zuruf von rechts: Nein, der Zuschuß!)

— Zuerst der Zuschuß und dann kommt schließlich der Scharfrichter. Die bayerische Staatsregierung will also unter Übernahme von 1,7 Millionen Verbindlichkeiten eines Werkes, in das sie überhaupt keinen Einblick hat, von dem sie noch keine Bilanz sah, mit der Bemerkung „aus sozialen und sozialpolitischen Gründen“ Einfluß gewinnen. Das kommt mir etwa merkwürdig vor. Für mich ist es so: Man hat wieder einmal einen Grund gefunden, um mit irgendwelchen mehr oder weniger fadenscheinigen Begründungen eine neue Beteiligung zu kaufen, ohne Rücksicht darauf, ob diese Beteiligung früher oder später rentabel wird oder wieder Schwierigkeiten bringt.

Ich komme nun noch auf die Verhältnisse beim **Schulbuchverlag**. Sie wissen, die Verlegerorganisation hat schon einmal darauf hingewiesen, daß die Preise des Schulbuchverlags erheblich gestiegen sind. Das ist bekannt. So ist zum Beispiel der Preis eines Buches von 2,50 DM Ladenpreis 1951 auf jetzt 3,90 DM gestiegen. Auf Grund dieser Preissteigerung hat sich eine Gruppe von Verlegern bereit er-

(Dr. Bungartz [FDP])

klärt, die noch nicht verkauften Schulbücher zu übernehmen und sie zum selben Preis weiterzuverkaufen. Diese Gruppe hat sich ferner verpflichtet, diese Schulbücher weiterzudrucken und zum selben Preis wie der Schulbuchverlag zu verkaufen — es liegt ein schriftliches Angebot an das Kultusministerium beziehungsweise an die Staatsregierung vor —, ohne daß die Gruppe dabei vom bayerischen Staat verlangt, er solle die etwa auftretenden Verluste übernehmen. Die Gruppe würde diese Verluste selbst tragen.

(Zuruf: Und die Bücher mit hohem Risiko?)

— Sie wollen alles übernehmen. Die bayerische Staatsregierung hat es nicht einmal der Mühe wert gefunden, auf dieses Angebot, das am 16. Juli 1952 gemacht worden ist, auch nur zu antworten. Man sieht also auch an diesem Beispiel wieder klar und deutlich, daß bei der Durchführung der Wirtschaftspolitik, die uns aufgezeigt worden ist, doch ganz andere Methoden angewendet werden.

Nun möchte ich noch einmal daran erinnern, was ich schon im Dezember gesagt habe, als der Bayerische Landtag in der Angelegenheit **Maxhütte** und der Übernahme der Aktien durch die bayerische Staatsregierung bewußt falsch orientiert worden ist. Damals wurde dem Landtag auseinandergesetzt, aus den verschiedensten Gründen, zum Beispiel der Eisenversorgung usw. sei es notwendig, dieses Aktienpaket zu übernehmen. Es steht aber fest, und es stand mittlerweile auch in den Zeitungen, daß die Flick-Gruppe seinerzeit dazu gezwungen wurde, und zwar dadurch, daß man einen Vertreter des Finanzministeriums in das Gefängnis nach Landsberg zu Herrn Flick geschickt hat.

(Ab. Dr. Korff: Hört, hört!)

— Damals riefen auch verschiedene Mitglieder des Hauses Hört, hört! Ich habe an dieser Stelle den Beweis für meine Behauptung angeboten. Er ist aber während der ganzen Monate von mir nicht verlangt worden. Es stand nun alles in der Zeitung, und ich brauche es nicht mehr zu beweisen.

Ich darf nun nochmals auf die manchmal zutage tretende Gedankenverwirrung hinweisen, die sich, man muß es schon sagen, innerhalb des bayerischen Kabinetts zeigt, wenn es sich um Wirtschaftspolitik handelt. Wir haben heute morgen den Gegensatz zwischen dem Staatsminister für Wirtschaft und dem Staatsminister für Finanzen erlebt. Verantwortlich für diesen ganzen Kreis und diese Herren ist aber der Herr Ministerpräsident. Er und sein Stellvertreter sind nicht anwesend; wir werden also wohl kaum eine Antwort bekommen. Wir müssen aber daran festhalten: Letztlich ist der Herr **Ministerpräsident** nach der Verfassung für die **Grundlagen der Politik verantwortlich**. Nun möchte ich Sie fragen: Wie denken Sie über eine klare Wirtschaftspolitik, wenn der Herr Ministerpräsident in einem Brief an Herrn Dr. Seeling gerade als Antwort auf den heute morgen verschiedentlich zitierten Brief unter anderem sagt: „Ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß viel schlimmer als die staatskapitalistische Betätigung der bayerischen Staatsregierung die wirtschaftliche Be-

tätigung der Gewerkschaften ist.“ Herr Dr. Seeling hat darauf wohl ganz richtig das geantwortet, was auch die Auffassung der FDP über die Marktwirtschaft ist: Wenn die Gewerkschaft viel Geld hat, so kann sie sich mit dem Geld wirtschaftlich betätigen, soviel sie will, denn schließlich trägt ja sie, wenn auch nicht die Gewerkschaftsvorstände, aber immerhin die Gewerkschaftsmitglieder, das Risiko dafür, was aus dem von ihnen stammenden Geld wird. Ich persönlich begrüße sogar dieses Vorgehen, damit die Gewerkschaften auch einmal erkennen, daß das Unternehmensein doch nicht ganz so einfach und risikolos ist. Wenn aber ein Ministerpräsident der Wirtschaft mit dem „bösen Mann“ der Gewerkschaften droht, so finde ich das etwas merkwürdig. Mich schreckt dieser „böse Mann“ der Gewerkschaften durchaus nicht.

Es wurde uns zwar von den verschiedensten Vertretern der Koordination — oder wollen wir Koalition sagen — auseinandergesetzt, welche Wirtschaftspolitik die Grundlage bildet. An diesen paar Beispielen wollte ich aber feststellen, daß diese Wirtschaftspolitik in der Praxis nicht durchgeführt wird.

(Abg. Dr. Korff: Die linke Hand weiß nicht, was die rechte tut!)

— Das kann sie gar nicht, weil dort soviel Hände sind. Ich glaube, in dieser Koordination weiß niemand, was der andere tut — nein, Koalition hat heute der Herr Staatsminister gesagt; das war die offizielle Erklärung der Regierung. Wir wollen daran festhalten.

Ich möchte diese Koalition bitten, dafür zu sorgen, daß das, was uns durch die Vertreter der Regierung vorgetragen wurde, auch durchgeführt wird. Dann brauchen wir als Opposition nicht immer den Finger in die Wunde hineinzulegen, die da schwärt, nämlich die Wirtschaftspolitik zu kritisieren, die so stark nach Monopol- und Kartellgrundsätzen riecht, die wir als Marktwirtschaftler selbstverständlich ebenso ablehnen, wie hoffentlich die SPD die Monopole und Kartelle ablehnen wird.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Hundhammer: Es sind jetzt noch 12 Redner gemeldet. Ich wiederhole den vom Herrn stellvertretenden Präsidenten gemachten Vorschlag, die Rednerliste zu schließen. Es erhebt sich kein Widerspruch?

(Abg. Dr. Bungartz: Doch!)

Dann bitte ich diejenigen, die mit der Schließung der Rednerliste einverstanden sind, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich bitte nochmals diejenigen, die für die Schließung der Rednerliste sind, sich vom Platz zu erheben. — Das letztere ist die Mehrheit. Die Rednerliste ist geschlossen.

Als nächster Redner folgt der Herr Abgeordnete von Haniel-Niethammer.

(Abg. von Haniel-Niethammer: Ich verzichte!)

Dann folgt der Herr Abgeordnete Dr. Schedl; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Schedl (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Aussprache über die Interpellation der

(Dr. Schedl [CSU])

SPD hat zum Teil einen etwas merkwürdigen Verlauf genommen. Herr von Knoeringen hat in wohl abgewogenen Formulierungen etwa auf der Linie Dr. Zorn, Dr. Nölting seine Vorstellung über die **künftige Gestaltung einer Wirtschaftspolitik** bekanntgegeben. Dabei ist er sehr beachtlich von früheren Formulierungen von ihm selbst, aber auch von früheren Formulierungen der SPD abgewichen und hat ohne Zweifel den Versuch gemacht, Gedankengänge, die ja nicht mehr neu waren, weiter zu entwickeln. Es war daher außerordentlich überraschend, als sein Kollege Drechsel am Ende seiner Ausführungen in irgendeiner Form das, was Herr Kollege von Knoeringen vorgebracht hat, widerrufen

(Sehr richtig! bei der BP)

und sehr deutlich von einer Sozialisierung gesprochen hat.

(Abg. Dr. Lippert: Er ließ die Katze aus dem Sack!)

Das Pikante an der Sache war, daß die CSU die Ehre hatte, für die Drechsel'sche Auffassung Pate zu stehen.

(Hört, hört! bei der BP)

Dazu muß ich doch sagen: Hier irrt Herr Kollege Drechsel, und zwar ganz gewaltig! Das **30-Punkte-Programm**, das er zitiert hat, ist mir wie meinen Freunden natürlich sehr wohl bekannt. Wir wissen vielleicht sogar etwas mehr über dieses Programm, als Herr Drechsel weiß; wir wissen nämlich, daß nicht nur die beiden Absätze dazugehören, die er zur Kenntnis gebracht hat, es ist in den ganzen 30 Punkten noch sehr viel mehr enthalten. Man kann nicht gut zwei Dinge aus dem Zusammenhang reißen, um damit einen wirtschaftspolitischen Beweis zu führen. Wir wissen aber noch etwas, nämlich, daß dieses 30-Punkte-Programm ausdrücklich als Aktionsprogramm bezeichnet war zu der Zeit, in der es geschaffen worden ist, und daß es darüber ein **Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union** gibt mit einem Bekenntnis zum privaten Eigentum.

Nun werden Sie vielleicht fragen, woher kommt denn dann der Widerspruch, der doch irgendwie da ist. Meine Damen und Herren, wer die Dinge kennt und weiß, wie sie sich entwickelt haben, und wer sich im Jahre 1953 noch daran erinnert, was in den Jahren 1945 und 1946 in unseren Landen war, der kann diesen Widerspruch mühelos aufklären. Als die 30 Punkte des Aktionsprogramms der CSU geschaffen worden sind, hat niemand in Bayern daran geglaubt, daß die Grundstoffindustrie noch einmal in die Hand derer kommen würde, die sie einst hatten. Damals lagen die Dinge anders. Ich erinnere Sie an verschiedene Proklamationen der verschiedenen Besatzungsmächte, die sie einzeln oder gemeinsam erlassen haben. Weil eben die Christlich-Soziale Union auch damals nicht das tun wollte, was man im allgemeinen Sozialisieren nennt, weil man gedacht hat, man müsse das als dem Staat und seinen Bürgern unzutraglich vermeiden, hat man sich überlegt, ob nicht ein Aus-

weg oder eine andere Lösung gefunden werden könne, wenn schon das Alte oder etwas dem Alten Gleiches nicht erreicht werden kann. Und diesen **Ausweg** haben meine Freunde, haben wir damals im Wege der **Vergenossenschaftung der Grundstoffindustrie** gesehen.

Das, Herr Kollege Drechsel, sind die Zusammenhänge und die Gründe, die zu den von Ihnen zitierten Formulierungen geführt haben.

(Abg. Kiene: Und Artikel 160 der Verfassung!)

— Herr Kollege Kiene, auch die **Verfassung** und auch Artikel 160 ist uns natürlich bekannt sowie denjenigen meiner Kollegen, die damals an der Verfassung mitgearbeitet haben. Ich glaube, Herr Kollege, daß man sich hier besser nichts vorwirft. Denn wenn nicht alles trägt, würden heute alle, die an der Verfassung damals mitgearbeitet haben, manches wohl anders machen, als sie es seinerzeit freiwillig oder gezwungenermaßen getan haben. Sie wissen ja auch — ich war damals nicht Mitglied dieses Hohen Hauses, auch nicht der Verfassungsgebenden Landesversammlung —, daß der Präsident einen Brief eines Militärgouverneurs verlesen hat, und als von dieser Seite die Verfassung genehmigt war, konnte man auch zu den weiteren Dingen, Volksabstimmung usw., schreiten. Vergessen wir im Jahre 1953 nicht alles, was einmal gewesen ist! Vergessen wir nicht, daß wir eine Zeit hatten, in der unsere Bewegungsfreiheit auf allen Gebieten ungewöhnlich eingengt war, in der wir aber nicht stehenbleiben konnten und nicht stehenbleiben durften und auch nicht stehengeblieben sind.

(Abg. Dr. Haas: Die CSU war seit 1945 sehr in Fluß!)

— Herr Kollege, wir sind stolz darauf, daß wir nicht verknöchert und verkalkt, sondern beweglich geblieben sind.

Im Laufe der Debatte wurde zu einer Reihe von Problemen Stellung genommen. Auch wenn Kollege Haußleiter Angst vor tibetanischen Gebetsmühlen hat, kann ich es ihm nicht ersparen, noch ein paar Bemerkungen zum berühmten **Problem der Filmbürgschaften** zu machen. Ich will versuchen, alles, was gesagt worden ist, als bekannt vorauszusetzen und nicht zu wiederholen. Hoffentlich täusche ich mich darin nicht allzu sehr. Beispielsweise hat der Herr Staatsminister Dr. Oechsle sehr anschaulich die Situation des deutschen Films von 1945 bis zu den Jahren 1950, 1951, 1952 und in die unmittelbare Gegenwart herein geschildert. Er hat sehr deutlich, wenn er auch nicht das Wort gebraucht hat, zum Ausdruck gebracht, daß der deutsche Film damals atomisiert war. Heute ist es leicht zu sagen, man hätte eben die Bürgschaften nur an gute Produzenten geben dürfen. Damals hat es aber gute Produzenten nicht gegeben. Es ist sehr leicht, heute über die bayerische Staatsregierung im Hinblick auf die Filmbürgschaften ein Scherbengericht zu veranstalten. Man soll aber darüber nicht Tatsachen vergessen, die es der Regierung zur Pflicht gemacht haben, sich mit diesem Problem ernstlich zu befassen und Bürgschaften einzugehen auch auf die Gefahr hin, daß die Bürg-

(Dr. Schedl [CSU])

schaften zu einem beachtlichen Teil wieder eingelöst werden müssen.

(Abg. Dr. Geislhöringer: Auch der Schieber mit dem Offenbarungseid!)

— Herr Kollege Dr. Geislhöringer, wenn Sie die berühmte Geschichte von dem Schieber mit dem Offenbarungseid damals, als die Bürgschaft gegeben worden ist, der bayerischen Staatsregierung mitgeteilt hätten, würde ich heute Ihren Vorwurf als berechtigt anerkennen. Möglicherweise aber ist es so, daß damals Sie wie die bayerische Staatsregierung hievon noch nichts gewußt haben.

(Abg. Dr. Weiß: Das ist doch Unsinn! Sie haben doch gewußt, wem sie Kredite geben!)

Ich wiederhole generell, daß es heute leicht ist, daran etwas auszusetzen, daß die wenigen, die überhaupt wieder zum Film kamen, die nicht unbedingt immer dabei gewesen sind, als schlecht bezeichnet worden sind.

An der ganzen Filmdebatte ist eines nicht uninteressant. Es gibt nämlich zwei Gruppen. Die eine hat Staatsbürgschaften bekommen und sagt im allgemeinen nichts; ganz selbstverständlich. Die andere hat keine Staatsbürgschaften bekommen; dort ist der überwiegende Teil gegen das System der Staatsbürgschaften, das heißt, genau besehen, man sagt: Gebt doch die Staatsbürgschaften uns und nicht den anderen! Wenn Sie hier einmal hineinleuchten — heute hat man ja die Möglichkeit dazu —, dann finden Sie nur so geringe Unterschiede — es sind ja gerade in der letzten Zeit Gott seit Dank wieder sehr ehrenwerte Produzenten in den Vordergrund getreten —, daß man beinahe sagen muß: Na ja, die einen sind nicht viel schlechter als die anderen. Hierfür eine positive Formulierung zu finden, ist sehr schwer.

Es war mir sehr interessant: Der Herr Kollege Dr. Baumgartner hat von Morgenthau-Plan und Filmbürgschaften gesprochen. Er hat recht. Der **Morgenthau-Plan** ist gerade im Hinblick auf den Film mustergültig durchgeführt worden. Und eben deshalb, weil nichts mehr da war,

(Sehr richtig! bei der CSU)

war ein Aufbau ohne erhebliche Schwierigkeiten und ohne erhebliche Belastungen gar nicht möglich. Herr Dr. Baumgartner hat auch recht, wenn er sagt, die Staatsregierung war lange völlig machtlos und ist heute nach der Richtung hin durchaus noch nicht allein Herr ihrer Entschlüsse. Aber bitte, ziehen Sie doch dann auch die Konsequenzen daraus! Die einzige Konsequenz heißt: So sehr wir alle miteinander den Ausfall der Bürgschaften bedauern, so sehen wir doch, daß ein wesentlich anderer Weg nicht möglich gewesen wäre.

Verschiedene Dinge sind noch nicht genannt worden, die die **Schwierigkeiten im Film** wesentlich mit herbeigeführt haben. Beispielsweise ist nicht gesagt worden, daß wir vor dem Kriege im Bereich der Bundesrepublik die doppelte Zahl von Filmtheatern hatten, als wir jetzt haben, daß jetzt die drei- und vierfache Zahl von Filmen auf dem

westdeutschen Markt ist als in der Zeit vor dem Kriege. Wir können im äußersten Fall ein Jahresangebot von etwa 200 Filmen vertragen und wir haben Jahresangebote bis über 600 Filme. Rechnen Sie sich aus, was dabei herauskommen kann! Ich habe neulich im wirtschaftspolitischen Ausschuß gesagt — und jetzt werden die Beweise dafür gebracht —, daß die Staatsbürgschaften eine nationale Tat waren, weil man dem Film wieder einmal eine **Startmöglichkeit** geben mußte.

(Zuruf des Abg. Bantele)

— Wie sah es denn aus, Herr Kollege Bantele? Schauen Sie sich die Zahlen an! Wir haben im Jahre 1945 fast gar keinen deutschen Film gehabt, einige Reprisen vielleicht. Wir haben von 1946/47 bis 1952, von zwei Jahren abgesehen, immer mehr als 73 Prozent aller Filme aus dem Ausland beziehen müssen. In den dreißiger Jahren war der Prozentsatz etwas anders. Damals hatten wir ungefähr zwischen 35 und 45, 48 Prozent Auslandsfilme auf dem Markt. Heute haben wir zum Teil über 90 Prozent Auslandsfilme auf dem Filmmarkt.

Und wie sieht es im **Ausland** aus, das eine Filmproduktion hat? Wie gestalten sich dort die Dinge? Es ist sehr interessant, daß der italienische Film, über dessen kulturellen Wert im allgemeinen keine Diskussion besteht, auch nur etwa die Hälfte der Produktionskosten einspielt; die andere Hälfte wird durch eine besondere Art staatlicher Subventionen ersetzt. Das gleiche gilt für den englischen Film. Ähnlich liegen die Verhältnisse beim französischen Film. Das sind aber Länder, in denen die Filmwirtschaft nicht in Durchführung eines Morgenthau-Plans zunächst völlig zerstört worden ist; das sind Länder, die in der Nachkriegszeit unter ganz anderen Voraussetzungen an die Fortentwicklung ihrer Filmwirtschaft herangehen konnten und herangegangen sind.

(Abg. Dr. Franke: Sehr richtig!)

Und nun, meine Damen und Herren, muß ich Ihnen noch etwas sagen. Wie sieht es denn aus im Filmparadies Hollywood? Mir liegt eine Nachricht, eine Veröffentlichung des Handelsdepartment in Washington vor, die sich mit dieser Frage beschäftigt. Dort steht zunächst geschrieben, daß der amerikanische Film im Jahre 1951 die stattliche Summe von 160 Millionen Dollar im Ausland eingespielt hat. Dann heißt es weiter, daß keiner der Filmproduzenten, und zwar auch der angesehenen Filmproduzenten, in Hollywood in einer zufriedenstellenden Lage wäre, wenn es den Filmverleih im Ausland nicht gäbe, wenn nicht diese erheblichen Summen aus dem Einspielergebnis im Ausland zur Verfügung stünden. Und welche Rolle spielt unser Film im Ausland? Können wir es darauf ankommen lassen, daß wir in wenigen Jahren überhaupt nur noch Auslandsfilme haben, etwa so wie im Jahre 1945? Glauben Sie nicht, daß hier etwas geschehen müßte, um verlorenes Terrain in einer mühseligen, risiko- und verlustreichen Arbeit wieder zurückzugewinnen?

(Abg. Dr. Geislhöringer: Also nochmals 10 Millionen!)

(Dr. Schedl [CSU])

— Herr Kollege Dr. Geislhöringer, ich komme gleich auf die nochmals 10 Millionen. Ich kann Ihnen noch mehr sagen, wenn Sie Lust dazu haben.

Meine Damen und Herren, wir bezahlen in Westdeutschland nach vorsichtigsten Berechnungen — wahrscheinlich ist es aber wesentlich mehr — 30 Millionen D-Mark in Devisen, in harten Dollars als **Verleihgebühren ins Ausland**. War es nicht an Zeit, daß versucht worden ist, auf diesem Gebiet etwas zu tun?

(Abg. Bantele: Wenn es gute Filme gewesen wären, wäre es richtig gewesen!)

— Herr Kollege Bantele, wenn Leute wie Ostermayr und noch andere — ich will sie nicht nennen, sie sind Ihnen ja bekannt — schon im Jahre 1945 und nachher hätten filmen dürfen, dann hätten wir wahrscheinlich einen sehr viel besseren Film.

(Sehr richtig!)

Herr Kollege Bantele, damals, als die ersten Herren Produzenten antraten, wurde ja nicht gefragt, was hast du an guten Leistungen in der Vergangenheit aufzuweisen, sondern damals hat man nur diesen langen Bogen mit 161 Fragen, glaube ich, angesehen, und wenn er weiß war und sonst noch einiges an Voraussetzungen gegeben war, dann „o.k.“, dann durfte der Mann einen Film drehen. Was in Wirklichkeit in der Vergangenheit geschehen ist, das hat kein Mensch untersucht.

(Abg. Dr. Geislhöringer: 1945!)

— Herr Kollege, die **Filmaufsicht** ist ja bis ins Jahr 1950 hereingegangen. Überlegen Sie sich, wann der Filmkontrolloffizier etwa aus München zurückgezogen worden ist!

(Abg. Elsen: Der letzte war der Herr Pommer!)

Ihr Kollege Baumgartner hat heute den Film als eine ungeheuer wertvolle Exportware proklamiert. Glauben Sie, daß wir zu dieser Produktion und diesem Export kommen, wenn der bayerische Staat daumendrehend zuschaut, wie die wenigen guten Produzenten, die wieder aufstehen, abwandern und wo anders hingehen?

(Abg. Dr. Geislhöringer: Die Schieberproduzenten!)

— Die wenigen guten habe ich gesagt, nicht die Schieberproduzenten! Herr Kollege Geislhöringer, ich will Ihnen bei der Gelegenheit etwas sagen: Sie sind sehr gut informiert aus der Deutschen Woche. Die hat der Herr Finanzminister, glaube ich, heute charakterisiert, oder sagten Sie die Deutsche Filmkorrespondenz? Dann füge ich hinzu: In der Deutschen Filmkorrespondenz lesen Sie genau so viele gute und beste Urteile über die Defa-Filme, und alles, was nicht Defa ist, ist im wesentlichen schlecht. Ich hätte mir zusätzlich auch noch einige Informationsquellen besorgt, die vielleicht ebenso zuverlässig sind wie diejenigen, die ich eben zitiert habe!

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir zum Vergleich einen Sprung vom Film zum **Theater**! Wir hören immer von den großen Verlusten, wir

hören von der gleichen Seite: Der kulturelle Wert des Films und seine kulturellen Möglichkeiten! Das gilt nicht von jedem Film, der gedreht worden ist, aber die Potenz ist da. Wir haben auch Staatstheater. Sie werfen auch keine Rendite ab.

(Zuruf: Residenztheater!)

Wir gewähren jährlich laufende Zuschüsse an die Staatstheater, und zwar deswegen, weil wir die Auffassung haben, daß ein Staat, der von sich behauptet, ein Kulturstaat zu sein, für die Kultur auch etwas tun muß. Zum Gesamtbereich Kultur gehört nun einmal das Theater in jeder der Formen, in denen es sich darbietet. Deswegen bin ich durchaus nicht so erschüttert, wenn ich festgestellt habe, daß jeder Theaterbesucher, der im Jahre 1950 in München in ein Staatstheater gegangen ist und seinen Eintrittspreis ganz oder teilweise bezahlt hat — die Freikarten sind nicht inbegriffen —, zu seiner Karte einen Zuschuß von 9,30 DM bekommen hat, von denen 7,15 DM Zuschuß aus dem laufenden Haushalt des bayerischen Staates waren, und daß dieselbe Theaterkarte, im Jahre 1952 gekauft, einen Zuschuß von 9,60 DM mit 8 DM reinem Staatszuschuß aufweist. Erlauben Sie mir, und wenn es auch peinlich sein mag, hierauf hinzuweisen, nicht um zu sagen: So kann man es nicht machen; denn wenn wir unsere Theater aufgeben und dadurch unsere Kultur preisgeben, dann fangen wir dort mit der staatlichen Demontage an, wo wir mit Sicherheit ins Gleiten kommen.

(Abg. Dr. Weiß: Davon hat niemand geredet; ich habe nur davon geredet, daß gute Filme notwendig sind.)

— Lieber Herr Weiß, ich weiß, daß davon niemand geredet hat; eben deswegen, weil man nicht von diesen Dingen spricht, weil man die Dinge immer nur einseitig darstellt, habe ich mir erlaubt, eine Reihe von neuen Gesichtspunkten zu bringen, die man auch einmal sagen muß. Wir müssen den Mut haben, unseren Haushaltsplan auch dort zu analysieren, wo er uns vielleicht nicht gefällt. Eben deshalb habe ich das getan.

(Abg. Dr. Weiß: Wir wollen nicht wieder vom Residenztheater anfangen.)

— Lieber Herr Weiß, die Kosten für den Ausbau des Residenztheaters sind in den Zahlen nicht enthalten.

(Abg. Dr. Weiß: Weiß ich!)

Das sind die laufenden Zuschüsse für Verwaltung und Betrieb der Staatstheater. Es sind nicht einmal die einmaligen Zuschüsse enthalten, die eine geringe Höhe haben. Aber ich habe Ihnen neue Gedanken vorgetragen, die man nun einmal in die Gesamtschau Filmbürgschaften mit hereinnehmen muß.

Ich will nun von diesem unerquicklichen Thema — und es wird immer unerquicklich bleiben, allein deshalb, weil es dem bayerischen Staat erhebliche Mittel gekostet hat — abgehen und ein Wort über die **Energiewirtschaft** sagen, die auch immer wieder Gegenstand der Erörterung ist.

(Zuruf von der SPD)

(Dr. Schedl [CSU])

— Ja, Herr Kollege, ich kann Ihnen nicht helfen. Ich muß mich hier mit dem Herrn Kollegen Dr. Geislhöringer unterhalten.

(Zuruf: Das könnt Ihr draußen machen!)

— Er hat sich auch mit uns unterhalten, Herr Bantele. Deswegen darf ich wohl antworten. Wenn Sie nicht zuhören wollen, brauchen Sie es nicht. Ich verpflichte Sie nicht. Der Herr Kollege Geislhöringer hat uns heute so schön vorgetragen, wie die Energieindustrie aus der Privatwirtschaft entstanden ist. Der Staat hatte erklärt: Hände weg, da sollen die andern ihr Geld verlieren! Und wie der Staat langsam gesehen hat, daß es sich um lukrative Dinge handelt, ist er sehr interessiert geworden und hat die Entscheidungen an sich gerissen. Dazu kann man nur bemerken: So kann man es auch darstellen, man müßte aber, wenn man einigermaßen objektiv sein will, nicht nur etwas, sondern alles sagen, und hiezu gehört folgendes: Es ist selbstverständlich, daß sich ursprünglich die energiewirtschaftlichen Unternehmungen bestens rentiert haben, solange sie nämlich auf wirtschaftliche Zentren, auf größere Städte beschränkt waren. Mit dem Augenblick, in dem die Forderung entstanden ist, daß die elektrische Energie über das ganze Land kommen soll, haben sich die Verhältnisse geändert.

(Zuruf)

Wir führen heute noch einen Kampf, daß auch sogenannte unrentable Stromverbraucher endlich als Abnehmer angeschlossen werden.

(Abg. Dr. Weiß: Das haben Sie nicht verstanden; denn die Überlandwerke sind im wesentlichen privat!)

— Herr Kollege Weiß! Man kann bei den **Überlandwerken** auch nicht mehr von im wesentlichen privaten Werken sprechen, weil überall die Aktien, Anteile und Stimmberechtigungen der öffentlichen Hand überwiegen. Es gibt nur noch ganz wenige und sporadisch Unternehmungen der Energiewirtschaft, die der öffentlichen Hand noch nicht gehören. Fest steht, daß die Frage der Breitenversorgung mit elektrischer Energie nicht von den privaten Energieunternehmungen allein gelöst worden ist, sondern von der Form **gemischtwirtschaftlicher Betriebe**, die wir heute noch haben. Trotzdem bin ich der Auffassung, daß einer der hervorragenden gemischtwirtschaftlichen Betriebe — er ist beinahe nicht mehr so zu bezeichnen, nämlich die Bayernwerke, seit geraumer Zeit —

(Zuruf des Abg. Dr. Geislhöringer)

— Ich habe es bereits gesagt.

(Abg. Dr. Geislhöringer: Nur VIAG und Bayerischer Staat!)

— Ich weiß Bescheid, im Gegensatz etwa zum LEW, das als gemischtwirtschaftlicher Betrieb bezeichnet werden kann, und sei es nur über internationale Verflechtungen oder Verflechtungen mit Nordwestdeutschland. Aber es ist dann immerhin gemischtwirtschaftlich. Die **Bayernwerke** haben nach meiner Auffassung bei allen Leistungen, die zu verzeich-

nen sind, seit langem den Grundfehler begangen, der Stromerzeugung den risikolosen, bequemeren Stromhandel vorzuziehen. Nur so ist es zu erklären, daß heute noch alte Konzessionen nicht ausgenutzt sind. Das ist auch einer der wesentlichen Punkte, warum wir durch einen ungewöhnlich hohen Fremdstrombezug, etwa 30—35 Prozent, zu Strompreisen kommen müssen, die unter allen Umständen bereits wirtschaftsschädigend wirken. Wenn heute im südwestdeutschen Raum die Strompreise 10—30 Prozent niedriger sind als in Bayern, dann hängt das in erster Linie damit zusammen, daß man dort mehr Eigenstrom produziert.

(Abg. Dr. Geislhöringer: Durch eine andere Abnahmestruktur; Sie sind falsch gewickelt!)

— Herr Kollege Geislhöringer, ich weiß schon, wenn es um die **Strompreise** geht, gehen Sie konform mit allen Staatsbetrieben, die höhere Strompreise haben wollen. Da unterscheiden wir uns. Ich kenne die Gründe genau. Wir unterhalten uns seit 1½ Jahren über die Strompreise. Ich habe einmal gesagt: Ich bewundere die notleidende Energiewirtschaft, bei der allein ein Unternehmen in zwei Jahren nach Abzug aller Steuern, aller Rückstellungen bei sehr guten sozialen Leistungen einen Reingewinn von immerhin noch ein paar Millionchen hinlegen kann. So notleidend ist also die Energiewirtschaft!

(Abg. Bantele: Warum greift dann der Staat nicht ein?)

— Der Staat schreitet nicht ein, weil Ihre eigenen Kollegen sich so sehr dagegen verwahren, daß der Staat hier mitspricht.

Ich will Ihnen an zwei Beispielen zeigen, wie gefährlich die Situation mit den Strompreisen ist. Die Handwerkskammer von Mittelfranken hat auf Grund eingeholter Berichte festgestellt, daß die letzte Strompreiserhöhung für die Handwerker, für die kleinen und mittelständischen Betriebe im Endeffekt eine Erhöhung von 200 bis 300 Prozent bedeutet, hervorgerufen hauptsächlich durch das Tarifsysteem.

(Abg. Kraus: Durch die hohen Grundgebühren!)

— Zum Tarifsysteem gehören auch die hohen Grundgebühren. Die Kosten beispielsweise für den Anschluß eines Schweißtransformators, den jeder Dorfschmied braucht, sind allein in der Grundgebühr monatlich 60 bis 80 DM. Hier muß einmal nach dem Rechten gesehen werden, damit wir endlich einmal zu anderen Verhältnissen kommen. Wir müssen unter allen Umständen darauf bestehen, daß mehr Wasserstrom erzeugt wird, und zwar nicht nur Laufwasserstrom, sondern auch Speicherwasserstrom, damit wir auf die Dauer mit unserer Wirtschaft konkurrenzfähig bleiben. Allein die nordostbayerische Textilindustrie ist durch die Fracht- und Strompreise mit 5 Prozent der Gesamtkosten belastet.

(Abg. Bantele: 5 Dpf. pro Kilogramm mehr!)

— Das sind 5 Prozent der Gesamtkosten. Ich habe dasselbe Schreiben erhalten wie Sie, und da steht das genau nach Pfennigen drin. Diese 5 Prozent sind aber unter Umständen die Gewinnspanne, von

(Dr. Schedl [CSU])

der der Absatz und damit die Existenz einer großen Branche abhängen kann und vielleicht abhängt.

(Abg. Bantele: Richtig!)

Zum Schluß möchte ich noch Stellung nehmen zu einem Wort des Herrn Finanzministers, das mich geradezu erschüttert hat. Der Herr Finanzminister hat festgestellt, daß das Programm der **Entwicklung einer Fertigwarenindustrie in Bayern** im Hinblick auf die Rohstofflage als abgeschlossen gelten muß. Ich glaube, wir dürfen uns dieser Auffassung unter keinen Umständen anschließen. Wohl haben wir immer Schwierigkeiten mit einem Rohstoff, nämlich mit der Kohle. Es zeigen sich aber gewisse Anzeichen, wonach eine wirtschaftlich gute Verwertung bayerischer Kohlevorkommen in nächster Zeit wahrscheinlich praktisch durchführbar sein wird. Hoffentlich haben wir auch nicht mehr allzu lange die Schwierigkeiten bei der Versorgung mit elektrischer Energie. Sehr viele Rohstoffe aber für die chemische Industrie und für andere Industriezweige werden in Bayern gefördert und gehen als Rohstoffe, im günstigsten Falle als Halbfabrikate aus Bayern hinaus. Draußen werden sie veredelt, das heißt draußen wird das Geschäft gemacht, während wir ewig im Hintertreffen bleiben, wenn wir nicht alle vorhandenen Möglichkeiten unter großen Kraftanstrengungen, dessen bin ich mir voll bewußt, zu verwirklichen trachten.

Ich darf in dieser Richtung zum Schluß ein einziges konkretes Beispiel bringen. Wir haben sehr viel von dem Rohstoff Holz, aber 95 Prozent der Möbel, die vom bayerischen Möbelhandel verkauft werden, werden außerhalb Bayerns hergestellt. Um einen Kubikmeter Holz einzuschneiden, braucht man im Durchschnitt etwa sechs Arbeitsstunden, um einen Kubikmeter Schnittholz zu verarbeiten, müssen über 100 Arbeitsstunden verwendet werden. Ich glaube, wenn man hier wie auf dem Gebiete des Tons usw. trotz allem nochmals versuchen würde, die Fertigwarenindustrie weiter zu entwickeln, könnten wir erstens einmal Dauerarbeitsplätze schaffen und damit die Kaufkraft erhöhen, und zweitens würde eine solche Wirtschaft auf längere Zeit gesehen gute Steuerzahler versprechen, die wir ja doch so notwendig haben. Wir brauchen in Bayern nicht nur Betriebe, die vom Staate leben, sondern sehr viel mehr Betriebe, die den Staat mit ihren Steuern erhalten.

(Beifall in der Mitte und links)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Strenkert.

Strenkert (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Zweck der gestellten Interpellation war, dem Hohen Hause Aufschluß zu geben, ob die Staatsbürgschaften und die Selbstbeteiligungen an Wirtschaftsunternehmen eine Schädigung der freien Wirtschaft herbeiführten. Das Hohe Haus erhielt von dem Herrn Staatsminister der Finanzen darüber einen Bericht, der dann vom Herrn Staatsminister für Wirtschaft von

seiner Seite aus gesehen entsprechend erweitert wurde. Abschließend kann man feststellen, daß die freie Wirtschaft durch die getroffenen Maßnahmen nicht geschädigt, sondern im Gegenteil gestützt und gefördert wurde.

Ich hätte nun noch **zwei Fragen an die Staatsregierung**, die das Bild vielleicht etwas ergänzen können. Erste Frage: Wieviele **neue Arbeitsplätze** wurden geschaffen und wieviele gefährdete Arbeitsplätze konnten erhalten werden? Zweite Frage: In welcher **Zahl und Größenordnung** bewegen sich die geförderten Betriebe?

In seiner Begründung der Interpellation ging Herr Kollege von Knoeringen auf einige allgemeine Dinge, wie er selbst zum Ausdruck brachte, die mit den aufgeworfenen Problemen im Zusammenhang stehen, näher ein. Die Meinung, die Herr Kollege von Knoeringen und auch sein Fraktionskollege, Herr Kollege Drechsel, vertreten hat, als ob die **Zuständigkeit des Bayerischen Landtags** zu den Problemen der Wirtschaftsgestaltung im großen Rahmen gesehen und vor allem zu den Fragen der Vergesellschaftung und Sozialisierung nicht mehr gegeben sei, können wir nicht teilen. Vom Standpunkt des Föderalismus, der ja ganz besonders immer wieder von den Kollegen der SPD vertreten wird, können wir schon verlangen, daß wir von der Ebene des Landes aus auf die Wirtschaftspolitik im Bund Einfluß nehmen können, vor allem dadurch, daß wir auch in diesem Hohen Hause zu den auf der Bundesebene zur Entscheidung stehenden Problemen Stellung nehmen und die hier vertretenen Fraktionen und Parteien bei ihren Fraktionen im Bund den föderalistischen Standpunkt vertreten. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß zwischen der Begründung, die die SPD der Interpellation gegeben hat, und ihrer Stellungnahme in der Bundesebene gewisse Widersprüche vorhanden sind.

Wir können mit einer ganzen Anzahl von Stellungnahmen, die Herr Kollege **von Knoeringen** zum Ausdruck gebracht hat, voll und ganz einverstanden sein, vor allem mit dem Hinweis:

Ich glaube, alle Demokraten, alle Menschen, die die Freiheit lieben, haben heute Veranlassung über die wachsende Macht des Staates, über die wachsende Macht jeder Organisation besorgt zu sein, die sich innerhalb unserer Gesellschaft entwickelt. . . . Der Weg einer absoluten Verstaatlichung allen gesellschaftlichen Lebens führt zur Vernichtung des Menschentums. Über diese Seite des heutigen Geschehens brauche ich keine weiteren Ausführungen zu machen.

Und endlich ein weiterer Satz:

Es ist daher — und darin, glaube ich, stimmen wir alle in diesem Hohen Hause überein — kein Weg für uns gangbar, der in der Richtung der Verstaatlichung des Menschen weitergeführt wird. Es ist aber auch kein Weg gangbar, der einfach die Prinzipien des Liberalismus auf die Gesellschaft anwendet und darunter die Freiheit versteht.

(Zurufe von der SPD: Ablesen!)

Präsident Dr. Hundhammer: Ich möchte den Redner darauf aufmerksam machen, daß das Ablesen nicht gestattet ist,

(Sehr gut!)

— abgesehen von Zitaten.

Strenkert (CSU): Ich habe zitiert.

Präsident Dr. Hundhammer: Hier kommen aber die Zwischenrufe.

Strenkert (CSU): Ich darf dazu doch bemerken, daß bis jetzt alle Redner mehr oder weniger auch zitiert haben.

(Zuruf: Richtig!)

Präsident Dr. Hundhammer: Das ist gestattet.

Strenkert (CSU): Und nun möchte ich kurz auf den **Widerspruch** zwischen den verlesenen Ausführungen und dem Wirtschaftsprogramm eingehen, das in dem Dortmunder Aktionsprogramm näher umrissen ist. Auch der Herr Kollege Drechsel hat heute vormittag am Schluß seiner Ausführungen Gedankengänge vertreten, die absolut in Widerspruch zu diesen Ausführungen stehen. Im Dortmunder Programm wird darauf hingewiesen, daß die SPD einen freiheitlichen Sozialismus anstrebt und daß sie die Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum ebenfalls durchführen will.

(Zuruf von der SPD)

Zur Begründung für die **Sozialisierung der Grundstoffindustrie** — und das ist von Bedeutung — führte der Herr Kollege Drechsel an, daß man aus der monopolartigen Zusammenballung der Schwerindustrie vor 1933 die Konsequenz zu ziehen habe. Dieser Auffassung pflichten auch wir bei. Aber nicht ganz einig gehen können wir mit der Schlußfolgerung, daß diese Gefahr einer neuen wirtschaftlichen Monopolstellung dadurch beseitigt wird, daß die Grundstoffindustrien verstaatlicht und vergesellschaftet werden. Im Gegenteil. Wer gibt unserer Demokratie die Gewähr dafür, daß dann, wenn in der Hand einer sozialistischen Regierung im Bund zum Beispiel auch noch die ganze Wirtschaftsmacht der verstaatlichten Grundstoffindustrien vereinigt ist, nicht auf eine andere Art und Weise ebenfalls wieder ein Mißbrauch mit dieser zusammengeballten Macht getrieben wird? Wir von der Christlich-Sozialen Union — ich glaube, das kann ich für die Fraktion zum Ausdruck bringen — lehnen diesen Weg der Vollsozialisierung auch für die Grundstoffindustrien ab, ganz besonders auch im Hinblick auf die Tendenzen, die Bezüglich der Kulturpolitik bestehen, wenn man die Zusammenhänge zwischen der Wirtschaftspolitik der SPD und der des Deutschen Gewerkschaftsbundes näher betrachtet. Im Tieferen sind hier auch die Spannungsfelder zwischen der christlichen Arbeitnehmerschaft und dem Deutschen Gewerkschaftsbund zu erblicken.

(Zuruf von der SPD)

— Föcher spricht anders. Ich möchte aber betonen, daß zwischen der Auffassung Föchers und der maßgebenden Gruppe der christlichen Arbeiterbewegung, der katholischen Arbeiterbewegung, grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten und Unterschiede bestehen.

(Hört, hört! — Op den Orth: Aber nicht im Bundesvorstand!)

Die **Folgen dieser Vollsozialisierung** geben nicht die Gewähr dafür, daß die Initiative gerade des einzelnen Menschen im Betrieb erhalten bleibt. Die Aufhebung der Unternehmerinitiative und der Unternehmerverantwortung tritt im sozialisierten Betrieb ganz besonders hervor. An die Stelle des echten Unternehmers tritt der vom Staat bezahlte Wirtschaftsbeamte. Die Staatswirtschaft erstickt dann den Willen zum persönlichen Eigentum und verhindert gerade bei der breiten Masse der Arbeitnehmer die Eigentumbildung. Gerade die Lösung des Problems der Eigentumbildung ist im Kampf gegen eine immer weiter um sich greifende Vermassung und Kollektivierung von ausschlaggebender Bedeutung. Eine verstaatlichte und sozialisierte Wirtschaft in Verbindung mit einem von einer Partei maßgeblich beherrschten Staat schließt die persönliche Verantwortung immer mehr aus und führt mit der Aushöhlung der persönlichen Freiheit allmählich zum Kollektivismus.

Ich darf in dem Zusammenhang mit Genehmigung des Herrn Präsidenten dem Hohen Hause eine **Stellungnahme zur Sozialisierung** bekanntgeben, die der frühere Staatsminister **Dr. Zorn** vor einigen Jahren auf einer Schulungstagung der SPD zum Ausdruck gebracht hat:

Daß die Sozialisierung automatisch eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter mit sich bringen wird, ist nach unseren Erfahrungen gleichfalls nicht richtig. Dazu braucht man keine Sozialisierung. Außerdem aber bringt die Sozialisierung eine bedeutende Machtzusammenballung der Funktionäre, die sich in erster Linie der Organisation gegenüber verantwortlich fühlen und nicht gegenüber den Wünschen der Belegschaft, des einzelnen Arbeiters und Angestellten. Die Spannungen zwischen Direktor und Arbeiter bleiben auch im sozialisierten Betrieb; das hat uns der Osten gelehrt. Wir wissen auch, daß der einzelne Arbeiter seine Rechte gegen den Staat als Betriebsleiter viel schwerer durchsetzen kann als gegen einen Privatunternehmer oder Direktor. Der letzte Grund, den die Sozialisten anführen, ist der Einfluß auf den wirtschaftlichen Ablauf durch sozialisierte Schlüsselbetriebe. Was wäre damit gewonnen? Das Kollektiv würde mächtiger, der Einfluß des einzelnen noch geringer. Ja, wenn die Führer der Organisationen Idealpersönlichkeiten wären! Aber damit können wir Menschen nicht rechnen; denn die Erfahrung hat immer wieder gezeigt, daß Macht die Menschen in den meisten Fällen böse macht. Eine politische Gemeinschaft dürfte also nicht dahin streben, die Macht zusammenzuballen, sondern sie zu verteilen.

(Strenkert [CSU])

Die Konsequenz aus der Feststellung, daß die Macht nicht zusammengeballt, sondern verteilt werden soll, ist: Es ist wichtig, in der Arbeitnehmerschaft den Willen zur Eigentumsbildung wieder zu fördern. In der großen Zahl der Arbeitnehmer ist dieser **Wille zur Eigentumsbildung** auch vorhanden; es kommt nur darauf an, daß sowohl vom Gesetzgeber, wie auch von Unternehmerseite her dieser Wille entsprechend gefördert wird. Wir wollen die Bildung von persönlichem Eigentum der großen Masse der Arbeitnehmer und deshalb — das ist vielleicht ein neuer Gedanke, meine sehr verehrten Damen und Herren — wollen wir die **Partnerschaft von Kapital und Arbeit im Betrieb** anstreben. Durch diese Partnerschaft wird ein Wesensbestandteil der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit überwunden, weil ja die heutigen Stellungnahmen zu dem Problem Kapitalismus und Arbeitskraft auf der Voraussetzung basieren, daß die Produktionsmittel in der Hand eines anderen sind als die Arbeitskraft. Dadurch, daß diese Partnerschaft allmählich zustande käme, würde dieser Gegensatz überwunden. Dann ist auch die Voraussetzung gegeben für etwas anderes, nämlich für das vielumstrittene **Mitbestimmungsrecht**. Es wäre für den einen Teil, nämlich für die Arbeitnehmerschaft, für die Arbeitskraft, auch rechtlich gesehen nach unserer heutigen Gesetzgebung die Voraussetzung zur vollen Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen gegeben. Selbstverständlich muß man dabei immer betonen, daß zu dem Mitbestimmungsrecht auch die gleiche Verantwortung und die gleiche Übernahme von Risiko für den Partner „Arbeitskraft“ treten muß.

Eine weitere Möglichkeit, wie diese Partnerschaft durchgeführt werden kann, ist die **Erfolgsbeteiligung am Betriebsergebnis**. Die Eigentumsbildung soll gefördert werden, indem die Arbeitnehmer eines Betriebs neben dem — ich betone ausdrücklich — vereinbarten Tariflohn am Ertrag ihres Betriebs beteiligt werden. Um zu diesem Ziele zu gelangen, gibt es verschiedene Wege und Möglichkeiten. Wir haben auf freiwilliger Basis bereits in Bayern wie im übrigen Bundesgebiet und in anderen europäischen Ländern praktische Beispiele, wie seit Jahren die Ertrags- und Gewinnbeteiligung für die Belegschaften mit großem Erfolg und zur Zufriedenheit der in den Betrieben Beschäftigten durchgeführt wird. Wir sehen den Weg nicht in erster Linie darin, daß man jetzt ein Gesetz schaffen soll, sondern wir ströben an, daß auf freiwilliger Basis von den Arbeitgebern und von den Arbeitnehmern dieses Ziel zu erreichen versucht wird. **Voraussetzung** ist allerdings, daß auf beiden Seiten Vertrauen vorhanden ist und daß man auf seiten der Arbeitgeber und Unternehmer mit heute nicht mehr zeitgemäßen Vorurteilen bricht. Voraussetzung ist ferner, daß das Mißtrauen auf Arbeitnehmerseite und der Gedanke des Klassenkampfes allmählich überwunden wird und daß beide Partner immer mehr die Erkenntnis gewinnen, daß sie, Kapital und Arbeit, miteinander auf Gedeih und Verderb aufs engste verbunden sind.

Abschließend darf ich darauf hinweisen, daß wir die Lösung der Eigentumsfrage — —

(Abg. Stöhr: Wer ist „wir“?)

— Die Christlich-Soziale Union und auch die christliche Arbeiterbewegung, wie ich wohl sagen darf.

(Abg. Stöhr: Das ist aber ganz neu!)

Ich darf also darauf hinweisen, daß wir die **Lösung der Eigentumsfrage** als eine wesentliche Voraussetzung für die Befriedung des Zustandes zwischen Kapital und Arbeit und zur Herbeiführung einer gerechten Sozialordnung betrachten. Die Lösung der Eigentumsfrage ist im Sinne der christlichen Soziallehre so zu verstehen, daß im Gegensatz zu den heutigen ganz einseitigen Eigentumsverhältnissen, wo breite Schichten des Volkes vom Eigentum ausgeschlossen sind, wieder eine Bildung von Eigentum auch in der breiten Masse gegeben werden soll.

Es ist heute nachmittag vom Herrn Kollegen Dr. Bungartz bereits angeführt worden, daß nach seiner Auffassung die Lösung dieses Problems am besten in den **päpstlichen Rundschreiben** zu dieser Frage zum Ausdruck gekommen ist. In diesen Rundschreiben wird unter anderem das Problem dadurch gekennzeichnet, daß es darauf ankommt, die Entproletarisierung des Proletariats durch Eigentumsbildung anzustreben und durchzuführen. Das ist ein unverrückbares Ziel der christlichen Soziallehre und der christlichen Sozialbewegung. Diese Forderung und dieses Ziel genießen, wenn es darauf ankommt, sogar den Vorrang vor dem Mitbestimmungsrecht.

Ich möchte abschließend den Gedanken zum Ausdruck bringen, daß es an den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und an den Einzelpersönlichkeiten liegt, ob dieser neue Weg zur Eigentumsbildung beschritten wird, um, die Vormachtstellung des Kapitals oder auch die Vormachtstellung der in Kollektivorganisationen zusammengeschlossenen Arbeitskräfte zu verhindern und eine **ausgeglichene Sozialordnung** herbeizuführen, in der sowohl Kapital wie Arbeit, das heißt die einzelnen Vertreter dieser beiden Gruppen als Persönlichkeiten gewertet werden, in der sich also auch die Arbeitnehmer als gleichberechtigte Partner gegenüber dem Kapital fühlen. Dieser Zustand wäre dann die Überwindung der Gegensätze, die Überwindung des Klassenkampfes von oben und auch von unten.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Hundhammer: Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, die Beratungen jetzt abzubrechen.

Vorher möchte ich aber mit Ihrer Genehmigung noch den

Dringlichkeitsantrag

behandeln, der vorhin verteilt worden ist. Er hat folgenden Wortlaut:

Der Bayerische Landtag hat mit Bestürzung von dem schweren Unglück, das insbesondere die Bevölkerungen Hollands und Englands betroffen hat, Kenntnis genommen. Er drückt den Opfern sein aufrichtiges Mitgefühl aus. Der

(Präsident Dr. Hundhammer)

Bayerische Landtag ersucht die bayerische Staatsregierung durch Bereitstellung von Mitteln den Betroffenen zu helfen und die Bevölkerung aufzufordern, sich nach Möglichkeit dieser Hilfsaktion anzuschließen.

Dieser Dringlichkeitsantrag ist unterzeichnet von den Abgeordneten Bezold, Dr. Bungartz und Fraktion, Dr. Baumgartner und Fraktion, von Knoerlingen und Fraktion, Meixner und Fraktion, Dr. Strosche und Fraktion.

Durch Presse und Rundfunk ist die gesamte Öffentlichkeit eingehend über die **furchtbare Naturkatastrophe** informiert, welche über die am Ärmelkanal liegenden Küstengebiete hinweggegangen ist. Seit Jahrhunderten sind so schwere Schäden an Menschenleben und Sachwerten nicht mehr zu verzeichnen gewesen. Eine internationale Hilfeleistung erscheint geboten.

Da alle Fraktionen gemeinsam diesen Antrag einbringen, darf ich Ihnen vorschlagen, ihn ohne Debatte zu verabschieden.

(Richtig!)

Der Herr Staatsminister des Innern wird anschließend an die Abstimmung noch eine Erklärung abgeben, wenn Sie mit meinem Vorschlag einverstanden sind. — Es erhebt sich kein Widerspruch.

Dann bitte ich diejenigen, die dem Antrag zustimmen, sich von den Plätzen zu erheben. — Ich stelle fest, daß der Antrag einstimmig angenommen ist.

Zu dieser Angelegenheit erteile ich das Wort dem Herrn Staatsminister des Innern in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Herrn Ministerpräsidenten.

Dr. Hoegner, stellv. Ministerpräsident: Meine Damen und Herren! Als Stellvertreter des Herrn Ministerpräsidenten habe ich für die bayerische Staatsregierung folgende Erklärung abzugeben:

Die bayerische Staatsregierung teilt mit dem bayerischen Landtag das tiefe Mitgefühl mit dem schwer vom Unglück heimgesuchten holländischen und englischen Volk. Sie hält es für ihr Ehrenpflicht, dem Antrag des Landtags sofort zu entsprechen.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Dr. Hundhammer: Das Hohe Haus hat von dieser Erklärung der Staatsregierung Kenntnis genommen.

Ich schlage vor, die Beratungen morgen früh um 9 Uhr fortzusetzen. — Es wird so beschlossen.

Die Sitzung ist für heute beendet.

(Schluß der Sitzung: 18 Uhr 44 Minuten)

